

Seit dem rechtsextremen Skandal am Rand der Gedenkfeier in Ebensee ist mehr als ein halbes Jahr vergangen. Die mediale Berichterstattung ist längst verebbt. Der Unruhezustand, in welchem sich die Gemeinde Ebensee zweifellos befunden hat, ist einer Wachsamkeit gegenüber rechtsextremen Wahrnehmungen gewichen. Wenn man es als positiven Effekt des Skandals bewerten darf, so ist eine wachsende Sensibilität in der Bevölkerung hinsichtlich rechtsextremer Erscheinungen (Schmierereien, Aufklebern, NVP-Agitationen im Vorfeld der OÖ Landtagswahlen) spürbar. Soweit uns bekannt ist, sind seit Mai keine vergleichbaren rechtsextremen Vorfälle im Gemeindegebiet gemeldet worden.

Die Frage, inwieweit die inszenierte rechtsextreme Provokation für die jugendlichen Täter, abgesehen von einer mehrtägigen Untersuchungshaft, Folgen haben wird, kann zurzeit nicht beantwortet werden. Das Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung und Körperverletzung – auch von der betroffenen französischen Delegation wurde im Mai 2009 Anzeige erstattet - ist immer noch im Gang. Warum das Verfahren so lange dauert, ist nicht nachvollziehbar, liegt der Tatbestand doch auf der Hand. Die lange Verfahrensdauer generiert vielmehr den Effekt, dass die Öffentlichkeit aufgrund der zeitlichen Distanz den Vorfall zunehmend zu bagatellisieren vermag.

Ein Treffen zwischen den jugendlichen Tätern und den französischen Betroffenen hat bisher nicht stattgefunden, ebenso wenig eine persönliche Entschuldigung.

Trotzdem hegt die französische Delegation der „Amicale Mauthausen“ keine pauschalen Ressentiments gegen Ebensee, wie von Präsident Daniel Simon mehrfach geäußert wurde. Der gute Kontakt zwischen den Verantwortlichen in der Gedenkstätte Ebensee und der „Amicale“ besteht nach wie vor. Ende Oktober 2009 besuchte die Delegation wie jedes Jahr die österreichischen KZ-Gedenkstätten, darunter auch Ebensee.

Dass, auch wenn in absehbarer Zeit ein Gerichtsurteil ergehen sollte, der Vorfall zu den Akten gelegt werden könnte, wäre fahrlässig. Rechtsextremes und gewaltbereites Potential, scheint in Ebensee, wenn auch unter merkbarer Zurückhaltung, nach wie vor existent zu sein. Etwa firmiert der wegen NS-Wiederbetätigung auf seine Berufungsverhandlung wartende mutmaßliche Führer der „Kampfgruppe Oberdonau“ auf „Facebook“ nunmehr unter dem Pseudonym des ehemaligen SS-Offiziers „Otto Skorzeny“.

In der Gemeinde muss weiterhin bildungspolitische Arbeit unter Einbeziehung der Jugend forciert werden. Die Polizei wird mehr denn je auf Wahrnehmungen einer couragierten Zivilbevölkerung angewiesen sein. Wir alle sind aufgefordert zu demonstrieren, dass rechtsextreme und xenophobe Einstellungen in unserer Gesellschaftsordnung keinen Spielraum haben. Gelegenheiten dazu gibt es viele. Eine besondere wird die nächstjährige Gedenkfeier in Ebensee am 8. Mai 2010 sein.

Wolfgang Quatember



Seite 4

Die deutsche Militärbesatzung und die Eskalation der Gewalt in der Sowjetunion
von *Dieter Pohl*

Seite 17

Zwangswise deutsch - Die „Ostmark“ als Schauplatz der gewaltsamen „Eindeutschung“ von polnischen Kindern
von *Ines Hopfer*

Seite 23

„Man erfährt einfach mehr und wird stärker, wenn man gegen den Strom schwimmt“ - Betrachtungen zur widerständigen Entwicklung des jungen Franz Kain
von *Marion Hussong*

Seite 40

Kreta - Deutsche Besatzung und Widerstand
von *Wolfgang Quatember*

Seite 43

Die Rückstellung von „arisierten“ Liegenschaften in Bad Ischl
von *Nina Höllinger*

Seite 48

In Memoriam Artur Radvanský

Zeitzeugenbericht:
KZ-Mauthausen/Ebensee
von *Artur Radvanský*

Nachruf auf Artur Radvanský

Seite 51

Projekt „Schulchroniken“ der Salzkammergutgemeinden aus der NS-Zeit
von *Michael Kurz*

Seite 52

EU-Jugendprojekt gegen Indifferenz
von *Silvia Panzl*

Die deutsche Militärbesatzung und die Eskalation der Gewalt in der Sowjetunion

Dieter Pohl

Ende September, Anfang Oktober 1941 erreichten die nationalsozialistischen Massenmorde in der besetzten Sowjetunion ihren ersten Höhepunkt. Die SS- und Polizeieinheiten begannen damit, in neu eroberten Städten die Angehörigen der jüdischen Gemeinden restlos zu ermorden, in den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht setzte ein Massensterben ein, dem bis Frühjahr 1942 fast zwei Millionen Rotarmisten zum Opfer fielen, und den ersten Akten von Widerstand wurde durch Polizei und Wehrmacht mit der Erschießung von Zehntausenden Zivilisten begegnet. Nur sechs Wochen später wurden die ersten Hungertoten unter den zivilen Einwohner frontnaher Gebiete, besonders in Städten, registriert. Wie kam es zu dieser Eskalation der Verbrechen und welche Rolle spielte dabei die Wehrmacht?

Diese Fragen haben die internationale Historiographie seit den 1960er Jahren interessiert. Mit besonderer Intensität wird daran in den letzten zwanzig Jahren geforscht. Einigkeit besteht dabei nur an zwei Punkten: der überragenden Rolle Adolf Hitlers bei der Eskalation der Gewaltpolitik und der Weichenstellung durch die sogenannten „verbrecherischen Befehle“ vom Mai und Juni 1941.¹ Damit ist schon das klassische Interpretationsmodell benannt. Erst in den letzten Jahrzehnten wurde diese Argumentation erheblich erweitert: Zunächst betonte man die Vorbildfunktion des Polenkrieges 1939, dann aber wurden die komplexen Zusammenhänge zwischen der strategisch-wirtschaftlicher Feldzugsplanung seit Ende 1940 und der verbrecherischen Kriegsführung offengelegt.² Die neuere Forschung hat gezeigt, dass erhebliche Teile der Wehrmacht, nicht nur das kleine Oberkommando der Wehrmacht, an der Organisation und Ausführung der Verbrechen beteiligt waren bzw. diese in Eigenverantwortung vorantrieben.³ Anscheinend war der zentrale Teil der Verbrechen, der Mord an den Juden, bei Feldzugsbeginn noch gar nicht entschieden, sondern auch dieser eskalierte in den Monaten des Sommers und Herbst 1941.⁴ Als dürftig haben sich hingegen neuere Versuche erwiesen, das Heer von dieser Verantwortung weitgehend auszunehmen und die Schuld für die Radikalisierung sogar zu erheblichen Teilen der sowjeti-

schen Seite zuzuweisen.⁵ Inzwischen ist die Historiographie zur Wehrmacht in der besetzten Sowjetunion kaum mehr zu überblicken; es liegt eine Vielzahl von Studien zu einzelnen Armeen, Divisionen oder Besatzungsgebieten in diesem Raum vor.⁶ Eine Zusammenfassung bzw. Verdichtung dieser Ergebnisse wird in zwei neueren Untersuchungen versucht.⁷

Wo nun sind die Wurzeln für diesen präzedenzlosen Vernichtungskrieg, der wohl sogar das Vorgehen der kaiserlichen japanischen Armee in Ostasien seit 1931/37 in den Schatten stellte, zu suchen?

Der Weg in den Vernichtungskrieg bis zum 22. Juni 1941

Lange Zeit galt die unausgesprochene Prämisse, dass die Wehrmacht im Frühjahr 1941 eine Säule des Staates darstellte, die von der nationalsozialistischen Diktatur und deren verbrecherischer Politik vergleichsweise wenig berührt war. Insbesondere die deutsche Militärelite erschien als homogen deutsch-national, aber kaum nationalsozialistisch und deshalb wenig ideologisiert. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass die Ideologisierung dieses Milieus weit zurückreicht, in Teilen sogar bis in die radikale antibolschewistische (und meist antisemitische) Ära der Freikorps 1919/20. Hitlers Machtergreifung 1933 wurde im Offizierskorps zu meist willkommen geheißen, die Gewalttaten des Regimes nach der Machtergreifung hingenommen oder gar begrüßt. Die kleine aber bedeutsame Militäropposition, die sich von Herbst 1938 bis Anfang 1940 regte, war gegen die riskante Außenpolitik, aber kaum gegen die Gewalt im Innern gerichtet. Schon der Krieg gegen Polen zeigte das rassistische Gewaltpotential, das in der Armee steckte, wenn sie kriegerisch in Osteuropa operierte. Zwar meldeten viele Armeeführer Proteste gegen die Massenmorde von SS und Polizei an, doch zugleich verübten Heeresseinheiten etwa die Hälfte aller Verbrechen während des Feldzuges.⁹ Nach der erfolgreichen Beendigung des Krieges in Westeuropa war nicht nur die Militäropposition verschwunden, sondern auch die Kritik an den Besatzungsregimes. Gerade die Unterdrückung und Beraubung der Juden wurde unter Militärbesatzung, so in Belgien-Nordfrank-

reich, von der Wehrmacht selbst angeleitet. Eine neue Welle an rassistischer Gewalt und Verfolgung brachten der Krieg und die Besetzung der Wehrmacht auf dem Balkan ab April 1941, die in einigen Fällen bereits das Regime in der besetzten Sowjetunion vorwegnahmen.¹⁰ Der Feldzug gegen die Sowjetunion stand seit Juni 1940 auf der Tagesordnung der nationalsozialistischen Führung. Mit den Vorbereitungen wurde im Spätherbst begonnen, die konkrete Entscheidung für den Krieg fiel im November/Dezember 1940. Dabei war von Anfang an klar, dass es sich um ein militärisch durchaus hochriskantes Unternehmen handelte, welches sich gegen den ideologischen Todfeind richtete und diesen zertümmern sollte. Aus diesen Prämissen entwickelte sich die konkrete Feldzugsplanung, die vor allem auf die Monate Januar bis Juni 1941 zu datieren ist. Die einzelnen Teile dieser Planung - politisch, ökonomisch, militärisch - waren eng aufeinander bezogen und müssen auch so interpretiert werden. Obwohl der Kampfwert der Roten Armee als gering eingestuft wurde, sahen sich Hitler und die Militärs doch einer zahlenmäßig überlegenen Streitmacht, vor allem aber einem riesigen Raum gegenüber, den sie erobern wollten. So sollte das Konzept eines Blitzkrieges, wie es seit den 1920er Jahren bereits diskutiert worden war, verwirklicht werden. Die bisherigen Feldzüge waren - entgegen verbreiteten Annahmen - keineswegs so geplant gewesen, sondern hatten sich durch die deutschen Erfolge erst im Nachhinein als Blitzkriege herausgestellt. Für den Angriff auf die Sowjetunion wurde projektiert, die Verbände der Roten Armee durch Panzertruppen zu durchstoßen und von hinten einzukesseln. Infanterie würde die Kessel dann „räumen“. Diese Projektion kalkulierte mit der Eroberung riesiger Territorien und der Gefangennahme vieler Millionen Rotarmisten. Das erstere hatte zur Folge, dass bei der hohen Geschwindigkeit des Vormarsches eine Versorgung der Verbände nur bis zu einer Reichweite von 500 km möglich erschien und eine flächendeckende Sicherung des besetzten Gebietes durch deutsche Truppen kaum zu erwarten. Nach Erreichen der 500 km-Linie war die gesamte Lebensmittelversorgung den Einheimischen wegzunehmen. Eine ausreichende Unterbringung und Versorgung der Kriegsgefangenen wurde nicht geplant, die Gefangenen nach den ersten Schlachten sollten ins Reich transportiert werden, die später in Gefangenschaft geratenen Rotarmisten für die Wehrmacht vor Ort arbeiten. Die Planungen zur Entnahme der Lebensmittel wurden durch den stellvertretenden Ernährungsminister Backe noch verschärft. Dieser forderte eine weitestgehende

Versorgung des Ostheeres aus dem Lande, zusätzlich jedoch den Abtransport vieler Güter ins Reich, um dort das Versorgungsniveau hoch zu halten und die deutsche Bevölkerung bei Laune zu halten. Zu diesem Zweck entwickelte er ein gigantisches Hungerszenario: Die Bevölkerung der östlichen Städte und in den Gebieten der Russischen Föderation sollte weitgehend von der Zufuhr von Nahrungsmitteln, also vor allem dem südlichen Schwarzerde-Gebiet, abgekoppelt werden. Der dadurch projektierte „Überschuss“ würde an die Wehrmacht und an die Deutschen im Reich abgegeben. Die verantwortlichen Militärs, Wirtschaftschef Georg Thomas und Generalquartiermeister des Heeres Eduard Wagner, übernahmen diese Berechnungen zwar nur teilweise. Doch seit Mai 1941 sprachen die Beteiligten von „zig Millionen“ Menschen, die entweder an Hunger sterben oder flüchten würden. Die rassistische Konstruktion, dass Einheimische verhungern müssten, wenn der Nachschub bei der Wehrmacht knapp würde, war also frühzeitig Gemeingut bei den verantwortlichen Funktionären. Diese brutale Konstruktion hatte aber auch organisatorische Folgen: Die Ausbeutung des Landes sollte nicht mehr vom Heer und seiner Beuteorganisation übernommen werden, sondern von einer eigens geschaffenen Wirtschaftsorganisation Ost. Sie war an der Spitze, dem sogenannten Wirtschaftsführungsstab Ost, eine zivil-militärische Mischkonstruktion unter Göring; der Wirtschaftsstab Ost und seine Dienststellen in den besetzten Gebieten gehörten jedoch zur Wehrmacht. Durch diese Trennung sollten Einwände des Heeres gegen eine zu radikale Ausbeutungspolitik und einen Abtransport ins Reich a priori verhindert werden. Zugleich hätte die extreme Ausbeutung mancher Landstriche aber ein erhöhtes Maß an Besatzungstruppen erfordert, da man Hungerunruhen und das Entstehen einer Widerstandsbewegung befürchtete. Die Wehrmachtführung forderte deshalb 360.000 Mann für die Besatzung, erhielt aber zunächst nur etwa 60.000. Dies war einer der Gründe, warum der massive Einsatz von SS- und Polizeitruppen von Seiten des Heeres begrüßt wurde. Zudem würde das Heer von der Aufgabe der „politischen Säuberung“, d.h. Massenerschießungen wie es sie schon im Polenfeldzug gegeben hatte, weitgehend entlastet. Über solche Erschießungen wurde intern seit etwa Februar 1941 diskutiert. Dabei bestand offensichtlich Konsens zwischen der Wehrmachtführung und Hitler, dass die bolschewistische Elite größtenteils zu ermorden sei. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS, die schon seit 1938 bei den meisten deutschen Expansionsunternehmen dabei ge-

wesen waren, sollten unter der Hoheit des Heeres nach vorne marschieren und diese brutalen Aufgaben erledigen. Dabei hatten sie in den weiter vorne gelegenen Armeegebieten, die direkt den Oberbefehlshabern unterstanden, nur eingeschränkte Kompetenzen gegenüber dem Heer. Dahinter, weiter westlich, wurden jedoch eigens für den Sowjetunion-Feldzug neue große militärische Besatzungsräume, die drei Heeresgebiete (Nord, Mitte und Süd) geschaffen, in denen die Sicherheitspolizei über erheblich mehr Rechte verfügte.¹¹ Die genaue Planung der Tötungen lässt sich nicht mehr im Einzelnen rekonstruieren, da die meisten einschlägigen Dokumente später absichtsvoll vernichtet wurden. Frühzeitig machten diese Informationen jedoch schon die Runde, wie selbst der Deutsche General in Kroatien notierte: „Befehle sollen ausgegeben sein, nach welchen bei einem Krieg mit Rußland jeder kommunistische Amtswalter, der gefaßt wird, rücksichtslos niederzuknallen sei. Über sie habe ich schon vor meiner Abreise nach Agram [17.4.1941] erfahren. Die SS wird es diesmal nicht allein machen können, die Armee soll mithelfen.“¹² Vorgesehen war also eine Arbeitsteilung: Die Einsatzgruppen würden die zivilen Funktionäre von Kommunistischer Partei und Sowjetstaat ermorden, die Wehrmacht die Politfunktionäre der Roten Armee. Dazu erließ das OKW am 6. Juni 1941 den sogenannten „Kommissarbefehl“.¹³ Zeitweise war sogar im Gespräch, dass auch Wehrmachteinheiten im Gebiet nahe der Front zivile kommunistische Amtsträger erschießen sollten, eine solche generelle Weisung unterblieb jedoch. Doch selbst der Kommissarbefehl, der noch in den letzten Tagen vor Kriegsbeginn bis an die Kompanien weitergegeben wurde, zielte letztendlich auf ein groß angelegtes Mordprogramm. Dabei spielte eine nicht unerhebliche Rolle, dass man unter den „Kommissaren“ eine große Zahl von Juden vermutete, was sich später aber als falsch herausstellte.¹⁴ Einzelne Frontverbände trafen schon vor Beginn des Feldzuges Absprachen zur besonderen Behandlung jüdischer Kriegsgefangener.¹⁵ Gemessen an der Zahl der Gefangenen, die erwartet wurde, konnte die Zahl der dabei entdeckten Politfunktionäre in die Zehntausende gehen. Zudem war davon auszugehen, dass die SS- und Polizeieinheiten einen Massenmord planten, der in seinen Dimensionen über die Vorgänge in Polen 1939 deutlich hinausging.¹⁶ Dass dies den Militärspitzen nicht verborgen blieb, zeigt eine Anfrage der Heeresgruppe Mitte bei „ihrer“ Einsatzgruppe B *zehn Tage vor dem Einmarsch*, dass nicht „sämtliche Eisenbahnbeamte beseitigt oder in Lager verbracht“ werden sollten.¹⁷

Die deutschen Planungen gegenüber den sowjetischen Juden sind bisher nicht eindeutig geklärt, weil kaum Dokumente aus der Zeit vor dem Angriff existieren. Ohne Zweifel waren die Einsatzgruppen darauf vorbereitet, eine vermeintlich „jüdisch-bolschewistische Intelligenz“ zu ermorden, vermutlich die meisten jüdischen Männer im wehrfähigen Alter. Innerhalb der Wehrmacht richteten sich solche Vorüberlegungen vor allem gegen jüdische Kriegsgefangene, besonders wenn sie als „politisch verdächtig“ galten. Man kann darüber hinaus annehmen, dass die Militärverwaltung die Enteignung, Isolierung und Unterdrückung der Juden, wie sie bereits in Polen und ansatzweise in Serbien betrieben wurde, auch gegenüber den sowjetischen Juden für angebracht hielt, zumal diese als besonders gefährlich eingestuft wurden. Auf jeden Fall war die Wehrmacht, insbesondere der militärische Geheimdienst, an den Vorbereitungen zur Auslösung antijüdischer Pogrome beteiligt, die dann in den ersten Tagen des Feldzuges von einheimischen rechtsextremen Untergrundgruppen organisiert werden sollten.¹⁸

Für das Verhalten von Fronttruppe und Militärverwaltung war jedoch von entscheidender Bedeutung, dass der völkerrechtliche Schutz für die einheimische Bevölkerung komplett aufgehoben wurde und zugleich deutsche Soldaten bei Gewalttaten gegen Einheimische weitgehende Straffreiheit erwarten konnten, sofern nicht die „Manneszucht“, d.h. die militärische Disziplin dabei verletzt wurde. Dies regelte der sogenannte Gerichtsbarkeitserlass des OKW vom 13. Mai 1941.¹⁹ Dieser bestimmte zugleich, wie bei der Bekämpfung jeglichen Widerstandes vorzugehen war, nämlich mit äußerster Brutalität und ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Verfahrensweisen. Intern wurde vorgeschlagen, für jeden Beschuss von Soldaten aus dem Hinterhalt 30 Einwohner zu erschießen, im bereits besetzten Serbien wurde zur gleichen Zeit für diesen Fall die Erschießung von 100 Personen angedroht.²⁰ Damit zeichnete sich bereits ab, dass die Schwelle von klassischen Repressalien hin zum Massenmord überschritten werden sollte.

Neben dieser verbrecherischen Befehlsgebung ist in Rechnung zu stellen, dass die Wehrmacht Mitte 1941 bereits deutliche Zeichen der Nazifizierung trug, bestand sie doch aus einem relativ repräsentativen Sample deutscher Männer im Alter zwischen 18 und 40 Jahren. Nach acht Jahren NS-Herrschaft hatten sich die Gewaltbereitschaft und der Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft deutlich erhöht. Dies galt selbst für die Österreicher oder die Sudetendeutschen unter den Soldaten, die erst seit kurzem Bewohner des Reiches waren. Inzwischen strömten die Jahrgänge zu den

Streitkräften, die bereits durch Hitler-Jugend und Regime sozialisiert waren. Nicht wenige Einheiten waren schon 1939 in Polen oder im Frühjahr 1941 auf dem Balkan im Einsatz gewesen, viele der Männer hatten sich bereits dort an Ausschreitungen beteiligt. Diese strukturellen Überlegungen lassen sich bisher noch wenig empirisch unterfüttern, doch zeigt das Verhalten mancher Soldaten beim Aufmarsch in Polen für das „Unternehmen Barbarossa“, dass Ausschreitungen gegen die einheimische Bevölkerung nicht selten waren. So erschlugen Luftwaffensoldaten in der polnischen Kleinstadt Siedlce fünf Juden und verletzten weitere 150; viele Schaulustige zog es in die Ghettos in Polen, in denen schon entsetzliche Bedingungen herrschten.²¹

Noch deutlicher wird der rassistische „Zeitgeist“ beim Militär, wenn man zum Vergleich die verbündeten Truppen heranzieht, die zusammen mit der Wehrmacht die Sowjetunion eroberten. Ungarische Einheiten hatten sich bereits 1940/41 während der Annexionen in Rumänien und Jugoslawien gewalttätig gegenüber der Zivilbevölkerung verhalten, rumänische Soldaten beim Rückzug aus Bessarabien Mitte 1940.

Halten wir kurz vor dem 22. Juni 1941 noch einmal inne und ziehen ein kurzes Resümee über die Vorstrukturierung der Gewalt: 1. Für die sowjetische Bevölkerung war eine völlige Entrechtung vorgesehen; 2. gleichzeitig sollte vielen Gebieten die Nahrungsgrundlage allmählich entzogen werden; 3. sollte der Feldzug länger als die erwarteten etwa zehn Wochen dauern, so würde sich die Ausbeutung deutlich verschärfen; 4. Angehörige der sowjetischen Funktionselementen, insbesondere soweit es sich um Juden handelte, sollten weitgehend ermordet werden; 5. den sowjetischen Juden drohte mindestens dasselbe Schicksal wie den Juden Polens, d.h. totale Entrechtung und Aushungerung; 6. Kriegsgefangene, die als politisch verdächtig galten, insbesondere wenn sie jüdischer Herkunft waren, sollten ermordet werden; 7. für die erwarteten großen Zahlen an Kriegsgefangenen waren keine völkerrechtlich angemessenen Vorbereitungen getroffen; 8. jegliche Widerstandsregung sollte mit brachialer Gewalt, d. h. mit Massenerschießungen unter der Bevölkerung bekämpft werden.

Die Erwartungen der Wehrmachtführung zielten auf einen kurzen Feldzug und die baldige Übergabe der meisten Gebiete an eine Zivilverwaltung. Auf eine zweieinhalbjährige Militärherrschaft, wie sie sich in vielen Gebieten dann entwickelte, waren die allerwenigsten vorbereitet, auf eine kurze Phase mit maximaler Gewalt an der Front und im Hinterland hingegen schon. Die Ermordung der Eliten wie auch der sowjetischen Trup-

penkommissare wurden als Mittel erachtet, den Widerstand des Gegners sobald als möglich zu brechen, indem man die vermeintlich wichtigsten Funktionsträger tötet. Die Terrorisierung des Hinterlandes sollte einen Ersatz für den Mangel an ausreichenden Sicherungstruppen schaffen, jegliche Widerstandsregung im Keim ersticken und somit die anvisierte maximale Ausbeutung flankieren. Angesichts der hochriskanten, im Grunde abenteuerlichen Feldzugsplanung lag eine Eskalation der Gewalt somit in der Logik der deutschen Kriegsführung. Die Massenverbrechen stellten bald alles bisher Dagewesene in den Schatten.

Die Entfesselung der Gewalt Juni - September 1941

Mit dem ersten Tag des Krieges gegen die Sowjetunion begannen auch die deutschen Kriegsverbrechen. Drei Typen von völkerrechtswidriger Gewalt traten bis Juli 1941 zutage: die Erschießungen gemäß dem „Kommissarbefehl“, die pauschale Erschießung von Kriegsgefangenen und die Tötung von Zivilisten als vermeintliche Repressalie.

Entgegen mancher Nachkriegslegende wurde der Kommissarbefehl flächendeckend an die Truppen weitergegeben und vielfach auch befolgt. Zwar gab es vielfach Kritik an dieser schriftlich fixierten Form der Kriegsverbrechen, doch von einer systematischen Sabotage des Befehls, wie manche Veteranen nach dem Krieg behaupteten, kann keine Rede sein. Vielmehr lässt sich in den ersten Wochen des Feldzuges eine großzügige Definition des Begriffs „Kommissar“ und eine Ausdehnung der Opferkategorien feststellen. Zunächst stellte sich das Problem der Identifizierung von Kommissaren unter den Kriegsgefangenen. Die eigentliche Funktion des Truppenkommissars wurde in der Roten Armee erst am 15. Juli 1941 wieder eingeführt, existierte also während der ersten drei Wochen des Krieges formal gar nicht. Trotzdem meldeten einzelne Divisionen bereits in dieser Phase, sie hätten „Kommissare“ erschossen. So versuchten deutsche Offiziere, die Delinquenten an Hand von Äußerlichkeiten oder Verhören zu identifizieren. Nicht selten wurden schlichtweg gefangene Offiziere pauschal erschossen. Frühzeitig dehnte man die Morde auch auf niedrigere Ränge unter den Politfunktionären der Roten Armee aus, die sogenannten Politruks. Die Wehrmachtführung begrüßte und forcierte dieses Vorgehen. Dennoch wurde die Mehrzahl der gefangenen Politfunktionäre nicht sofort erschossen, sondern gelangte zunächst in Kriegsgefangenenlager. Ob dies an der Zurückhaltung vieler deutscher Frontoffiziere lag oder daran, dass die Rotarmisten ihre Funktion nach der Gefangennahme

verschleiern konnten, lässt sich schwer sagen.²² Immerhin wurde in mindestens 60 % aller deutschen Divisionen die Durchführung des „Kommissarbefehls“ gemeldet, die Zahl der Opfer bewegt sich zwischen 5.000-10.000 Personen.²³ Mindestens 42.000 Politoffiziere hat die Rote Armee bis 1945 als vermisst gemeldet, die Mehrzahl von ihnen ist in deutscher Gefangenschaft ermordet worden. Bereits einige Wochen nach Eröffnung der Kampfhandlungen wurden den deutschen Militärs klar, dass diese Morde innerhalb der Roten Armee bekannt geworden waren und zur Versteifung von deren militärischem Widerstand führten. Deshalb setzte ab September 1941 eine breitere Diskussion über die Zweckmäßigkeit dieser Verbrechen ein, an deren Ende im Mai 1942 die Suspendierung des Befehls stand.²⁴

Doch nicht nur politisch verdächtige Kriegsgefangene wurden ermordet. Es gibt deutliche Indizien dafür, dass einzelne deutsche Einheiten ihre Kriegsgefangenen seit den ersten Tagen des Feldzuges pauschal erschossen, so besonders nach harten Kämpfen mit hohen Verlustzahlen. Möglicherweise haben einzelne Offiziere entsprechende Weisungen erteilt. So erging die Anweisung der 4. Armee, alle kriegsgefangenen Frauen sofort umzubringen. Allerdings erzwang das Oberkommando des Heeres die Rücknahme dieses Befehls.²⁵ Bei den pauschalen Morden an Kriegsgefangenen kam nach einiger Zeit ins Spiel, dass Kriegsverbrechen der Roten Armee an den vergleichsweise wenigen Deutschen, die in ihre Gefangenschaft gerieten, bekannt wurden. Hierbei lässt sich, im Gegensatz zu den anderen Verbrechenkomplexen, tatsächlich von einer gegenseitigen Radikalisierung von deutscher und sowjetischer Seite sprechen. Freilich machten die Opfer der deutschen Verbrechen ein Vielfaches der entsprechenden Zahl auf sowjetischer Seite aus.

Wenn auch die ganze Dimension kaum mehr zu rekonstruieren ist, so steht außer Zweifel, dass deutsche Truppen seit den ersten Kriegstagen auch einheimische Zivilisten erschossen haben. Dabei handelte es sich zum Teil um willkürliche Ausschreitungen einzelner Soldaten, oftmals aber um Massentötungen als Repressalie bei echtem oder vermeintlichem Beschuss aus Dörfern usw. Nicht selten wurden Juden massenhaft Opfer solcher Erschießungen, da man sie aus rassistischen Motiven bevorzugt als „Geiseln“ wählte.²⁶

In einem etwas anderen Kontext steht die Welle von Pogromen, die Ende Juni/Anfang Juli 1941 über die Juden in Litauen, der Westukraine und Bessarabien hereinbrach. Grundsätzlich war in der Wehrmachtführung bekannt, dass diese Gewaltaktionen von der Sicherheitspolizei „spurlos ausgelöst“ werden sollten. Radika-

lisiert wurde diese Planung jedoch durch die Aufdeckung stalinistischer Verbrechen. Die sowjetische Geheimpolizei NKVD hatte unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch bei der Räumung ihrer Gefängnisse einen großen Teil ihrer politischen Häftlinge erschossen. Deutsche Propaganda und einheimische Rechtsextremisten erklärten für diese Verbrechen die jüdische Minderheit verantwortlich, die angeblich das Personal des NKVD dominieren würde. Die Fronttruppen nahmen hierzu keine einheitliche Haltung ein. Einige Generäle forcierten die Pogrome, wollten sie jedoch als Abrechnung unter Einheimischen begrenzt sehen. Die Teilnahme vieler deutscher Soldaten an dieser Ausschreitungen war im Hinterland jedoch nicht erwünscht. Nach einigen Tagen wurden auch die Morde der einheimischen Milizen deshalb eingeschränkt.²⁷

Deutlich andere Dimensionen nahmen die Massenverbrechen der SS- und Polizeitruppen an, die um den 25. Juni begannen. Einsatzgruppen, Polizeibataillone und SS-Brigaden erschossen bald systematisch die meisten jüdischen Männer im Alter zwischen etwa 17 und 60 Jahren. Bereits in den ersten Julitagen 1941 zeichnete sich ab, dass hier ein Völkermord in präzedenzlosem Ausmaß in Gang war. Davon war die Wehrmacht nicht im Vorhinein, d. h. vor Beginn des Feldzuges, unterrichtet worden. Immerhin erhielten die Oberkommandos jedoch seit Anfang Juli regelmäßig Berichte mit Tötungsmeldungen von den Einsatzgruppen, schriftlich und mündlich. Trotzdem haben viele Einheiten und Dienststellen der Wehrmacht auch bei diesen Verbrechen mitgeholfen. So gestattete die Heeresorganisation der Sicherheitspolizei von Anfang an, quasi präventiv in Lagern internierte wehrfähige Männer nach „Verdächtigen“ abzusuchen und diese zu ermorden.²⁸ Eine geregelte „Amtshilfe“ für die Sicherheitspolizei spielte sich alsbald ein und wurde intern damit begründet, bei den Morden handle es sich um Repressalaktionen, die Juden würden die Sicherheit gefährden oder man wolle „unnütze Esser“ nicht ernähren, sondern lieber ermorden. Der Weg zur Totalvernichtung der sowjetischen Juden unter Aufsicht der Wehrmacht war damit bereits frühzeitig geebnet. In der zweiten Hälfte des Juli 1941 sahen sich die deutschen Militärs erstmals mit vereinzelt Widerstandsakten im Hinterland konfrontiert, insbesondere bei den Heeresgruppen Mitte und Nord. Als die Zahl bewaffneter Attacken auf Soldaten und Einrichtungen der Armee im August zunahm, griffen die Militärs zu den Mitteln, die ihnen der „Kriegsgerichtsbarkeitserlass“ an die Hand gegeben hatte, zu kollektiven Erschießungen. Da es den Besatzungsfunktionären nicht gelang, die einheimischen Widerständler zu identifizieren, richteten

sie ihre Gewaltpolitik vor allem gegen Gruppen, die als besonders verdächtig galten: das waren neben den Juden die ethnischen Russen, aber auch versprengte Rotarmisten oder generell Personen, die sich fern von ihren Heimatorten aufhielten, sogenannte „Ortsfremde“. Diese mussten sich registrieren lassen, wurden oftmals unter erbärmlichen Bedingungen interniert oder gar erschossen.²⁹

Betrachtet man die ersten zehn bis zwölf Wochen des Feldzuges, so lässt sich die volle Entfaltung des Weltanschauungskrieges bereits nachverfolgen. Nach den Planungen hätte dieser Zeitraum ausreichen sollen, um die Sowjetunion militärisch niederzuwerfen. Tatsächlich stand die Wehrmacht tief im Land, auf einer Linie von Leningrad bis Kiew, doch war ein entscheidender strategischer Erfolg nicht errungen worden. Nur die wenigsten hatten erkannt, dass der deutsche Fahrplan bereits Ende Juli ins Stocken geraten war. Im allgemeinen herrschte noch großer Optimismus vor, und zugleich ungehemmte ideologische Gewaltentfaltung. Die deutsche Expansion war noch nicht an ihre Grenzen gestoßen, weder durch die logistischen Schwierigkeiten, die man erwartete, noch durch einheimischen Widerstand, der militärisch noch völlig bedeutungslos blieb. In dieser Phase entfaltete die Wehrmacht nicht nur das Programm von Entrechtung und Gefangenentod, sie öffnete dem SS- und Polizeiapparat auch weit die Türen. Von einer Distanzierung gegenüber diesen Massenmördern, wie noch 1939 in Polen, ist wenig zu spüren. Vielmehr gingen die Militärs sogar über ursprüngliche Vereinbarungen hinaus und ließen die Mordkommandos in den frontnahen Gebieten agieren, bisweilen sogar in den Durchgangslagern für Kriegsgefangene, die eigentlich für die Sicherheitspolizei noch tabu waren. Die Handlungsspielräume, die die Wehrmacht besaß, nutzte sie also eher zugunsten von SS und Polizei aus.

Totaler Massenmord ab Oktober 1941

Mit dem Angriff auf Moskau, der am 2. Oktober 1941 aufgenommen wurde, setzte die Wehrmacht zum zweiten Mal an, um der Roten Armee den entscheidenden Schlag zu versetzen. Parallel dazu verschärfte sich der Vernichtungskrieg gegen Bevölkerung und Kriegsgefangene in erheblichem Maße. Nun zeigten sich die Folgen der riskanten Feldzugsplanung und der bereits mehrere Monate andauernden brutalen Besatzungs- und Ausbeutungspolitik. Zugleich verschärfte die nationalsozialistische Führung die Massenmorde an den Juden. Nicht ohne Grund koppelte Hitler in seinem Aufruf an die Truppen zum Beginn der Offensive Kriegführung und Antisemitismus in seiner Charakterisie-

rung des Feindes: „Dies ist das Ergebnis einer nunmehr bald 25jährigen jüdischen Herrschaft, die als Bolschewismus im tiefsten Grund nur der allergeinsten Form des Kapitalismus gleicht. Die Träger dieses Systems sind aber auch in beiden Fällen die gleichen: Juden und nur Juden.“³⁰

Bis September 1941 hatte sich das Hungerkalkül, wie es in der Feldzugsplanung entwickelt worden war, noch kaum in der Bevölkerung ausgewirkt. Zwar waren die Ernährungssätze für die Stadtbevölkerung und besonders für die Kriegsgefangenen recht niedrig angesetzt, angesichts der guten Ernte 1941 konnten diese jedoch noch einigermaßen gepflegt werden. Seit September war jedoch eine Verschärfung der Landwirtschaftspolitik in der Diskussion: Das Reich verlangte höhere Abgaben, zugleich war es in den seit August neu eroberten Gebieten den sowjetischen Behörden gelungen, Vorräte und Agrartechnik zu evakuieren oder zu zerstören. Der Vormarsch der Wehrmacht gelangte an einen Punkt, wo die reibungslose Versorgung über lange Transportwege kaum mehr möglich erschien. Deshalb wurden in Berlin eine Senkung der Rationssätze durchgesetzt und den Armeen im Osten die rücksichtslose Plünderung ihrer Operationsgebiete als „Kahlfräbzonen“ gestattet.³¹

Schon im Laufe des September verschlechterte sich die Lage der Kriegsgefangenen drastisch. Nicht nur die allgemeine Behandlung war schlecht; beim Abmarsch der langen Kolonnen wurden Tausende von Gefangenen erschossen, weil kein Eisenbahntransport zur Verfügung gestellt wurde und viele körperlich nicht mehr mithalten konnten. In den Lagern, sowohl im Reich, in Polen, als auch in den sowjetischen Gebieten waren Unterbringung und Versorgung erbärmlich, für Verwundete völlig unzureichend. So begann in einzelnen Lagern wie Molodečno bereits im September das Massensterben, in vielen dann im Oktober. In dieser Situation setzten Ernährungsdiktator Backe und das Kriegsgefangenenwesen der Wehrmacht die Rationen für alle solchen Gefangenen herunter, die nicht im Arbeitseinsatz standen. Dies traf jedoch einen großen Teil der Rotarmisten. Im Oktober gelangten wieder große Massen an sowjetischen Soldaten in die Lager. Obwohl die Temperaturen drastisch fielen, wurden sie noch zu erheblichen Teilen unter freiem Himmel dem Wetter schutzlos ausgesetzt. Seuchen verbreiteten sich in Windeseile, um die Jahreswende erreichten die Todesfälle enorme Quoten, an einigen Tagen bis zu 2.000 Menschen. Im Frühjahr 1942 waren etwa zwei Millionen Kriegsgefangene tot.

Während der Generalquartiermeister des Heeres die Hungerpolitik in den Lagern verteidigte, forderten zahl-

reiche Offiziere eine bessere Versorgung der Gefangenen, um nicht Arbeitskräfte zu verlieren. Die Lagerfunktionäre hatten nur begrenzte Spielräume bei der Beschaffung zusätzlicher Lebensmittel. Aber offensichtlich nutzten die meisten nicht einmal diese und verhielten sich sogar Hilfsaktionen der benachbarten Einheimischen: „In der Mehrzahl der Fälle haben jedoch die Lagerkommandanten es der Zivilbevölkerung untersagt, den Kriegsgefangenen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen und sie lieber dem Hungertode ausgeliefert.“³² Stimmen im Militär für eine richtiger völkerrechtskonforme Behandlung der sowjetischen Gefangenen, wie etwa Helmuth James Graf von Moltke, blieben ohnehin seltene Ausnahmen. Lediglich unter ethnischen Kriterien konnten Gefangene entlassen werden, vor allem Sowjetdeutsche, Balten und Ukrainer. Doch selbst diese Entlassungen wurden mitten in der schrecklichsten Phase des Massensterbens eingeschränkt; man fürchtete ein Überlaufen der Entlassenen zu den Partisanen und eine Ausbreitung der Seuchen, die in den Lagern grassierten. Erheblich mehr Konsens bestand in der Militärverwaltung über die negative Selektierung bestimmter Gruppen von Rotarmisten, der politisch Verdächtigen, der Juden, und anfangs auch der Gefangenen mit asiatischem Aussehen. Seit Oktober 1941 konnten die Kommandos der Sicherheitspolizei nicht nur die Lager weiter westlich im Zivilgebiet offiziell betreten, sondern auch im Operationsgebiet, um die Selektierten abzuholen und zu erschießen. Nicht selten übernahmen die Wachmannschaften selbst diese Aufgabe; sie ermordeten gelegentlich auch invalide Gefangene. Offensichtlich fanden aber die meisten dieser Erschießungen nicht in den Durchgangslagern des Operationsgebietes, sondern erst in den Stammlagern in den sowjetischen und polnischen Gebieten unter Zivilverwaltung statt, wo die Verbrechen frühzeitig zwischen Wehrmacht und Polizei geregelt worden waren. Nicht allein politische und rassistische Verdachtsmomente spielten eine Rolle für die Auswahl der Todeskandidaten, sondern mehr und mehr die Absicht, geschwächte Gefangene möglichst schnell zu beseitigen. Die Ordnungspolizei erschoss vom 21. bis 28. September bei Biała Podlaska im Generalgouvernement mindestens 5.000 sowjetische Kriegsgefangene. Auf dem Reichsgebiet wurden solche Gefangenen ebenso an die Polizei ausgeliefert, kamen dann jedoch in die Konzentrationslager. Rotarmisten aus dem Lager Lamsdorf in Niederschlesien gehörten zu den ersten Opfern, die Anfang September 1941 im KZ Auschwitz durch das Giftgas Zyklon B zu Tode kamen. Diese Verbrechen, die alle unter Ägide der Wehrmacht verübt wurden,

kosteten mindestens 150.000 Menschen das Leben.³³ Nicht Kriegsgefangene, sondern in einzelnen besetzten Regionen litten auch Zivilisten seit Spätherbst 1941 immer mehr an Hunger. Besonders Gebiete mit überwiegend ethnisch russischer Bevölkerung und größere Städte waren davon betroffen. Anfang November 1941 senkte die Besatzungsmacht die Rationen für Stadtbewohner; zu diesem Zeitpunkt herrschte im Vorfeld von Leningrad bereits massenhafter Hunger, um die Jahreswende 1941/42 wurden die ersten Hungertoten in ostukrainischen Großstädten und auf der Krim registriert. In Charkow, der vermutlich am schwersten betroffenen Stadt, verhungerten bis 1943 zwischen 20.000 und 30.000 Einwohner.³⁴ Nach den Richtlinien der Besatzung vom 4. November 1941 sollten nur solche Bewohner ernährt werden, die für deutsche Interessen arbeiteten. Als sich das Massensterben unter den Zivilisten abzeichnete, verlangten die Militärstellen zunächst nicht etwa ausreichende Hilfsmaßnahmen, sondern vielmehr eine Vertreibung der Stadtbewohner aufs Land. Doch wurde Anfang 1942 bald erkannt, dass die Hungersnot im Hinterland für die Kriegsführung auch negative Folgen haben könnte, und im Frühjahr 1942 Gegenmaßnahmen diskutiert. Diese kamen jedoch über Ansätze nicht hinaus. Erst die Jahreszeit und die Ernte konnten die Katastrophe eindämmen.

Eine deutliche Radikalisierung erfuhr im September/Oktober 1941 auch die Verfolgung der Juden.³⁵ Bereits im August waren einzelne SS- und Polizeieinheiten dazu übergegangen, nicht nur jüdische Männer, sondern auch Frauen und Kinder zu erschießen. Das schrecklichste Massaker dieser Zeit fand am 27. bis 29. August in der ukrainischen Stadt Kamjanec Podil's'kyj statt. Dort forderte die Feldkommandantur den Abtransport jüdischer Flüchtlinge, die von ungarischen Behörden in die Stadt abgeschoben worden waren. Der Höhere SS- und Polizeiführer vereinbarte schließlich mit dem Generalquartiermeister, die meisten Juden der Stadt zu ermorden; 23.600 Menschen starben. Ab Mitte September 1941 wiederholten sich diese extremen Massaker, in neu eroberten Gebieten ermordete die Polizei nahezu alle Juden binnen weniger Tage. Das größte dieser Verbrechen spielte sich vom 27. bis 29. September in Kiew in der sogenannten Babi-Jar-Mulde ab, wo 33.400 Menschen erschossen wurden.³⁶

Das Gros der Militärverwaltung kooperierte, wie in Kiew so auch andernorts unverdrossen weiter bei der Vorbereitung, manchmal auch bei der Durchführung der Massaker. Die Militärverwaltung sorgte für gesonderte Registrierung und Versammlung der Juden, stellte

oft Transportmittel, der Generalquartiermeister lieferte Munition. Gelegentlich kamen aus der Wehrmacht Forderungen nach Beschleunigung der Massenmorde, so auf der Krim.³⁷ Immerhin ein Teil der jüdischen Arbeiter sollte am Leben bleiben, wie ein Beobachter des Auswärtigen Amtes im Oktober notierte: „Eine rücksichtslose Vertilgung der Juden ist gegenwärtig der Wehrmacht *noch* unerwünscht, da jede Arbeitskraft gebraucht wird und die Juden zu Aufräumungs- und Straßenbauarbeiten herangezogen werden.“³⁸ In manchen Fronteinheiten meldete sich hingegen erste Kritik, vor allem an der Ermordung von Frauen und Kindern. Vermutlich waren diese Verbrechen auch Anstoß zur Bildung einer Oppositionsgruppe im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte.³⁹ Um jeglicher Kritik zu begegnen, erließen die Oberbefehlshaber der Armeen im Süden, in deren Gebiete die meisten dieser Verbrechen stattfanden, im Oktober und November Befehle zur Rechtfertigung des Völkermordes. Den bekanntesten dieser Aufrufe, dem schließlich Vorbildcharakter zukam, erließ der Oberbefehlshaber der 6. Armee, Walther von Reichenau am 10. Oktober.⁴⁰ Die Militärverwaltung war vor allem bestrebt, ihr jeweiliges Herrschaftsgebiet so schnell wie möglich als „judenfrei“ zu melden. Seit den ersten Tagen des Feldzuges verbreitete die Wehrmacht konstant antisemitische Propaganda in Flugblättern, Broschüren und Zeitungen für Einheimische, die nun zur Begleitmusik beim Massenmord avancierte.⁴¹ Auch bei der Jagd nach den letzten, noch versteckten Juden war das Militär behilflich. Niemand sollte überleben. Selbst noch nach der Ermordung aller Juden im Militärgebiet steigerte die Wehrmachtpropaganda ihre antijüdischen Hassparolen.⁴² Unter Zivilverwaltung, vor allem im Zentrum von Weißrussland, vollzog die Wehrmacht hingegen eigenständig einen Teil des Judenmordes. Die als Besatzungsverband eingesetzte 707. Infanteriedivision ermordete, zusammen mit unterstellten Einheiten, im ländlichen Raum um Minsk etwa 19.000 Juden. Damit hatte sie die Funktion des SS- und Polizeiapparates weitgehend übernommen.⁴³

Eine erhebliche Rolle spielte das Militär bei den Verbrechen an den Roma und den Anstaltsinsassen in den besetzten Gebieten. Da für diese Gruppen offensichtlich keine zentralen Befehle erlassen worden waren, regelten die Stellen im Besatzungsgebiet das Vorgehen selbst. Zwar wurden in den Heeresgebieten Mitte und Nord Order gegeben, ansässige Roma zu verschonen. Im Frühjahr 1942 begannen Sicherheitspolizei und Militär jedoch mit der systematischen Ermordung der Roma.⁴⁴ Das Schicksal der Insassen psychiatrischer Anstalten entschied sich von Fall zu Fall in Absprache zwi-

schen Militärs und der Sicherheitspolizei. Das Interesse einzelner Dienststellen an den Räumlichkeiten konnte tödliche Folgen haben. Oft wandte sich die zugehörige Militäreinheit dann an das nächste Sonderkommando mit der Bitte, die Insassen umzubringen. Während im Reich die sogenannte „Euthanasie“ Ende August 1941 vorläufig gestoppt wurde, begannen diese Verbrechen gerade ab Ende August/September 1941 unter Militärverwaltung in der Sowjetunion.⁴⁵

Auch gegenüber der allgemeinen nichtjüdischen Bevölkerung wurden die Gewaltakte seit September/Oktober 1941 massiv verschärft, sofern sie in sogenannten Partisanengebieten lebte. Einzelne Oberkommandos ordneten explizit an, auch Kinder zu erschießen, wenn sie unter die inkriminierte Gruppe fielen.⁴⁶ Täglich erschossenen Einheiten der Wehrmacht oder der Polizei „Partisanenverdächtige“, insbesondere im Raum der Heeresgruppe Mitte. Vermutlich fielen bis Februar 1942 diesen Massenmorden über 80.000 Menschen zum Opfer. Die kleinen Untergrundgruppen, die für die deutsche Kriegsführung kaum ins Gewicht fielen, wurden tatsächlich um die Jahreswende 1941/42 großenteils zerschlagen, doch nicht allein wegen des Besatzungsterrors, sondern auch wegen organisatorischer Schwierigkeiten und wegen des einsetzenden Winters.⁴⁷

In der Phase von Ende September 1941 bis Frühjahr 1942 wurde die Wehrmacht am meisten in die genozidale Praxis des NS-Regimes integriert. Dafür war nicht nur die strategische Anlage des Sowjetunion-Krieges, die Ausbeutungs- und Entrechtungskonzeption, verantwortlich, sondern auch die zunehmende ideologische Integration in den Vernichtungskrieg. In der Selbstwahrnehmung schwanden die Spielräume, man sah sich selbst als Opfer militärischer Widrigkeiten und Versorgungsprobleme. In Wirklichkeit hatte man selbst alle Weichen dafür gestellt. Ein Vergleich mit anderen Besatzungsgebieten zeigt, dass die spezifische militärische Situation an der Ostfront jedoch nur einen Teil der Erklärung liefern kann. Überall verschärften die militärischen Besatzungsverwaltungen ihre Politik, vor allem gegenüber den Juden. Dies wird besonders an den Massenmorden in Serbien, aber auch am Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen im Reich, Tausende Kilometer von der Front entfernt, deutlich.

Partisanenkrieg und Besatzungs-Debatten 1942/43

Das Jahr 1942 war für die Wehrmacht vor allem durch die Sommeroffensive nach Stalingrad und auf den Kaukasus bestimmt. Nun hoffte man im dritten Anlauf auf den Sieg, nach dem Feldzugsbeginn und der Of-

fensive auf Moskau. Verglichen mit der vorangegangenen Phase war eine Steigerung des Vernichtungskrieges kaum noch denkbar. Die meisten Juden in den Militärgebieten waren bis März 1942 ermordet worden, auf den neu eroberten Territorien im südlichen Russland wurde diese Praxis im August/September 1942 fortgesetzt, wieder mit tatkräftiger Unterstützung der Militärverwaltung.⁴⁸

Bezüglich der Bevölkerung entwickelte sich die Besatzungspolitik in zwei Richtungen: zwar lässt sich eine gewisse Entideologisierung der Politik beobachten; rassistische Massenmorde an Juden oder an Kriegsgefangenen spielten nicht mehr die Rolle wie noch im Jahr zuvor, die Kollaboration Einheimischer bei Wehrmacht und Polizei wurde erheblich ausgedehnt. Gleichzeitig veränderten sich die Formen der Gewalt: nun rückte eine systematisierte Bekämpfung der Partisanen und die Rekrutierung von Arbeitern für das Reich in den Vordergrund. Die Ursachen sind in einer verstärkten Ökonomisierung der militärischen Besatzungspolitik zu suchen. Einerseits erlitt das Ostheer größere Personalverluste, die durch die Rekrutierung von immer mehr Arbeitskräften aus Deutschland ausgeglichen werden sollten. Um diese wiederum zu ersetzen, wurden Einheimische aus der Sowjetunion ins Reich geholt. Andererseits schränkte der wieder auflebende Widerstand ab Mitte 1942 zusehends den deutschen Zugriff auf Agrarflächen ein, insbesondere im Mittelabschnitt der besetzten Gebiete.

Seit März 1942 traten neben die alltägliche Gewalt zur Bekämpfung der Partisanen große kombinierte Anti-Partisanen-Unternehmen von Wehrmacht und Polizei. Die Konzeption dieser Unternehmen ging größtenteils auf das Heer zurück, die Durchführung teilten sich Wehrmacht und SS/Polizei. Dabei wirkte sich keineswegs hemmend aus, dass die Partisanenbekämpfung ab August 1942 nicht mehr Aufgabe des Generalquartiermeisters war, der die Besatzungspolitik anleitete, sondern an die Operationsabteilung überging. Im Operationsgebiet wurden die meisten der großen Anti-Partisanenunternehmen von Militärs geleitet. Massenmorde waren bei der engen Zusammenarbeit wieder vorprogrammiert. SS und Polizeitruppen wie Wehrmachteinheiten kreisten Partisanengebiete ein und gingen dann konzentrisch an den Landstraßen nach innen. Dabei wurden aufgegriffene Partisanen, meist jedoch „Verdächtige“ erschossen. Die SS-Verbände massakrierten kollektiv die Einwohnerschaft ganzer Dörfer; gelegentlich verhielten sich Heereseinheiten ähnlich.

Obwohl der militärische Erfolg dieser Aktionen in der Regel gering ausfiel, wurden sie bis zum Ende der Besatzung mit äußerster Brutalität weitergeführt. Ab An-

fang 1943 koppelte man die Partisanenbekämpfung an die Rekrutierung der Zwangsarbeiter, d. h. aufgegriffene Zivilisten wurden meist nicht mehr erschossen, sondern auf Arbeitsfähigkeit untersucht und ins Reich deportiert. Selbst bewaffnete Partisanen, die in Gefangenschaft gerieten, landeten so oftmals als Zwangsarbeiter in Deutschland. Da die meisten der „Partisanengebiete“ auf Dauer für die Besatzungsherrschaft verloren gingen, versuchte diese, möglichst alle Wirtschaftsgüter, vor allem das Vieh, aus diesen zu evakuieren. Ab Mitte 1943 entwickelte sich die Taktik der „toten Zonen“, Gebieten, die komplett von Menschen und Wirtschaftsgütern geräumt wurden. Wer danach noch an seinen Heimatort zurückkehrte, dem drohte Erschießung. Damit war die deutsche Militärherrschaft in der Sowjetunion im Grunde an ihrem äußersten Punkt angelangt.⁴⁹

Eine neue Form der Eskalation trat Anfang 1942 mit der Jagd nach Zwangsarbeitern auf. Zunächst setzte man auf „freiwillige“ Werbung unter den Einheimischen. Es meldeten sich vor allem Einwohner aus Hungergebieten, die der Not zu entfliehen suchten. Freiwillig war die Arbeit im Reich ohnehin nicht, weil dort die „Ostarbeiter“ am schlechtesten behandelt wurden und eine Rückkehr meist ausgeschlossen blieb. So stießen die Werbungskampagnen im Mai/Juni 1942 an ihre Grenzen, und die Wehrmacht wurde nun verstärkt in die Zwangsrekrutierung eingeschaltet. Während des Sommers 1942 wurde die größte Zahl von Menschen nach Deutschland verschleppt, meist Jugendliche oder junge Erwachsene. Danach brachte die Sommeroffensive neue Zwangsarbeiter in deutsche Hand, ab 1943 begann die jahrgangswise Totalerfassung und die Deportation aus Partisanengebieten, dann auch unter den Zwangsevakuierten, die bei den Rückzügen mitgenommen wurden.⁵⁰

Mit dem Stocken des deutschen Feldzuges Ende Juli, Anfang August 1941 erhoben sich auch die ersten Stimmen in der Wehrmacht, die für eine leichte Kurskorrektur gegenüber der Bevölkerung plädierten. Es verwundert kaum, dass solche Stellungnahmen sich seit der Schlacht von Moskau im Dezember 1941 häuften, da der Krieg nun auf unabsehbare Zeit fort dauern würde. Die Diskussion, die sich im Frühjahr 1942 entwickelte, drehte sich im Kern um vier Punkte: eine verstärkte propagandistische Beeinflussung der Bevölkerung, eine graduelle Erhöhung der Ernährung für Kriegsgefangene und Stadtbevölkerung, die Rückgabe des verstaatlichten landwirtschaftlichen Eigentums und schließlich die Trennung der Bevölkerung in Bolschewisten und Nicht-Bolschewisten bzw. deren unterschiedliche Behandlung. Angesichts des in weite

Ferne gerückten militärischen Sieges, ab November 1942 des beginnenden Rückzuges, und angesichts der Zunahme des Widerstandes, plädierten besonders viele Heeresführer für leichte Zugeständnisse. Freilich war dabei nicht an eine Behandlung gedacht, wie sie die Westeuropäer unter deutscher Herrschaft erfuhren. Zwar wurde der Kommissarbefehl im Mai 1942 vorläufig aufgehoben, die Übergabe von Kriegsgefangenen, insbesondere Juden, an die Sicherheitspolizei lief jedoch auf niedrigerem Niveau weiter. Ein massenhaftes Hungersterben wie im Winter 1941/42 wurde zwar vermieden. Dies lag jedoch auch an den deutlich niedrigeren Gefangenenzahlen. Auch im Winter 1942/43 starben Zehntausende Rotarmisten in deutscher Hand, ebenso wie in vielen Städten wieder der Hunger grassierte. Eher von kosmetischer Natur blieb die „Neue Agrarordnung“, die Umwandlung der Kolchosen in sogenannte Landbaugenossenschaften. Sie beschränkte sich weitgehend auf die weniger fruchtbaren Abschnitte im Zentrum und im Norden des Besatzungsgebietes. Zudem bestand die Ablieferungspflicht weiter,⁵¹ allein das private Hofland wurde etwas ausgedehnt. Eine ganz eingeschränkte politische Autonomie wurde lediglich, wie schon 1941 den Esten, ab Herbst 1942 den Kosaken und einigen Völkern auf dem Nordkaukasus gewährt. Diese blieben auch weitgehend von den Zwangsarbeiter-Deportationen verschont. Alle dieser zaghaften Versuche blieben jedoch im Ansatz stecken. Hitler untersagte alle weitergehenden Zugeständnisse. Aber auch die Militärführung blieb in ihrem rassistischen Denken verhaftet. Die Massenmorde an Juden, aber auch an politisch „Verdächtigen“ wurden unverändert weitergetrieben. Eine umfassende Verbesserung der Lage der Bevölkerungsmehrheit, d. h. vor allem der Russen, kam nicht in Frage. Schließlich wurde die deutsche Herrschaft im Kaukasus binnen kurzer Zeit wieder abgebrochen, weil im Januar 1943 der Rückzug anstand.⁵²

Somit zeigte die militärische Besatzungspolitik im Jahre 1942 deutlich, dass sie zu einem grundlegenden Wandel nicht fähig war. Zwar wurde ein Massensterben der Kriegsgefangenen, wie es bis Mai 1942 herrschte, im folgenden Winter verhindert. Die Massaker an den Juden verloren aber nur deshalb an Bedeutung, weil kaum ein Angehöriger der Minderheit mehr unter Militärherrschaft lebte. Zu beobachten war sowohl eine stärkere Ökonomisierung der Besatzungspolitik als auch eine regionale Differenzierung, mit der Besserstellung der Esten und einiger Ethnien auf dem Kaukasus, aber mit einer deutlichen Verschlechterung der Überlebenschancen in den Partisanengebieten, vor allem im Raum der Heeresgruppe Mitte.

Eskalation im Rückzug

Nach der Schlacht von Stalingrad, schließlich nach der Niederlage bei Kursk im Juli 1943 wurden die Zukunftsaussichten der Wehrmacht endgültig zunichte gemacht. Zwar griff man nun verstärkt zur propagandistischen Bearbeitung der Einheimischen, zur Schaffung von Anreizen für die Kollaboration. Die Lage der Einheimischen blieb jedoch konstant schlecht, ja verschlimmerte sich regional noch. Statt die Ernährung der Stadtbevölkerung zu verbessern, stellte die Wirtschaftsverwaltung die Rationierung um und koppelte sie an die Arbeitsplätze oder an die Musterung von Arbeitskräften. Die Razzien auf Zwangsarbeiter verschärfen sich, immer jüngere Jahrgänge gerieten ins Visier der Suchtrupps. Zusätzlich wurden, bei den Heeresgruppen Mitte und Nord, Zwangsarbeiterkolonnen, sogenannte Zivilarbeiterabteilungen, gebildet. Die dort eingesetzten Menschen hatte man von ihren Kindern getrennt, die man nicht selten in eigene Kinderlager steckte, und sie selbst wurden völlig unzureichend behandelt. Mit dem Herannahen der Roten Armee mobilisierte das deutsche Militär die letzten Arbeitskräfte, vor allem Frauen; Zehntausende mussten bis zur Erschöpfung⁵³ Verteidigungsanlagen um die großen Städte ausheben.

In eine verzweifelte Lage gerieten nun die Evakuierten. Seit Dezember 1941 hatte die Wehrmacht immer wieder Bevölkerungsteile bei Rückzügen zwangsevakuert, oft auch zur breiten Räumung des Gefechtsfeldes. Seit Frühjahr 1943 war die Besatzungsmacht bestrebt, möglichst alle potenziellen Arbeitskräfte, unter Umständen sogar die ganze Bevölkerung mitzunehmen. Wieder taten sich hier die Heeresgruppen Nord und Mitte hervor. Etwa 2,5 Mio. Menschen wurden aus ihren Wohnungen getrieben und mussten unter erbärmlichen Bedingungen Richtung Westen marschieren. Wer sich weigerte mitzukommen, dem drohte unter Umständen die Ermordung. Sie wurden weder unterwegs noch an den Auffangorten richtig ernährt. Vielen suchten deshalb die Flucht aus den Trecks, die oftmals gelang, weil die Wehrmacht zu wenig Bewacher aufbieten konnte. Doch auch wer zurückblieb, geriet in eine ausweglose Lage, da die Wehrmacht beim Rückzug systematisch die ganze Infrastruktur zerstörte und Vorräte mitnahm. Bisweilen wurden ganze Ortschaften verbrannt, um nichts in die Hände der Roten Armee fallen zu lassen.⁵⁴ In mindestens einem Fall, im weißrussischen Osariči, richtete die Wehrmacht ein Evakuiertenlager ein, in dem die Verschleppten zu Tausenden zugrunde gingen, viele sogar erschossen wurden.⁵⁵

Während also der Ausbau der militärischen Kollabora-

tion auf Hochtouren lief, bedeutete die Rückzug der Wehrmacht für die meisten Einwohner weiteres Leid. Wie schon 1941 wiederholte sich der Mechanismus, dass die Wehrmacht, wenn sie sich in Schwierigkeiten wähnte, diese gewalttätig auf die Einheimischen abzuwälzen suchte. Deshalb war die Mehrheit der Bevölkerung erleichtert darüber, von der Roten Armee befreit zu werden, wenn dies auch die Rückkehr des Stalinismus bedeutete.

Als Resümee dieser kursorischen Darlegungen lässt sich also feststellen:

1. Die militärische Führung akzeptierte frühzeitig ein Mordprogramm, das aus mehreren Elementen bestand: der eigenständigen Tötung bestimmter Kriegsgefangener, der Tötung von bestimmten Gruppen von Zivilisten durch SS und Polizei, und massiver Repressalien im Falle jeglichen Widerstands. Während letzteres sich bereits im Polenfeldzug, noch konkreter im Balkanfeldzug abgezeichnet hatte, stellten die gezielt geplanten Tötungen ein Novum dar.
2. In den ersten Wochen des Feldzuges differenzierten sich diese Planungen in der Praxis, oben bei der Führung wie unten bei der Truppe, mit ideologisch bestimmten Repressalien, einer Ausweitung der Opfergruppen unter den Kriegsgefangenen und einer deutlichen Radikalisierung auf Seiten der Polizei. Diese wurde von weiten Teilen der Militärführung mitgetragen.
3. Der entscheidende Wendepunkt kam dann im September/Oktober 1941. Als der Feldzug nicht mehr nach Plan verlief, wurde die ohnehin erbärmliche Lage der Kriegsgefangenen noch einmal verschlechtert. Alltägliche Gewalt, Massenmorde beim Transport, mangelhafte Unterbringung und schließlich die Senkung der Rationen für die „Nicht-arbeitsfähigen“ führten binnen kurzem zum Tod der meisten Gefangenen. Im Herbst/Winter 1941 verschärfte sich auch das Vorgehen der Fronttruppen gegen die Bevölkerung, vor allem in den Gebieten, in denen Widerstand spürbar wurde und dort, wo die Front zum Stillstand kam.⁵⁶ Der Großteil der Militärverwaltung unterstützte die Ausdehnung der Massenmorde auf jüdische Frauen und Kinder, ebenso wie die Auslieferung von Kriegsgefangenen zum Zwecke der Erschießung systematisiert wurde. Kritische Stimmen, die nun auftauchten, kamen kaum zur Geltung.
4. Zwar ist die Radikalisierung der Wehrmacht vor dem Hintergrund des unvorhergesehenen Kriegsverlaufs zu sehen, jedoch weniger in Zusammenhang mit anderen exogenen Faktoren wie etwa den Verbrechen des NKVD oder einer *militärischen* Bedrohung durch Parti-

sanen. Wollte man den riskanten Blitzkrieg schon von Anfang an mit maximaler Gewalt führen, so verschärfte sich diese Einstellung nach dessen vorläufigem Scheitern zunächst noch einmal bei den meisten Einheiten.

5. Erst als sich im November/Dezember 1941 abzeichnete, dass der Krieg auf unbestimmte Zeit andauern würde, setzten die Überlegungen zu einer grundsätzlichen Modifizierung der Gesamtstrategie ein. Freilich konzentrierten sich diese auf die Kriegsgefangenen und die nichtrussische Zivilbevölkerung. Ein grundlegender Wandel trat nicht ein, und der Mord an den Juden wurde unvermindert weiter unterstützt.

6. In den Jahren 1942/43 veränderte sich vor allem die Gewalt bei der Partisanenbekämpfung, insbesondere bei den „Großunternehmen“ im Mittelabschnitt und angrenzenden Gebieten. Die Rekrutierung von Arbeitskräften trat immer mehr in den Vordergrund. Mit den Rückzügen ab Frühjahr 1943, besonders ab 1944 verschärfte sich die Gewalt gegen die verbliebene Bevölkerung noch einmal deutlich. Unter Militärverwaltung starben in der Sowjetunion mindestens eine Million Zivilisten, zudem zeichnet das deutsche Militär für den Tod von etwa drei Millionen sowjetischer Kriegsgefangener verantwortlich.

Die Rolle der Wehrmacht bei dieser Eskalation der Gewalt ist nicht durchweg eindeutig zu bestimmen, zu schlecht ist oft die Quellenüberlieferung, zu komplex die Zusammenhänge. Das Militär stellte auch 1941 noch den letzten Machtfaktor neben dem NS-Apparat; freilich hat es sich diesem weitgehend angeschlossen; interne Kritik war zwischen Juni 1940 und August 1941 kaum zu spüren. Zu differenzieren ist zwischen den verschiedenen Funktionsbereichen: der Militärverwaltung samt Sicherungstruppen, den Fronttruppen und der Wirtschaftsorganisation. Die Funktionen waren unterschiedlich, die politische Sozialisation und Einstellung des Personals dieser Bereiche aber doch recht ähnlich. Innerhalb der Wehrmacht herrschte ein hohes rassistisches und antikommunistisches Gewaltpotential, das freilich einer starken hierarchischen Steuerung und Disziplinierung unterworfen war. Erst die entscheidenden Impulse der Spitzenbehörden, z.T. auch der Oberkommandos, öffneten den Weg zu eigenständigen Massenmorden und zur systematischen Zusammenarbeit mit dem SS- und Polizeiapparat. Über ein bestimmtes Ausmaß an Gewalt gegen Zivilisten herrschte in der Armee Konsens, insbesondere über die Bereitschaft zur Verübung von exorbitanten Massakern für geringste Widersetzlichkeiten, und über die bevorzugte Auswahl von Juden und Russen als Repressalopfer. In größerer Perspektive gesehen, hat es den Anschein, als ob die

Wehrmacht einige der Gewaltstrukturen übernahm, die im Polenfeldzug noch bei SS und Polizei vorgeherrscht hatten. Erst spät und inkonsequent wurde seit Ende 1941 eine Eindämmung der Massenmorde an Kriegsgefangenen und nichtjüdischen Zivilisten diskutiert, zunächst mit wirtschaftlichen, dann mit politisch-strategischen Argumenten. Weiterhin galt ein Auseinanderdriften von offiziellen Verhaltensmaßregeln und tatsächlicher Gewalt, die insbesondere bei Auftreten der – selbst produzierten – „bitteren Notwendigkeiten“ weiter betrieben wurde. Für jede Gewaltmaßnahme war auch gleich eine Legitimierungsstrategie parat, ob präventive Sicherheit, Repressalie oder Engpass in der Versorgung. Als sich 1944/45 die Niederlage abzeichnete, konnte dann aus diesen internen Diskussionen das Bild einer „sauberen“ Wehrmacht konstruiert werden.⁵⁷

Anmerkungen

- 1 Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941*, Frankfurt a.M. 1965, bes. S. 516 ff.; Hans Buchheim u.a., *Anatomie des SS-Staates*, München 1967, Band 2.
- 2 Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland*, Hamburg 1999.
- 3 Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945*, Stuttgart 1978; *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band 4: Der Angriff auf die Sowjetunion*. Von Horst Boog u.a., Stuttgart 1983; Omer Bartov, *The Eastern Front 1941-45. German Troops and the Barbarisation of Warfare*, London 1986.
- 4 Ralf Ogorreck, *Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD im Rahmen der "Genesis der Endlösung"*, Diss. phil. TU Berlin 1992; die publizierte Fassung ist stark gekürzt: ders., *Die Einsatzgruppen und die Genesis der „Endlösung“*, Berlin 1996.
- 5 Klaus Jochen Arnold, *Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion: Kriegführung und Radikalisierung im "Unternehmen Barbarossa"*, Berlin 2005.
- 6 Zuletzt: Jörn Hasenclever, *Die Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete in den besetzten Gebieten der Sowjetunion 1941-1943*: Max von Schenckendorff, Karl von Roques, Franz von Roques, Erich Friderici und die deutsche Besatzungspolitik, Paderborn 2009.
- 7 Johannes Hürter, *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42*. München 2006; Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941-1944*, München 2008.
- 8 Vgl. Jean-Louis Margolin, *L'armée de l'Empereur. Violences et crimes du Japon en guerre, 1937-1945*, 2007.
- 9 Jochen Böhrer, *Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939*, Frankfurt a.M. 2006.
- 10 Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei!“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993, S. 35 ff.; Marlen von Xylander, *Die deutsche Besatzungsherrschaft auf Kreta 1941-1945*, Freiburg i.Br. 1989, S. 28-33.
- 11 Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 46-93; Christoph Dieckmann,

Deutsche Besatzungspolitik und Massenverbrechen in Litauen 1941-1944: Täter, Zuschauer, Opfer. Diss. phil. Univ. Freiburg 2002, Kap. B.4 (Druck in Vorbereitung).

- 12 Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau. Hrsg. von Peter Broucek. Band 3, Wien 1988, S. 101 (basiert auf zeitgenössischen Aufzeichnungen).
- 13 Verbrechen der Wehrmacht: Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944. Katalog zur Ausstellung. Hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002, S. 52 f.
- 14 Tatsächlich waren 1929 9 % der Politarbeiter jüdischer Herkunft, 1938 etwa 20 %, 1941 vermutlich wieder etwas weniger. Alec Nove, J.A. Newth, *The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns*, in: Lionel Kochan (ed.), *The Jews in Soviet Russia Since 1917*, Oxford u.a. 1978, S. 132-167, hier 165; Pawel Wieczorkiewicz, *Lancuch Smierci. Czystka w Armii Czerwonej 1937-1939*, Warszawa 2001, S. 896 f.
- 15 Bundesarchiv, Abt. Militärarchiv Freiburg i.Br. (BA-MA), RH 26-22/67, 22. Infanteriedivision, Ic-Offizier, 20.6.1941.
- 16 1940 gab es in der Roten Armee 61.000 Politarbeiter, die etwa 1 % der Personalstärke ausmachten. In Gefangenschaft geriet 1941/42 wohl ein geringerer Anteil, geschätzt etwa 20.000-40.000 der bis Frühjahr 1942 Kriegsgefangenen etwa vier Mio. Rotarmisten. Höhere Zahlen bei Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 839.
- 17 BA-MA WF-03/9121 (= Zentralarchiv des Russischen Verteidigungsministeriums F.500, op. 12454, d. 209, Bl. 121, Bl. 46), Heeresgruppe B, Generalstabschef, an Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet 102, 11.6.1941 (Entwurf). Zu diesem Zeitpunkt hieß die Heeresgruppe noch B und die Einsatzgruppe C.
- 18 Kalis Kangeris, *Die nationalsozialistischen Pläne und Propagandamassnahmen im Generalbezirk Lettland 1941-1942*, in: David Gaunt, Paul A. Levine, Laura Palosuo (Hrsg.), *Collaboration and Resistance during the Holocaust*, Bern u.a. 2004, S. 161-186, hier 169.
- 19 Verbrechen der Wehrmacht, S. 46-48.
- 20 BA-MA RH 20-11/334, Armee-Oberkommando 11, Ic, Vortragsnotiz über die Besprechung am 16.5.1941 beim Generalquartiermeister in Wünsdorf, o.D.; Manoschek, „Serbien ist judenfrei!“, S. 31 f.
- 21 Institut für Zeitgeschichte München (IfZ), MA 679/2, fr. 900, Monatsbericht Oberfeldkommandantur 393 (Warschau) für 16.3.-15.4.1941, 25.3.1941; vgl. Zygmunt Klukowski, *Diary From the Years of Occupation 1939-44*, Urbana u.a. 1993, S. 141-160.
- 22 Robert Bernheim, *The Commissar Order and the 17th German Army*. Diss. phil. McGill University Montreal 2005.
- 23 So die neuesten Forschungsergebnisse von Felix Römer, *Der Kommissarbefehl. „... sind sofort mit der Waffe zu erledigen.“ Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42*, Paderborn u.a. 2008.
- 24 Rossija i SSSR v vojnach XX veka. Statističeskoe issledovanie. Red. G. F. Krivošeev, Moskva 2001, S. 434 (wahrscheinlich umfasst diese Zahl nicht alle Politfunktionäre).
- 25 Hürter, *Hitlers Heerführer*, S. 365 f.
- 26 Christian Gerlach, *Verbrechen deutscher Fronttruppen in Weißrußland 1941-1944. Eine Annäherung*, in: Karl-Heinrich Pohl (Hrsg.), *Wehrmacht und Vernichtungspolitik*, Göttingen 1999, S. 89-114; Hannes Heer, „Hitler war's“. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit. Berlin 2005, S. 266 ff.; Römer, *Kommissarbefehl*.
- 27 Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgali-*

- zien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996, S. 54 ff.
- 28 Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 503 ff.; im Süden: IfZ NOKW-2595, Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Süd, 24.8.1941.
- 29 Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 870 ff.; Alexander Hill, War Behind the Eastern Front. Soviet Partisans in North-West Russia, London 2005, S. 86.
- 30 BA-MA RH 26-56/21a, Oberkommando der Wehrmacht, Propagandaaufruf „Soldaten der Ostfront“, 2.10.1941.
- 31 Christian Gerlach, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1998, S. 33 ff.
- 32 Brief Rosenberg an Keitel, 28.2.1942, in: Gerd R. Ueberschär, Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn u.a. 1984, S. 399.
- 33 Streit, Keine Kameraden; Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation, Heidelberg, Karlsruhe 1981.
- 34 Johannes Hürter, Die Wehrmacht vor Leningrad. Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42, in diesem Band; A. V. Skorobohatov, Charkiv u časi nimeckoi okupacii (1941-1943), Charkiv 2004, S. 277 ff.
- 35 Vgl. Dieter Pohl, Die Wehrmacht und der Mord an den Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Wolf Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin, München 2002, S. 39-53.
- 36 Pohl, Herrschaft der Wehrmacht, S. 259-261.
- 37 Manfred Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942, Köln 2004; Andrej Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941-1943, Hamburg 2003.
- 38 Reisebericht eines Vertreters des Auswärtigen Amtes, 20.10.1941, zit. nach: Martin Vogt (Hrsg.), Herbst 1941 im „Führerhauptquartier“ : Berichte Werner Koeppens an seinen Minister Alfred Rosenberg, Koblenz 2002, S. 59, die Aussage bezog sich anscheinend auf den September 1941. Hervorhebung vom Autor.
- 39 Johannes Hürter, Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), S. 527-562.
- 40 Timm C. Richter, Handlungsspielräume am Beispiel der 6. Armee, in: Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Eine Bilanz, München 2005, S. 60-68.
- 41 Daniel Uziel, The Propaganda Warriors. The Wehrmacht and the Consolidation of the German Home Front, Oxford u.a. 2008, S. 284 ff.
- 42 Jürgen Förster, Wehrmacht, Krieg und Holocaust, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 948-963, hier S. 962.
- 43 Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945, Frankfurt a.M. 1992, S. 76-79; Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 609-622.
- 44 Michael Zimmermann, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg 1996; die grundlegende Erforschung und Neubewertung verdanken wir
- Martin Holler: Gutachten über den nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma am Beispiel der deutsch besetzten Sowjetunion, Berlin 2009 (Veröff. in Vorb.). Ich danke Herrn Holler für die Überlassung des Manuskripts.
- 45 Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 1067 ff.; Pohl, Herrschaft der Wehrmacht, S. 274-276.
- 46 BA-MA, RH 26-454/7, Befehl Armeeoberkommando 6, Quartiermeister 2, 21.8.1941.
- 47 Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 875 ff.; Hill, War Behind the Eastern Front, S. 84.
- 48 Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 560 ff.
- 49 Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 884 ff.; militärgeschichtlich: Antonio Munoz, Oleg V. Romanko, Hitler's White Russians. Collaboration, Extermination and Anti-Partisan Warfare in Byelorussia, 1941-1944, Bayside, NY 2003, S. 197 ff., 321 ff.
- 50 Rolf-Dieter Müller, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S. 234-250; Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 459 ff.
- 51 Christian Gerlach, Die deutsche Agrarreform und die Bevölkerungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa. Von Christian Gerlach u.a., Berlin, Göttingen 1995, S. 9-60
- 52 Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 591 ff.; Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül, S. 259 ff.
- 53 Nicholas Terry, The German Army Group Center and the Soviet Civil Population 1942-1944, Diss. phil. Univ. London 2005.
- 54 Rolf-Dieter Müller, Es begann am Kuban. Flucht- und Deportationsbewegungen in Osteuropa während des Rückzugs der deutschen Wehrmacht 1943/44, in: Robert Streibel (Hrsg.), Flucht und Vertreibung. Zwischen Aufrechnung und Verdrängung, Wien 1994, S. 42-76.
- 55 Christoph Rass, „Menschenmaterial“: Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939-1945, Paderborn u.a. 2003, S. 386-402; G. D. Knaťko u.a. (Hrsg.), Založniki vermachta (Ozariči - lager' smerti). Dokumenty i materialy, Minsk 1999.
- 56 Vgl. Rass, „Menschenmaterial“, S. 348 ff.
- 57 Einen guten Überblick über das tatsächliche Meinungsspektrum in der Generalität vermitteln die britischen Abhörprotokolle: Sönke Neitzel (Hrsg.), Abgehört. Deutsche Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942-1945, München 2005; für die Soldaten generell: Rafael A. Zagovec, Gespräche mit der „Volksgemeinschaft“. Die deutsche Kriegsgesellschaft im Spiegel westallierter Frontverhöre, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 9/2, München 2005, S. 289-381.

PD Dr. Dieter Pohl

Privatdozent am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München
 Forschungsschwerpunkte: Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen und Besatzungspolitik in Osteuropa, NS-Prozesse, Geschichte der DDR, Stalinismus in der Sowjetunion, Geschichte der Ukraine, Geschichte Polens seit 1939 (Foto: ZME, Dieter Pohl am 30.7.2009 in Ebensee)



Zwangsweise deutsch – Die „Ostmark“ als Schauplatz der gewaltsamen „Eindeutschung“ von polnischen Kindern

Ines Hopfer

Ab 1942 wurden tausende von polnischen Kindern aufgrund ihres „arischen“ Erscheinungsbildes von namhaften Dienststellen des Deutschen Reiches systematisch als „eindeutschungsfähig“ beurteilt und infolgedessen gewaltsam in das „Altreich“ und in die „Ostmark“ deportiert. Im Laufe ihres Leidensweges mussten sich die betroffenen Jungen und Mädchen einem strengen Auswahlverfahren unterziehen, um als „krönender Abschluss“ der Aktion als „eingedeutschtes“ Pflegekind in eine deutsche Familie vermittelt zu werden.

Bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gab Heinrich Himmler, in Personalunion Reichsführer-SS und Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, öffentlich seine utopischen Vorstellungen bekannt, die er während des Krieges mit aller Härte zu verwirklichen versuchte.

„Alles gute Blut auf der Welt, alles germanische Blut, was nicht auf deutscher Seite ist, kann einmal unser Verderben sein. Es ist deswegen jeder Germane mit bestem Blut, den wir nach Deutschland holen und zu einem deutschbewussten Germanen machen, ein Kämpfer für uns, und auf der anderen Seite ist einer weniger. Ich habe wirklich die Absicht, germanisches Blut zu holen, zu rauben und zu stehlen, wo ich kann.“¹

Heinrich Himmler gilt als zentrale Figur, die den Raub und die zwangsweise Überführung polnischer Jungen und Mädchen forcierte, um seine Idee vom „Großgermanischen Reich“ zu verwirklichen. Die Vision vor Augen, dem Deutschen Volk einen „wertvollen Bevölkerungszuwachs“ zu liefern, wurden unzählige nichtdeutsche Kinder „rassenbiologisch“, gesundheitlich und psychologisch getestet und nach positiver Bewertung als „eindeutschungsfähig“ beurteilt.

In Polen – hier stellten insbesondere die Städte Litzmannstadt (Łódź) und Posen (Poznań) zentrale Schaltstellen dar – wurde die „Eindeutschung“ und der Raub von „rassisch wertvollen“ Kindern systematisch betrieben. Legitimiert durch eine gesetzliche Verordnungsgrundlage wurde aus einem anfänglichen „Pilotprojekt“ ein planmäßiges „Eindeutschungsverfahren“: Bereits im Jahr

1939 wurden die ersten maßgeblichen Bestimmungen punktuell erfasst,² die einheitliche Regelung der Aktion erfolgte durch die Anordnung 67/1³ im Februar 1942 und dem darauf folgenden Runderlass des Reichsministers des Inneren im März 1942.⁴

Stationen der Eindeutschung

Erster wesentlicher Schritt in Richtung „erfolgreiche“ „Eindeutschung“ waren die so genannten „rassischen“ und „psychologischen“ Examina der Kinder – die Untersuchungen wurden als „Gesundheitsuntersuchungen“ getarnt,⁵ die Betroffenen sollten keinen Verdacht schöpfen und unter keinen Umständen über den wahren Zweck informiert werden. Polnische Kinder im Alter von zwei bis zwölf Jahren mussten sich diesen Untersuchungen stellen.⁶

Während der ersten Realisierungsphase der Aktion zweifelten die Angehörigen nicht an der Vorladung und brachten die Kinder ohne Einwände zum befohlenen Treffpunkt. Mit der Zeit wurden jedoch Gerüchte laut, die Jungen und Mädchen würden nach der „Gesundheitsuntersuchung“ aus ihrem vertrauten Umfeld gerissen und in deutsche Anstalten gebracht.⁷ Eltern und Pflegeeltern begannen infolgedessen, die Vorladung zu ignorieren. Eine Weigerung, so wurde den Angehörigen jedoch mitgeteilt, konnte schwerwiegende Folgen mit sich bringen, man drohte mit einem Besuch vonseiten der Geheimpolizei und Arrest.⁸ Vereinzelt wurden blonde und blauäugige polnische Jungen und Mädchen regelrecht aus ihrem Elternhaus verschleppt.⁹

Die Jungen und Mädchen wurden auf ihre „rassische“ Wertigkeit untersucht, die Betroffenen mussten dem „arischen“ NS-Idealbild entsprechen. Die Kinder wurden von Mitarbeitern des Rasse- und Siedlungshauptamtes untersucht, „von der Sohle bis zum Kopf“,¹⁰ wie es ein Zeitzeuge formuliert. Jeder Körperteil wurde exakt vermessen, das Gewicht abgewogen, die Zähne untersucht, psychologische Tests wurden durchgeführt und anhand diverser Farbtafeln Haar- und Augenfarbe bestimmt.¹¹

In diversen Anstalten wurden die bereits als „rassisch wertvoll“ klassifizierten Kinder weiters getestet und gemustert.¹² Erste wichtigste „Eindeutschungsmaßnahme“

war das Erlernen der deutschen Sprache. Das Pflegepersonal sprach ausnahmslos deutsch mit den Kindern,¹³ verwendeten die Kinder ihre Muttersprache, setzte es Schläge.¹⁴ Auch bei Verständnisschwierigkeiten im Unterricht wurden die Jungen und Mädchen sofort bestraft und körperlich gezüchtigt.¹⁵



Abbildung 1: Das ehemalige „Übergangsheim“ „Friedrich Gosslerstraße 36“ für „einzudeutschende“ Kinder in Łódź. Heute ul. Kopernika 36. Fotonachweis: Ines Hopfer

Die für den Einsatz „geeignet“ erklärten Jungen und Mädchen wurden von Polen aus in das „Altreich“ und in die „Ostmark“ deportiert. Die Kinder wurden in Anstalten des „Lebensborn“ und in deutsche Heimschulen untergebracht.

In diesen speziellen Heimen wurden die Jungen und Mädchen mit weiteren „Eindeutschungsmaßnahmen“ konfrontiert, um sie ihrer Identität erfolgreich zu entledigen: mit dem Erlernen der deutschen Sprache, der „Verdeutschung“ des ursprünglichen polnischen Namens (aus Janusz Bukorzycki wurde beispielsweise Johannes Bucher, aus Janina Mikolyzyk wurde Johanna Micker), der Änderung ihrer persönlichen Daten (der „Lebensborn“ stellte neue Geburtsurkunden aus, die Kinder wurden zumeist jünger gemacht), nationalsozialistischer Schulung, Verbot der Kontaktaufnahme mit Angehörigen sowie körperlicher Züchtigung als permanentes Bestrafungsinstrument. Die Betroffenen wurden mit Angst und Unsicherheit gefügig gemacht, gedemütigt und entwürdigt. Eine Betroffene:

„Später habe ich gesehen, es hat keinen Zweck um etwas zu kämpfen, ich habe überhaupt kein Recht um was zu bitten, um was zu fragen. (...) Wenn du einmal das Gefühl erfahren hast, du kannst die ganze Nacht

nicht schlafen und niemand wird dich fragen ob du Hunger hast oder ob dir was weh tut... dann versteht das Kind, dass da alles umsonst ist.“¹⁶

In der „Ostmark“ wurde in der Nähe von Gmunden ein spezielles Heim für „einzudeutschende“ Jungen und Mädchen errichtet – das Kinderheim „Alpenland“ in Oberweis.

Kinderheim „Alpenland“ in Oberweis

„Alpenland“ stellte eine zentrale Schaltstelle für die Vermittlung „einzudeutschender“ Kinder in der „Ostmark“ dar. Das Anwesen Schloss Oberweis war 1938 enteignet und dem Verein „Lebensborn“ übergeben worden.¹⁷ Im September 1943 wurde die Anstalt als so genanntes Kinderheim „Alpenland“ eröffnet,¹⁸ im Laufe seines Bestehens (September 1943 bis April 1945) wurden rund 230 Kinder im Kinderheim „Alpenland“ betreut.¹⁹ „Alpenland“ wies eine Aufnahmekapazität von bis zu 50 Kindern auf, die Heiminsassen waren zwischen vier und fünfzehn Jahren alt.²⁰



Abbildung 2: Ost- und Südseite des Anwesens Schloss Oberweis, Kinderheim „Alpenland“, in den Dreißiger Jahren. Abbildungen von J. Swoboda zur Verfügung gestellt.

Das „Lebensborn“-Heim „Alpenland“ diente als „Um-Erziehungsanstalt“: Die ausländischen Jungen und Mädchen in Oberweis sollten bis zur erfolgreichen Vermittlung an Pflegestellen im Kinderheim mit diversen „Eindeutschungsmaßnahmen“ konfrontiert werden – wenn nötig auch unter Zwang. Den Jungen und Mädchen wurde bei der Ankunft mitgeteilt: *„Wir machen aus Euch deutsche Jugend!“*²¹

Die Heimleitung beteuerte nach Kriegsende, dass die Kinder im Heim „Alpenland“ *„aufs Beste“*²² betreut wurden. Die Berichte der ehemaligen betroffenen Kinder zeichnen jedoch ein anderes Bild. Anna Zakowska, eingedeutschter Name *„Anna Zachert“*, war als siebenjähriges Mädchen nach Oberweis gebracht worden, die Betreuung im Kinderheim „Alpenland“ schildert sie rückblickend folgendermaßen:

*„Da war es noch schlimmer: größere Disziplin, nur deutsche Sprache, Hunger und körperliche Züchtigung für jede kleine Verfehlung. An Einsamkeit und Hunger war ich gewöhnt, aber ich hatte sehr große Angst vor dem Einsperren im Keller – Angst vorm Dunkel habe ich bis heute –, vor den körperlichen Züchtigungen und vor allem vor den Schlägen ins Gesicht.“*²³

Befehle, Verbote und bedingungsloser Gehorsam prägten den Erziehungs-Alltag im Schloss: die Kinder wurden permanent überwacht,²⁴ die polnische Sprache war strikt verboten.²⁵ *„Alleine hast ja nix machen dürfen, da war alles abgesperrt!“*²⁶, so ein Betroffener.

Zweck des Kinderheimes „Alpenland“ war es, die polnischen Kinder zum Deutschtum zu erziehen. Ziel war es, die Heiminsassen nach erfolgreicher Umerziehung bzw. „Eindeutschung“ an Pflegefamilien zu vermitteln. Potentielle Pflegeeltern waren durch Zufall oder auch durch die Einschaltung des Jugendamtes auf den „Lebensborn“ aufmerksam gemacht worden.²⁷ Einer Anordnung von Heinrich Himmler zufolge, sollten Kinder bevorzugt an Familien von SS-Angehörigen übergeben werden,²⁸ doch zeitgenössische Unterlagen veranschaulichen, dass die parteimäßige Zugehörigkeit bzw. die politische Gesinnung nicht zu den ausschlaggebenden Kriterien zählten.²⁹

Aufenthalt bei den Familien

„Krönender“ Abschluss einer „erfolgreichen“ „Eindeutschung“ war die Vermittlung der Kinder in eine deutsche Pflegefamilie. Die Integration in die Pflegefamilien verlief sehr unterschiedlich: So wurden einige Kinder von ihren „Ersatzfamilien“ als Arbeitskräfte ausgenutzt und miss-

handelt, andere Familien hingegen gaben den ausländischen Pflegekindern ein herzliches Zuhause. Anna Zakowska, eingedeutscht Anna Zachert, beispielsweise wurde an eine Pflegefamilie aus Gmunden vermittelt. Anna gewöhnte sich allmählich an die neue Umgebung und an ihre Pflegeeltern. Die Achtjährige war froh, nicht mehr im Heim leben zu müssen, die polnische Muttersprache hatte das Mädchen bereits vergessen. *„Die Vergangenheit wurde langsam verwischt, obwohl ich an meine eigenen Eltern und Freundinnen heimlich dachte“*,³⁰ erinnert sich die Betroffene. Mit der Zeit lernte das Kind auch andere Mädchen kennen und schloss Freundschaften.

*„Ich hatte neue Freundinnen und wollte nicht anders als die sein und nicht ‚der polnische Balg‘ oder ‚das polnische Schwein‘ genannt werden. Ich war doch erst ein achtjähriges Kind, das bereits in seinem Leben soviel ertragen musste und die Liebe und die Freundschaft der anderen Leute brauchte.“*³¹

Nur mit den Nachbarskindern hatte das ausländische Mädchen Probleme. Die Kinder aus der Nachbarschaft wussten von Annas Herkunft und betrachteten das Mädchen nicht als gleichwertig. Auch Bekannte der Pflegeeltern äußerten sich häufig negativ über das Kind. *„Es war eine schwierige Zeit, meinen neuen Eltern ging es auch nicht gut, aber sie gaben mir das, was sie hatten,“*³² betont die Frau heute. Das polnische Mädchen fühlte sich bei seiner Pflegefamilie sehr wohl.³³

Janina Madejczyks österreichische Ersatzfamilie hingegen zeigte kein Verständnis für das Schicksal des Mädchens. Im Gegenteil, die Achtjährige wurde von ihren Gasteltern malträtiert:



Abbildung 3: Die achtjährige Anna bei ihrer Pflegefamilie in Gmunden. Abbildung von A. Kociuba zur Verfügung gestellt.

„Als ich bei der Familie war, war es für mich eine Etappe, die in meinem Leben schlechte Erinnerungen hinterließ. (...) Ich gab mir natürlich Mühe, weil ich für jedes polnische Wort von meiner ‚Mutter‘, vor der ich sehr große Angst hatte, geschlagen wurde. Als Kind lernte ich schnell Deutsch, aber ich wurde von meiner ‚Mutter‘ immer noch geschubst, egal ob sie einen Grund dafür hatte oder nicht.“³⁴

Kriegsende

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges begannen zahlreiche Hilfsorganisationen, darunter das Polnische Rote Kreuz und eine eigens dafür eingerichtete polnische Kommission, rasch mit der Suche nach verschleppten „eingedeutschten“ Kindern.³⁵ Viele polnische Jungen und Mädchen waren nach Kriegsende erleichtert wieder in die Heimat zurückzukehren. Es sollte hier allerdings darauf hingewiesen werden, dass es auch Kinder gab, die eine Rückkehr in ihre Heimat strikt ablehnten. Diesen Jungen und Mädchen war es bei den Pflegefamilien gut ergangen, viele von ihnen wussten, dass zuhause niemand mehr auf sie warten würde. Doch auch diese „eingedeutschten“ Kinder wurden regelrecht gezwungen, in ihre alte, fremde Heimat Polen zu repatriieren. Für Anna Zakowska beispielsweise brach eine Welt zusammen, als sie von ihren österreichischen Pflegeeltern getrennt wurde. Das Mädchen hatte sich bei der Familie wohl gefühlt und bei dieser Familie wieder Sicherheit und Geborgenheit empfunden:

„Ich verstand kein einziges Wort auf Polnisch. Die mussten mit mir Deutsch sprechen. Die Soldaten sahen meine riesige Angst und glaubten nicht daran, dass ich wirklich ein Kind von diesen Leuten bin. Wieder mit Tränen, Verzweiflung und Schreien wurde ich aus dem Haus genommen. Ein weiteres Mal verlor ich meine Identität – ich war fast neun Jahre alt und wusste wieder nicht, wer ich bin.“³⁶

Anna wurde in das Flüchtlingslager „Hellbrunn“ nach Salzburg überführt, „wo ich wieder hinter dem Stacheldraht in einer Baracke wohnte“.³⁷ Das Salzburger Lager „Hellbrunn“ entwickelte sich zu einem Auffanglager für „eingedeutschte“ Kinder, die in die ehemalige „Ostmark“ verschleppt worden waren: Hier warteten die polnischen Jungen und Mädchen auf ihre Repatriierung in ihre Heimat.



Abbildung 4: Polnische Kinder empfangen die Erste Kommunion im Lager „Hellbrunn“. Sechstes Kind von rechts: Anna Zakowska. Abbildung von A. Kociuba zur Verfügung gestellt.

Zahlenmäßiges Ausmaß

Wie viele Kinder Opfer des „Eindeutschungsverfahrens“ und in die „Ostmark“ transportiert wurden, ist zahlenmäßig schwer zu erfassen. Polnischen Schätzungen zufolge, sollen rund 200.000 polnische Kinder zu Eindeutschungszwecken nach Deutschland und Österreich gebracht worden sein.³⁸ Diese Zahl dürfte allerdings deutlich zu hoch gegriffen sein. Die Berechnung deckt sich in keinsten Weise mit den vorhandenen, wenn teils auch lückenhaften Dokumenten und kann daher als nicht legitim betrachtet werden.³⁹ Angesichts der Systematik, die hinter dem Verfahren stand, kann jedoch von rund 20.000 polnischen Kindern ausgegangen werden, die Opfer der gewaltsamen „Eindeutschung“ der Nationalsozialisten wurden. Es stellt sich nun die Frage, wie viele „einzudeutschende“ Kinder in die „Ostmark“ verschleppt wurden. Polnische Schätzungen sprechen von einigen tausend Kindern, die in die „Ostmark“ deportiert wurden,⁴⁰ zwischen tausend und zweitausend Jungen und Mädchen kehrten in ihre Heimat zurück.⁴¹ Eine genauere Angabe konnte nicht eruiert werden.⁴²

Fremde Heimat Polen

Die Heimat Polen entpuppte sich bei vielen „eingedeutschten“ Kindern als große Enttäuschung: „Nach der Rückkehr nach Polen war alles anders als erwartet und erhofft“,⁴³ so Henryk Wojciechowski über die Ankunft. Das Wiedersehen war nicht immer herzlich, die Verwandten hatten keine Zeit für die Jungen und Mädchen, manche Kinder erkannten ihre Eltern nicht wieder, vereinzelt wartete niemand auf die Kinder und die Betroffenen wurden, wie beispielsweise Barbara Paciorkiewicz in Kinderheimen abgeschoben: „Die ganze Zeit hatte ich Heimweh nach dieser Familie. In Polen hat mich niemand erwartet, ich war ein ungewolltes Kind, das war nicht einfach, das

zu verstehen.⁴⁴ Der Großteil der Kinder hatte seine Muttersprache vergessen und konnte sich kaum verständigen. Die polnische Gesellschaft war aufgrund der Kriegsergebnisse sensibilisiert und misstrauisch – vor allem jenen Menschen gegenüber, die aus dem Feindesland „Deutschland“ kamen. Die Kinder wurden beschimpft und ausgegrenzt, mit Vorurteilen der Nachkriegsbevölkerung konfrontiert und so zu Außenseitern degradiert.

„Wir kamen wieder zu unseren Tanten, konnten natürlich kein Polnisch und galten hier in Polen als Deutsche. In Österreich waren wir die ‚polnischen Schweine‘ und hier waren wir die ‚deutschen Hitler Jungen‘ oder ‚Hitler Mädels‘. Man hat sich gefreut, nachhause zu kommen und dann war die Freude weg.“⁴⁵

Anmerkungen

1 Rede Heinrich Himmlers am 8.11.1938 vor den SS-Gruppenführern zu einer Gruppenführerbesprechung im Führerheim der SS-Standarte „Deutschland“ Zit. nach Bradley F. Smith, Agnes F. Peterson (Hg.), Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen (Frankfurt/M, Berlin, Wien, 1974), S. 38.

2 Vgl. Denkschrift des Rassenpolitischen Amtes. Bundesarchiv Berlin (BA) NS 2/56, Bl. 546 f, S. 18 f.

3 Vgl. Anordnung 67/I von Ulrich Greifelt vom 19.2.1942 betreffend „Eindeutschung von Kindern aus polnischen Familien und aus ehemals polnischen Waisenhäusern.“ BA NS 2/58, Bl. 102-106; auch im Bundesarchiv Berlin im Bestand NS 19/1861 zu finden.

4 Vgl. Schnellbrief des Reichsministers des Inneren an den Reichstatthalter im Wartheland in Posen am 11.3.1942. Archiwum Panstwowe w Łodzi (AP Łódź), Sign. 31794, Bl. 103 f.

5 Vgl. Jerzy Małkiewicz, Fragebogen, S. 1 f. Die Stiftung „Polnisch-deutsche Aussöhnung“ ermöglichte die Versendung von Fragebögen an Betroffene. Die ausgefüllten Fragebögen wurden von den Zeitzeugen direkt an die Autorin übermittelt.

6 Vgl. Anordnung 67/I. BA NS 2/58, Bl. 102, S. 2. Das „Eindeutschungsverfahren“ beschränkte sich zu Beginn auf Heimkinder sowie auf Waisenkinder in polnischen Pflegestellen, danach wurden auch jene Kinder überprüft, die bei ihren leiblichen Eltern lebten.

7 Vgl. Zeugeneinvernahme von Wladyslawa Krata. Archiv des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA), Fall 8, Anklagendokumentebuch (ADB) 7, NO-5272, S. 1.

8 Vgl. Spis dzieci zabranych przez Niemców z rodzin polskich w celu germanizacji, Karta spisowa: Stefan Slazak. AP Łódź, Miejska Rada Narodowa i Zarząd Miejski w Łodzi 1945-1950, Wydział Opieki Społecznej, wykaz nr. 3, sygn. S/319. Vgl. auch Zeugeneinvernahme Wladyslawa Krata. ZfA, Fall 8, ADB 7, NO-5272, S. 1.

9 Vgl. Henryk Strzelczyk, Moja droga germanizacyjna. In: Z kart historii, polskich janczarów XX wieku. Hrsg. v. Zrzeszenie Dzieci Polskich Germanizowanych Przes Reżim Hitlerowski (Łódź, 2000), S. 84. Vgl. auch Interview mit Zygmunt Rzążewski am 23.3.2005, S. 1-4. Vgl. weiters Halinka Borkowska, Fragebogen, S. 1.

10 Jerzy Małkiewicz, Fragebogen, S. 2.

11 Vgl. „Richtlinien zur Ausfüllung der R-Kartei“. BA NS 2/161, Bl. 5-16.

12 Vgl. Schreiben des Volkspflegeamtes, Stadtverwaltung Litz-

mannstadt, vom 22.9.1943. AP Łódź, Sign. 31700, Bl. 147 sowie Schreiben des Jugendamtes an das Gesundheitsamt Litzmannstadt vom 7.8.1942. AP Łódź, Mikrofilm L-15069, Bl. 247.

13 Vgl. Eidesstattliche Erklärung Edgar Freier. ZfA, Fall 8, Dokumentebuch (DB) Sollmann II, Nr. 16, Bl. 24.

14 Vgl. Zeugenaussage von Barbara Mikołajczyk am 6.11.1947. Institut für Zeitgeschichte (IfZG), Mikrofilm MB 30/17, S. 1072.

15 Verhörprotokoll von Wiesława Kawczyńska. AP Łódź, Miejska Rada Narodowa i Zarząd Miejski w Łodzi 1945-1950, Wydział Opieki Społecznej, wykaz nr. 3, sygn. K/99.

16 Wiesława B., Interview am 28.3.2004, S. 3.

17 Vgl. Grundbuchauszug der Katastralgemeinde Oberweis, Grundbucheinlage Zahl 66 vom 2.5.1938. Landesarchiv Oberösterreich, Mikrofilm 34 (Weller) sowie Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Wien, betreffend Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens am 30.4.1938. Landesarchiv Oberösterreich, Mikrofilm 34 (Weller).

18 Vgl. Report, SS-Lebensborn Activities in Upper Austria, Childrens Home „Alpenland“ by Wilhelmina van Dop, Child welfare officer, UNRRA, Upper Austria, S. 3. Archiv des Internationalen Suchdienstes in Arolsen (ISD), Sachdokumenten-Ordner KSD Lebensborn 7, S. 40 (2004). Vgl. Personenbestandsbuch des Gaukinderheimes Kalisch, Eintragung Nr. 135. Instytut Pamięci Narodowej (IPN), Warschau, Bestand OKBZN w Łodzi, 177/29, Nr. 34.

19 Vgl. Eidesstattliche Erklärung Maria Merkel. ZfA, DB Sollmann II, Nr. 22, S. 48. Die genaue Anzahl der Jungen und Mädchen, die durch das Kinderheim „Alpenland“ gegangen sind, ist nicht eruierbar. Das gesamte Aktenmaterial sowie die Karteien der Kinder wurden kurz vor Kriegsende befehlsgemäß in das „Lebensborn“-Heim nach Steinhöring überstellt – damit verliert sich die Spur des Aktenmaterials.

20 Vgl. Bericht von Maria Merkel vom 26.6.1945. S. 1. Das Dokument liegt im Gemeindeamt Laakirchen auf.

21 Zygmunt Rzążewski, Interview, S. 4.

22 Maria Merkel, Eidesstattliche Erklärung. ZfA, DB Sollmann II, Nr. 22, Bl. 47.

23 Anna Kociuba, Bez tożsamości. In: Z kart historii, polskich janczarów XX wieku. Hrsg. v. Zrzeszenie Dzieci Polskich Germanizowanych Przes Reżim Hitlerowski (Łódź, 2000), S. 31 f.

24 Vgl. Leon Twardecki, Fragebogen, S. 3.

25 Vgl. Halina Olejniczak, Leon Twardecki, Karol Boczek, Fragebogen, S. 3.

26 Zygmunt Rzążewski, Interview, S. 9.

27 Vgl. Eidesstattliche Erklärung Maria Treiber. ZfA, Fall 8, DB Sollmann Nr. 83, Bl. 12 f. sowie Eidesstattliche Erklärung Joseph Denner. IfZG, MB 30/25, DB Sollmann Nr. 104, S. 1, sowie Bericht Maria Merkel, S. 1.

28 Vgl. Anordnung 67/I. BA Berlin NS 2/58, Bl. 104.

29 Vgl. Eidesstattliche Erklärung Joseph Denner. IfZG, MB 30/25, DB Sollmann Nr. 104, S. 2. Eidesstattliche Erklärung Weinbrenner. IfZG, MB 30/25, DB Sollmann Nr. 102, S. 3. Auch Merkel betonte, dass bei der Auswahl der Pflegeeltern die parteiliche Zugehörigkeit bzw. die SS-Angehörigkeit keine Rolle spielte. Vgl. Eidesstattliche Erklärung Merkel. ZfA, DB Sollmann, Nr. 22, Bl. 47a. Es kann angenommen werden, dass der Münchner Verein in den letzten Kriegsjahren „erleichtert“ war, wenn sich überhaupt noch Pflegestellen meldeten, um ein Kind im schulpflichtigen Alter aufzunehmen.



30 Anna Kociuba, Bez tożsamości. In: Z kart historii, polskich janczarów XX wieku. Hrsg. v. Zrzeszenie Dzieci Polskich Germanizowanych Przez Reżim Hitlerowski (Łódź, 2000), S. 32.

31 Ebda.

32 Ebda.

33 Vgl. Anna Kociuba, Fragebogen, S. 5.

34 Janina Madejczyk, Bericht von ihrem Aufenthalt in Österreich, S. 1. Das Schreiben wurde der Autorin gemeinsam mit dem Fragebogen im September 2004 übermittelt.

35 Vgl. Anastazy Nadolny, Polskie sieroty i dzieci svomotne w Austrii po II wojnie światowej. In: Przegląd Zachodni, 40. Jg. Nr. 2 (1984), S. 91.

36 Anna Kociuba, Bez tożsamości. In: Z kart historii, polskich janczarów XX wieku. Hrsg. v. Zrzeszenie Dzieci Polskich Germanizowanych Przez Reżim Hitlerowski (Łódź, 2000), S. 33.

37 Ebda.

38 Vgl. Roman Z. Hrabar, Hitlerowski rabunek dzieci polskich (1939-1945) (Katowice, 1960), S. 23, S. 93. Roman Hrabar, Zofia Tokarz, Jacek E. Wilczur, Kinder im Krieg – Krieg gegen Kinder. Die Geschichte der polnischen Kinder 1939-1945 (Hamburg, 1981), S. 335. In dieser Zahl enthalten sind neben „eindeutschungsfähigen“ Jungen und Mädchen auch Kinder, die zur Zwangsarbeit deportiert wurden sowie ungeborene Kinder von Zwangsarbeiterinnen, die im „Feindesland“ das Licht der Welt erblickten. Zum Vergleich, Polen verlor im Zweiten Weltkrieg über sechs Millionen Menschen.

39 Vgl. dazu auch Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitischen Neuordnungen Europas (=Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts Bd. II, Göttingen 2003), S. 508 f.

40 Vgl. Anastazy Nadolny, Polskie sieroty i dzieci svomotne w Austrii po II wojnie światowej. In: Przegląd Zachodni, 40. Jg. Nr. 2 (1984) S. 108 sowie Andrzeży Pilch, Losy polaków w austrii po drugiej wojnie światowej 1945-1955 (=Biblioteka Polonijna 29, Wrocław, Warszawa, Krakow, 1994), S. 139.

41 Roman Hrabar, Jakim prawem? (Katowice, 1962), S. 180 sowie Anastazy Nadolny, Polskie sieroty i dzieci svomotne w Austrii po II wojnie światowej. In: Przegląd Zachodni, 40. Jg. Nr. 2 (1984) S. 108.

42 Im Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen liegen essentielle Dokumente über die Rückführung polnischer Kinder aus Österreich auf. Leider wurden diese Unterlagen der Autorin nicht zur Verfügung gestellt, da der Internationale Suchdienst „eine Weitergabe von Kopien oder von Informationen über ehemalige Verfolgte für historische Zwecke bzw. wissenschaftliche Forschung nicht zulässt“. (Schreiben des Internationalen Suchdienstes vom 8. Dezember 2005 an die Autorin). Die Dokumente hätten mit Sicherheit neue Kenntnisse des zahlenmäßigen Umfangs der Aktion in Österreich dargebracht. Folglich mussten auf die Zahlenangaben von Hrabar, Nadolny und Pilch zurückgegriffen werden.

43 Henryk Wojciechowski, Fragebogen, S. 5.

44 Barbara Paciorkiewicz, Interview am 31.3.2004, S. 3.

45 Krystyna Lesieka, Interview am 7.4.2004 in Łódź, S. 4.

Dr. Ines Hopper, Historikerin

Im Frühjahr 2010 erscheint ihre Studie „Geraubte Identität. Die gewaltsame „Eindeutschung“ von polnischen Kindern in der NS-Zeit“ im Böhlau Verlag.

REZENSION

Ulrike Felber (Hg.)

„Auch schon eine Vergangenheit“ Gefängnistagebuch und Korrespondenzen von Bruno Kreisky



„Wir, die 25jährigen, wir haben also auch schon eine Vergangenheit.“ Mit diesen Worten fasste Bruno Kreisky nach einem halben Jahr Haft die Kriminalisierung der politischen Opposition durch den autoritären österreichischen Ständestaat zusammen. Während der Zeit seiner Inhaftierung im Jahr 1935 verfasste Bruno Kreisky ein Gefängnistagebuch, dessen verschollen geglaubtes Original erst vor kurzem wieder auftauchte und eine bisher unveröffentlichte, weitgehend unbekannt Quelle darstellt. Der sozialistische Jugendfunktionär Kreisky schildert darin den eintönigen bedrückenden Gefängnisalltag, er gewährt aber auch Einblicke in seine politische Gedankenwelt. Neben dem Gefängnistagebuch werden in diesem Buch die politische Korrespondenz Kreiskys aus dem Jahr 1931 mit einer Berliner Sozialdemokratin sowie Briefe und Kassiber aus der Haftzeit an ebenfalls in der Illegalität tätige Personen aus dem Umfeld Kreiskys erstmals veröffentlicht, in denen er nachdrücklicher als im Tagebuch über seine Haftbedingungen und Verhöre berichtet.

Die transkribierten Texte wurden in diesem Buch in ihren zeithistorischen Kontext gestellt und geben somit auch Auskunft über Österreich in den 1930er-Jahren, die Radikalisierung der Gesellschaft, das Ende der Demokratie und die Faschisierung des politischen Systems.

Das Bildmaterial stammt aus Kreiskys persönlichem Nachlass, den die Stiftung Bruno Kreisky Archiv verwahrt, sowie aus anderen Archiven und bisher unveröffentlichten privaten Beständen.

Mandelbaum Verlag 2009, 162 Seiten, € 15,80
ISBN 978385476-294-2

„Man erfährt einfach mehr und wird stärker, wenn man gegen den Strom schwimmt“¹ – Betrachtungen zur widerständigen Entwicklung des jungen Franz Kain

Marion Hussong

Was macht einen Menschen widerständig? Warum schwimmen manche ein Leben lang gegen den Strom? Der österreichische Erzähler Franz Kain (1922 -1997), der in seiner Jugend gegen das Hitler-Regime und den Anschluss Österreichs an Deutschland opponiert hatte, um nach dem Krieg mit ansehen zu müssen, wie die österreichische Beteiligung an der historischen Katastrophe trivialisiert wurde, entwickelte früh und nachhaltig ein dezidiertes Misstrauen gegen den Konsens der Mehrheit. Außenseiter in der Jugend blieb er Außenseiter fürs Leben. Die Alterität zeigt sich in Franz Kains schriftstellerischem Lebenswerk und in seiner Tätigkeit als Regionalpolitiker der kommunistischen Partei Österreichs im antikommunistischen politischen Klima der Zweiten Republik. Als Künstler lässt er sich nur schwer einordnen. Selbst wenn man Kain, der lange Zeit im eigenen Land so gut wie unbekannt war, endlich den ihm zustehenden Platz im österreichischen Kanon einräumt, lässt er sich doch schwer in die literarischen Strömungen der Zweiten Republik integrieren. Fest steht, dass er unter den ersten Autoren war, die sich kritisch mit der österreichischen Vergangenheit auseinandersetzten (Hussong 2000a, 97-102).² Es dauerte sehr lange, bis Kain in Österreich zur Kenntnis genommen wurde. Er veröffentlichte seine Bücher im Ostberliner Aufbau-Verlag und fand erst in den 1990er Jahren in Österreich eine Verlagsheimat.

Franz Kains historische Erzählungen, fundiert durch akribische Recherchen, dokumentieren geschichtliche Ereignisse und widerständige Menschenschicksale. Eine literarische und biographische Verwandtschaft besteht zu den ehemaligen Widerstandskämpfern Michael Guttenbrunner und Milo Dor. Mit Dor teilt Kain die Stoffwahl und die realistische Erzählweise. Auch an Erich Hackl (geb. 1954) ist zu denken, doch der gehört einer jüngeren Generation an und geht von einem anderen Ansatz aus. Während Hackl das Leben von vergessenen und verschollenen Menschen rekonstruiert, schöpft Kain aus dem Fundus eigener Erinnerungen und Begegnungen. Dennoch ist hier ein Berührungspunkt: das Interesse, Widerständigkeit in all ihren For-

men als Möglichkeit menschlichen Handelns zu zeigen und die Akteure des Widerstands dem Vergessen zu entziehen. Respekt für die Würde des Einzelnen in seinen Verstrickungen und Empathie für die Leidenserfahrung des Individuums sind in den Texten Kains und Hackls maßgebend.

Kains Sprache ist tragend und fast archaisch, rhythmisch und präzise. Surrealismus und Sprachexperimente wird man in seiner Prosa nicht finden, und stets wird straff eine Geschichte erzählt, was in der österreichischen Literatur der 1960er bis 1980er Jahre nicht unbedingt im Trend lag. Kain war ein Meister der Form, einer der sich traute, an der Schwelle der postmodernen Jahrtausendwende noch klassische Novellen zu schreiben, wenn er meinte, dass der Stoff es verlangte: „Manche ‚Konkrete‘ sagen herablassend: ‚Nur eine lineare Erzählung‘. Welch grobes Missverständnis. Das ‚lineare‘ ist durchaus künstlich aneinandergereiht, verwoben, verzinkt, gerafft und zu etwas Neuem verschmolzen“ kommentierte Kain seine Technik. „Wenn etwas ‚wie aus einem Guss‘ wirkt, dann ist lange daran gearbeitet worden“ (Kain 1992).

Kain ist für Historiker ebenso interessant wie für Literaturwissenschaftler. Er schrieb über Themen, die in Österreich jahrzehntelang kein Thema waren. Ein Beispiel: Lang bevor die Gemeinde Strobl 2008 eine Ausstellung zum Thema Widerstand im Salzkammergut veranstaltete,³ schrieb Franz Kain Literatur über die Menschen, die in dieser Widerstandsbewegung tätig waren. Der Widerstand im Salzkammergut fand in den letzten Jahren bei Historikern Beachtung, doch literarische Texte zum Thema sind spärlich. Vor einigen Jahren schrieb Franzobel (geb. 1967) das Stück Hirschen (2006) das ein recht zynisches Licht auf die Widerstandsgruppe „Willy-Fred“ wirft, die gegen Kriegsende dort agierte. Vor Franzobel hat nur Franz Kain über diese Bewegung geschrieben. Neben seinem Roman Auf dem Taubenmarkt entstanden in den 1970er und 1980er Jahren mehrere Erzählungen, die die Konflikte der widerständigen Menschen der Region Salzkammergut zeigen, die sich unter schwierigsten Bedingun-

gen gegen das Hitler-Regime und für die Unabhängigkeit Österreichs einsetzen.

Der stark autobiographische Ansatz seines Werks macht eine Auseinandersetzung mit Kains Leben als politischem Schriftsteller und schreibendem Politiker fruchtbar und notwendig. Die folgenden Betrachtungen werfen einen genaueren Blick auf Kains literarisch formative Jugendjahre als einer der jüngsten politischen Gefangenen im Austrofaschismus, als Widerstandskämpfer und Soldat in der Strafeinheit 999 im Dritten Reich und als Kriegsgefangener in Amerika. Es zeigt sich, dass die Erfahrungen dieser Zeit, insbesondere die Erlebnisse in den USA,

prägend für seinen weiteren politischen Werdegang gewesen sein dürften. In der Gefangenschaft vertiefte sich Kains Identität als Außenseiter, was etwas ironisch anmutet — schließlich empfand er als Hitler-Gegner die Gefangennahme durch die Alliierten als Befreiung. Die Erfahrung der Marginalisierung, des Gegen-den-Strom-Schwimmens, zieht sich als roter Faden durch die Biographie des Menschen und durch das autobiographische Erzählwerk des Autors Franz Kain. In zwei Essays zur Poetik, „Vom Wagnis, Geschichten zu erzählen“ und „Von den Würgemalen“, erläuterte er sein literarisches Programm. Er konzentrierte sich bewusst auf die „weißen Flecken . . . auf der literarischen Landkarte“ (Kain 2003b, 88) und

meine damit Stoffe und Themen, die literarisches Neuland erschließen und damit den Schriftsteller auch in der gegenwärtigen Zeit der Erzählkrise, zum Geschichtenerzählen herausfordern. Wer diese weißen Flecken „einer vermeintlichen Konkurrenzlosigkeit“ zu untersuchen beginne, werde schnell herausfinden, dass sie freigeblieben seien, weil „die Herrschenden und ihre bewussten und unbewussten Diener nicht wünschten, dass darüber geredet wird“ (Kain 2003b, 88). Es müsse „gezeigt werden, was dem Menschen widerfährt: nicht im fatalistischen Sinne, sondern im Eingebettetsein in große Zusammenhänge. . . . Die Statistik muss in eine andere Sprache übersetzt werden.“ (Kain 2003b, 87-88). Kain fordert auf, „die Geschichte mit Geschichten zu beleuchten, die im

Schatten ihrer Zäsuren wachsen“ (Kain 1996d, 204).⁴ Als Überlebender des Naziterrors hatte Kain Kenntnis von bedeutenden weißen Flecken auf der historischen Landkarte Österreichs. Er ging daran, sie literarisch zu füllen.

„Wir haben nicht viel verändert, aber wir haben uns dagegengestemmt“⁵

Zu Kains frühen prägenden Eindrücken zählen Erinnerungen an die wirtschaftliche Not in den 1920er und 1930er Jahren. Im autobiographischen Roman „Auf dem Taubenmarkt“ schildert er seine erste bewusste

Außenseiter-Erfahrung als Zögling einer Klosterschule. Dort erlebte er, wie den Kindern wohlhabender Familien mehrgängige Mittagsmenüs serviert wurden, während die finanziell schlechtergestellten „Barfüßler“, zu denen Kain gehörte, sich mit Klostersuppe und einem Stück Brot begnügen mussten (T, 35-37. Quatember, 110). Die Erfahrung, dass soziale Stellung, nicht Nächstenliebe, darüber entscheiden, wer bei den Schulbrüdern gut versorgt wurde, ist eine Schlüsselstelle des Romans. Die Begebenheit schärft den Blick des autobiographischen Erzählers für soziale Ungerechtigkeit, eine Perspektive, die quer durch Kains Werk präsent bleibt. Selbst Kains Naturdarstellungen schließen immer den Blick auf die Existenzgrundlagen der Menschen, die in dem von ihm beschriebenen

Raum leben und arbeiten, mit ein. So ironisiert er beispielsweise im Roman „Der Föhn bricht“ ein in einer Schilderung der österreichischen Bergwelt den oft schwülstigen Stil konventioneller Heimatliteratur (Husson 2000a, 78):

„Schön ist der Morgen im Hochgebirge für den, der sich ruhig betrachtend an ihm erfreuen kann. Ganz anders für den Forstarbeiter, der nach einer kurzen Nacht vom schrillen Wecker aus dem Schlaf gerissen wird. In den Tau hinauszutreten gilt als erquickend, und der Bergquell labt den Wanderer, der unvermutet auf ihn stößt. Wer aber weit gehen muss und mit zwei Eimern, wie es dem Jüngsten der Partie zukommt, der stöhnt unter der Last des köstlichen Nasses.“ (Kain 1995, 331) Solche Stellen, charakteristisch für Kains Erzählwerk,



Abb. 1: Franz Kain während der Kriegsgefangenschaft in den USA. Foto: ZME

haben ihm den Spitznamen „Der Rote Stifter“ eingetragen. Kain störte sich nicht daran: Es sei „wahr“, so Kain, dass „ein österreichischer Autor kaum an der Landschaftsgestaltung Stifters vorbeigehen“ könne („Roter Stifter“). „Das Bestreben eines heutigen österreichischen Autors sollte jedoch sein, Stifter aufzurauen und zu plebejisieren. Wichtig wäre. . . das soziale Unterfutter der Landschaft nach außen, also hervorzukehren“ („Roter Stifter“). Auch die Kritik erkannte Kains Alterität innerhalb der österreichischen Literatur und nannte ihn einen „linken Naturburschen, der . . . gegenüber den Sprach- und Kulturexperimenten der Neuen Linken ein geradezu konservativer Meister des Erzählens“ sei („Roter Stifter“). Für Alfred Pittertschatscher war Kain „so etwas wie ein alternativer Adalbert Stifter; die zeitgemäße Fortschreibung von dessen Heimatverbundenheit mit anderem Strich, ein Entdecker der Heimat, fernab von ideologischer Habsucht.“ Kain habe „das Genre Heimat wieder unverdächtig gemacht“ (Pittertschatscher).

Persönliche Erfahrungen und die Prägung durch ein sozialistisch gesinntes Elternhaus führten Kain schon früh in die kommunistische Partei im Salzkammergut, wo er während des Austrofaschismus verhaftet wurde, weil er illegal Flugblätter verteilt hatte. Als einer der jüngsten politischen Häftlinge in Österreich saß er eine zweimonatige Arreststrafe ab (Ratzenböck, 3). Rückblickend äußerte sich Kain lakonisch: „Wenn man geschnappt wird und damit eine aufs Dach kriegt, zieht man zunächst den Kopf ein. . . . Man lernt, dass es auf die versuchte Weise nicht geht, wird vorsichtiger und sucht nach anderen Möglichkeiten“ (Ratzenböck, 3). Zu diesen Möglichkeiten gehörte das Organisieren von „kleine[n] Versammlungen mit Gleichgesinnten, . . . , Selbststudium und anderes“ (Ratzenböck, 3). „Wir waren glühende Internatonalisten in Lederhosen“, so Kain über seine Bemühungen, österreichische Spanienkämpfer durch Geldsammlungen zu unterstützen (Kain 1994, 6). Franz Kains erste Haft fiel in die Zeit der Desillusionierung der österreichischen Linken nach dem Scheitern der Arbeiterbewegung 1934. Kain diagnostizierte rückblickend, dass die Reaktion der Arbeiterschaft auf die Ereignisse des Jahres 1934 „einerseits Niedergeschlagenheit, andererseits Abwanderung zur nationalsozialistischen Partei“ war. (Ratzenböck, 3). Dass sich die Suche nach politischen Lösungen in Österreich in jenen Jahren polarisierte, erlebte Kain in der eigenen Familie: Sein älterer Bruder Hans schloss sich den Nationalsozialisten an. Kain schildert diese für ihn und die Eltern bedrückende Erfahrung der familiären politischen Spaltung in den Romanen „Der Föhn bricht“ ein und „Auf dem Taubenmarkt“, sowie in der

autobiographischen Novelle „Als der Föhn einbrach“ (1959), die die ersten Stunden in Kains Heimatgemeinde Bad Goisern nach dem deutschen Einmarsch behandelt. Die Genese der Föhn-Texte kommentierte Kain in einem Essay. Es sei ihm darum gegangen, die Frage zu stellen: „Wie haben sich die tragischen Ereignisse der Kriegsvorbereitungen, des Anschlusses und des Kriegsausbruches ganz unten abgespielt, in den Häusern und Hütten derer, nach denen die Angst, die übers Gebirge kam, zuerst gegriffen hat?“ (Kain 1963, 13-14). Kain verbindet die historische Betrachtung der weltpolitischen Entwicklung mit der Froschperspektive der persönlichen Einbindung in den historischen Moment: „Die Zeiten, in denen sich große Katastrophen abzeichnen, werfen ihre Schatten auf die Familien, Klüfte und Abgründe aufreißend und einen Zustand herbeiführend, in dem man plötzlich mit fremden Zungen zueinander spricht“ und „Brüder und Freunde von einem Tag auf den anderen als erbitterte Feinde gegenüberstehen“ (Kain 1963, 13-14).

Die Handlung der „Föhn“-Novelle spitzt sich zu, als der sechzehnjährige Erzähler am Tag der Annexion das Bett seines älteren Bruders leer vorfindet. Die Familie wartet auf den jungen Mann, sucht, spricht aber nicht aus, was jeder ohnehin weiß: Er ist bei den Nazis (Kain 1993, 183). Der Text vermittelt die wachsende Beklemmung des Protagonisten, dem im Verlauf mehrerer erzählter Stunden klar wird, dass sich sein Leben durch den Anschluss ebenso schlagartig wie grundlegend verändert hat. Als ein Schulkollege mit Hakenkreuz-Armbinde vor seiner Haustür erscheint, um ihm mitzuteilen, er habe bei einer Versammlung in der Schule zu erscheinen, weiß er, dass sein Name bereits auf einer Liste von politisch Oppositionellen steht: „‘Eine Versammlung?’ fragte er unsicher. ‘Ja, für euch’, antwortete der Bursche . . . ‘Vergiss es nicht, sonst wirst du geholt’“ (Kain 1993, 183). Die Erzählung folgt dem historischen Sachverhalt: Der Widerstandskämpfer Alois Straubinger, der ebenfalls an der in der Erzählung erwähnten Versammlung teilgenommen hatte, gab zu Protokoll: „Es waren 200 bis 300 Leute da. Die Nazis kannten alle Regimegegner. Von da an wurden Zusammenkünfte im größeren Stil fast unmöglich“ (Kammerstätter 1977, 89).

Der politisch vorbelastete Kain hatte Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu finden. Er verdingte sich schließlich als Holzarbeiter und wurde im Widerstand aktiv. Nach wie vor war Kain in die „Aufbauarbeit an der kommunistischen Bewegung“ involviert (Ratzenböck, 3). „Hauptsächlich“ jedoch, habe man sich bemüht um „Hilfeleistung für Familien, deren Ernährer aus politischen Gründen eingesperrt waren“ (Ratzenböck, 3).

Angehörige von Widerstandskämpfern waren in einer prekären Situation: „Denen ist es sehr schlecht gegangen. Da hat man halt versucht, etwas Geld und Lebensmittel zu sammeln. Das war verboten, und der Tatbestand war Vorbereitung zum Hochverrat“ (Ratzenböck, 3).⁶ Kain wurde 1941 wieder geschnappt und verbrachte die gesamte Kriegszeit in Unfreiheit. Auf die neuerliche Verhaftung folgte ein langer Leidensweg. Untersuchunghaft in Oberösterreich und eine Odyssee per Bahn quer durch Deutschland zum Volksgerichtshof in Berlin.⁷ In diese Zeit fallen die ersten lyrischen Versuche. Das Gedicht „Hunger“ entstand 1942 im Berliner Gefängnis Alt-Moabit:

In einer Nacht trug mir der Traum
den Duft von Broten zu.
Ich sah sie vor mir:
Große Laibe, rund und braun.
Ich sah, wie die Mutter über das Brot die
Kreuze schlug
und dabei lächelte.
Dann legte sie das Brot
auf einen weißen Tisch.
Als ich danach greifen wollte,
erwachte ich.
Ein Brennen war in meinem Kopf,
in meinem Magen.
Es tat so weh,
als hätten sie mich
mit Ruten geschlagen. (Kain 1942a)

Traum und Wirklichkeit sind verwoben im Bild der physischen und seelischen Entbehrung und Isolation eines fast noch Halbwüchsigen. Die Sprache ist schlicht und ohne Pathos, der Blick gerichtet auf die körperlichen und emotionalen Grundbedürfnisse Nahrung und Geborgenheit. Der Hunger nach Beidem ist mit dem Bild der Misshandlung verzahnt. Wie Schläge sich anfühlten, wusste Kain zur Genüge: „Man könnte untertreibend sagen, dass die Verhöre sehr heftig waren. Es hat oft und viele Schläge gegeben. Man wurde so lange geprügelt, bis genügend Material für eine Anklage bei Gericht beisammen war“ (Ratzenböck, 3). Kains Anklage lautete auf „Bestreben, die Verfassung des Reiches gewaltsam zu ändern und die Ostmark vom Reiche loszureißen“. Er wurde zu drei Jahren Zuchthaus mit Ehrverlust verurteilt (Kain 1994, 7): „Das war eigentlich eine geringe Strafe. In der Gruppe, mit der ich aufgefliegen bin, wurden einige zu bis zu zehn Jahren verurteilt“ (Ratzenböck, 3). Pragmatisch konstatierte er: „Aus der Erfahrung meiner ersten Verhaftung war ich in meiner Tätigkeit wohl konspirativer

als andere. In der Zeit der Siegesfanfaren konnte man keine Frontalangriffe machen. In solchen Zeiten ist es klüger für einen Revolutionär, seine Verbindungen aufrechtzuerhalten und vorsichtig zu erweitern und sich auf den morgigen Tag vorzubereiten“ (Ratzenböck, 3). Das „konspirative“ Talent des Zwanzigjährigen ist aus einem Brief ersichtlich, den Kain im Welser Gefängnis schrieb. Geschickt trickst er hier die Zensur aus und teilt den Eltern die wohl wichtigste Erkenntnis seiner Berliner Gefängniszeit mit: Es gab doch wesentlich mehr Gleichgesinnte, als er vermutet hatte. In Berlin war ich in einem großen Gefängnis, ich glaube es ist das größte in Deutschland. Ich war in der Abteilung G. Das war ein fünfstöckiges Gebäude mit mehr als 500 Zellen. Nun sind also bis G schon fünf solcher Gebäude und ich weiß nicht, ob nach G noch andere Buchstaben folgen. . . . Den ganzen Tag war ein Getriebe wie in einem Bienenstock. (Kain 1942b)

Die Botschaft ist klar: Das Gefängnis des Volksgerichtshofs war voll von „Politischen“. Es musste doch recht viele Andersdenkende geben, um ein derart großes Gefängnis mit ihnen zu füllen!). Zu wissen, dass es in den Zuchthäusern Gleichgesinnte gab, dürfte Kain und seinen Kameraden Auftrieb gegeben haben, wie der unveröffentlichte erste Epilog zum Roman *Der Föhn bricht ein*, geschrieben als Reflexion auf jene Zeit, veranschaulicht: „Bei allem Hunger und bei allen Grausamkeiten, bei allen Prozessen, die das Wort ‘Verhandlung’ zu einem Gespött machen, hatten sie doch immer wieder staunend erlebt, wie viele sie waren“ (Kain 1962a). Im Gefängnis gab es zwei Möglichkeiten: sich aufs Überleben zu konzentrieren und die antifaschistische Tätigkeit einzustellen, oder weiter widerständig zu bleiben und ein Todesurteil oder die Versetzung in ein Konzentrationslager zu riskieren. Auf die Frage, ob er denn nach all den Misshandlungen und Entbehrungen nie versucht gewesen sei, das Handtuch zu werfen, erinnerte Franz Kain: „Natürlich zieht man gelegentlich in Betracht, ob man nicht doch ein bisschen mit den Wölfen heulen könnte. . . . Die Erfahrung, dass man da gegen eine Weltmacht steht, gegen eine Weltmacht auf dem Gipfel ihrer Siege, ist natürlich eine gewaltige Belastung“ (Ratzenböck, 4). Dennoch setzte Kain seine Tätigkeit fort, indem er Kassiber zwischen Mithäftlingen beförderte und seine Umwelt genau beobachtete, um die Eindrücke später als Schriftsteller zu gestalten. In der literarischen Verarbeitung seiner Erlebnisse im Widerstand hat Franz Kain wirkliche Pionierarbeit geleistet. Besondere Beachtung verdient die auf einer wahren Begebenheiten basierende Erzählung „Serbenlinde und Hollandtulpen“ (1993) die bisher kaum von

der Kritik wahrgenommen wurde (Kain 2009). Der Stoff für geht auf den April 1942 zurück, als sich Franz Kain auf dem Rücktransport vom Berliner Volksgericht ins Welsler Gefängnis befand.

Die Novelle beginnt mit einer Reflexion des Erzählers über ein kurioses Büchlein, das ihm ein Mithäftling zugesteckt hatte. Der kleine Band enthielt eine ungewöhnliche Geschichte mit dem Titel „Die Serbenlinde“. Schauplatz dieser Erzählung ist das Lager Mauthausen, in dem im ersten Weltkrieg tausende serbische Kriegsgefangene unter schrecklichen Bedingungen untergebracht gewesen waren. Der Häftling wird aus seiner Lektüre gerissen, weil er an die grausame Rolle, die das Lager als Vernichtungszentrum jetzt im Dritten Reich spielt, denken muss: „Er wusste, dass sich dort, nicht einmal 25 Jahre nach dem ersten Unheil, mit dem neuen Lager ein noch größeres zusammengeballt hatte“ (Kain 2009). Nach dem Krieg erinnerte Kain, dass politisch Verfolgte in den Gefängnissen des Dritten Reichs tatsächlich gut darüber informiert gewesen waren, was sich in den Konzentrationslagern abspielte: „Da hat man wesentlich mehr gewusst als die Zivilbevölkerung. In allen Gefängnissen hat es eine Art Organisation der politischen Gefangenen gegeben. Wir haben genau gewusst, dass Dachau etwa anders ist als Mauthausen und Auschwitz“ (Ratzenböck, 4). Schließlich wird der Erzähler aus dem Zuchthaus geholt und mit einem Gefangenentransport nach Berlin geschickt. Das KZ Mauthausen kommt ihm wieder in den Sinn, als er im Zug in der Nähe von Nürnberg auf eine Gruppe jüdischer Bauern aus den Niederlanden trifft. Als die Holländer den Österreicher an seinem Trachtenjanker erkennen, fragen sie ihn, ob er etwas über ihren Bestimmungsort, Mauthausen, wisse. Die Frage stürzt den Erzähler in einen schweren Gewissenskonflikt. Sollte er die Wahrheit sagen über die Gräueltaten, die dort auf die Deportierten warteten? „Was soll er da erzählen? Und überhaupt, vielleicht bekamen die Holländer eine bessere Behandlung als die anderen?“ („Serbenlinde“). Der Erzähler beschließt, die Holländer zu schonen und redet statt von Folter und Tod von den fruchtbaren Feldern und der blühenden Gegend um Mauthausen. Während der Zug seinem düsteren Ziel entgegenfährt, ringt der Häftling mit seinem Gewissen: Er hat die Kameraden belogen, indem er ihnen die furchtbare Wahrheit verschwiegen hat. Aber er hat es aus Barmherzigkeit getan. Hätte er ihnen denn noch diesen Satz sagen sollen, der auch in der ‚Serbenlinde‘ stand, nämlich den Satz: „Da warf man sie hinab in lange Gruben und schüttete sie zu mit Kalk und Sand.“? (Kain 2009)

Die Erzählung schweigt über das endgültige Schicksal

der holländischen Juden, da sich diese Kenntnis dem Erzähler entzieht, der am folgenden Tag von den Holländern getrennt wird. Was geschah also mit den historischen Personen der Novelle? Hans Mársaleks Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen erfasst die Einlieferung von rund 130 Holländern in den Jahren 1942 und 1943 (Mársalek). David Wingeate-Pikes Statistik zum Konzentrationslager Mauthausen spricht von 77 ermordeten Holländern (Wingeate-Pike, 43). Peter Kammerstätters Dokumentation Niederländer-Holländer im KZ Mauthausen Österreich berichtet, dass Juden in Mauthausen selten erschossen wurden. Für sie war der sogenannte „Wiener Graben“ vorgesehen (Kammerstätter 1980). Der „Wiener Graben“, auch zynisch „Fallschirmspringerwand“ genannt, ist eine steile Felswand, die senkrecht in den Mauthausener Steinbruch abfällt. Häftlinge wurden über diese Wand in den Tod gestürzt. Ein Vernehmungsprotokoll des Lagerleiters Ziereis bestätigt Kammerstätters These und stützt Franz Kains Erzählung, die einen tödlichen Ausgang impliziert:

„Im Jahre 1941/42 wurden nach Mauthausen holländische Juden gebracht. Am 31.5.1943 war Himmler in Mauthausen und ordnete an, dass sämtliche Juden schwere Granitsteine über die hohe Steintreppe vom Steinbruch Wienergraben ins Lager hinaufschleppen sollten. Bei dieser Aktion gingen in kurzer Zeit sämtliche Juden freiwillig (sic!) über die 50 m hohe Steinwand hinunter und blieben mit zerschmetterten Körpern unten liegen“.⁸

„Serbenlinde und Hollandtulpen“ ist von besonderer Relevanz als wohl einziger Text der österreichischen Literatur, der sich mit der systematischen Vernichtung holländischer Juden in Mauthausen befasst. Generell darf Franz Kains Bedeutung für die Literaturgeschichte zu Mauthausen nicht unterschätzt werden: „Serbenlinde und Hollandtulpen“ ist nicht der einzige Text, mit dem er Neuland beschritt. Die Erzählung „Maria-Lichtmess-Nacht“ (1973), die über ein Jahrzehnt vor Elisabeth Reicharts Roman „Februarschatten“ (1984) entstand, markiert den Beginn der heute extensiven Literaturgeschichte zur Thematik der „Mühlviertler Hasenjagd.“

Kurz nach der Begegnung mit den holländischen Juden traf Kain wieder im Welsler Gefängnis ein. Dort war er als „Fazi“, also als Gefängnishausmeister, eingeteilt. Da er Essen verteilen und die Kübel für die Notdurft ausleeren musste, machte er täglich die Runde durch alle Zellen. So war er gut informiert und es war ihm gelegentlich möglich, Nachrichten weiterzuleiten. Zur Zeit seiner Inhaftierung in Wels gelang eine Aktion

politischer Häftlinge, die weitreichende Folgen für den organisierten österreichischen Widerstand haben sollte: Zwei Häftlinge, Alois Straubinger und Fritz Schwager, sägten mit einer eingeschmuggelten Feile die Gitterstäbe des Zellenfensters durch und flohen am 10. Juli 1942 aus dem Gefängnis. Straubinger schloss sich später der Partisanenbewegung „Willy-Fred“ um Sepp Plieseis im Salzkammergut an. Die Gruppe Willy-Fred setzte sich aus politischen Gegnern Hitlers, unter denen auch einige ehemaligen Spanienkämpfer waren, und aus Deserteuren zusammen. Die Widerstandskämpfer verschanzten sich mit Hilfe der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden in den Bergen, um dort das Kriegsende abzuwarten, Sabotageakte zu organisieren und, falls nötig, bewaffnet für die Befreiung der „Alpenfestung“ Salzkammergut zu kämpfen. Im Frühjahr 1945, beim Einmarsch der Alliierten, kam die Gruppe „Willy-Fred“ aus ihrem Versteck und lieferte unter anderem entscheidende Hinweise zur Verhaftung des Reichs-Sicherheitschefs Ernst Kaltenbrunner, die in Franz Kains Erzählung „Der Weg zum Ödensee“ literarisch nachvollzogen wird. Seinem ehemaligen Mithäftling Straubinger und der Gruppe Willy-Fred setzte Franz Kain in den Erzählungen „Der Ochsenraub“ (1973) und „Der Blinde“ (1982) ein literarisches Denkmal.

„Für Hitler sterben wollen wir nicht im afrikanischen Land“⁹

Nach anderthalb Jahren Gefängnis eröffnete sich für Franz Kain die Aussicht, zu einer Strafeinheit an die Front zu gehen. Die Angst, aus dem Welser Gefängnis in ein Konzentrationslager überstellt zu werden, gab den Ausschlag: Im November 1942 wurde er Soldat in der „Strafbrigade 999“. Die Einheit setzte sich aus Widerständischen politischer oder religiöser Überzeugung, aber auch aus Kriminellen und degradierten Wehrmachtsangehörigen zusammen. „Deren Ehrgeiz und Bestrebung war, . . . möglichst schnell wieder zu ihren Sternen zu kommen. Das waren sehr gefährliche Menschen. Ein großer Teil des Offizierkorps hat aus solchen Leuten bestanden“ (Ratzenböck, 4). Die „Politischen“ der Division waren durch einen schmalen roten Streifen auf der Achselklappe der Uniform gekennzeichnet. Sie waren dadurch für reguläre Wehrmachtstruppen sofort als ideologisch „unzuverlässig“ und „nicht vertrauenswürdig“ erkennbar (T, 178). Kains Truppe wurde auf dem Heuberg in der Schwäbischen Alb ausgebildet. Hans-Peter Klauschs historische Dokumentation über die „Strafbrigade 999“ berichtet von fanatisch nazitreuem Stammpersonal, das mit aufgepflanzten Bajonetten und entscherten Pistolen die Ankunft der

Rekruten überwachte. Die Soldaten wider Willen wurden unter „wüsten Beschimpfungen wie ‚Landesverräter‘ und ‚Verbrecher‘“ den Heuberg hinauf gehetzt (Klausch, 37). Ausrüstung und Verpflegung waren erbärmlich. Den Strafbrigadisten sollte auf diese Weise klar gemacht werden, dass sie als „allerletztes ‚Menschenmaterial‘ galten, das sich erst zu bewähren hatte“ (Klausch, 42). Klausch beruft sich auf Berichte von ehemaligen 999ern, die wegen des Materialmangels keine Uniformen zugeteilt bekamen und wochenlang Dienst in Zivil taten. Andere erhielten umgefärbte Beutestücke fremder Armeen oder wiederverwertete, kugeldurchlöchernde und blutbeschierte Teile deutscher Uniformen (Klausch, 41). Klauschs Dokumentation deckt sich mit Kains Heuberg-Kapitel im Roman „Auf dem Taubenmarkt“. Der Erzähler, Damasus, berichtet in amüsiertem Ton, dass seine Truppe ziemlich „bunt uniformiert“ ausgesehen habe (T, 176). Manchen 999ern kam die zusammengewürfelte, pikareske Verkleidung durchaus gelegen, bot sie doch eine Möglichkeit, passiv Resistenz zur Schau zu stellen: „Ihnen war es lieber, wenn die Uniform so wenig wie möglich passte, sie kamen daher wie Vogelscheuchen. Damasus, hierin solidarisch, hatte einen Mantel, der um seine dünnen Glieder schlotterte und in die Ärmel konnte er seine Hände zurückziehen wie in einen Muff. Der Stoff der Bluse war fleckig und ausgewaschen“ (T, 177). Die politischen 999er versuchten, bei jeder Gelegenheit ihre Ablehnung gegen das Regime und den Militärdienst zu demonstrieren. So entstand in der Zeit an der Afrikafront auch das Protestlied „Wir lagen westlich von Kairouan“ mit dem widerständischen Refrain „Für Hitler sterben wollen wir nicht im afrikanischen Land“¹⁰, das die überlebenden 999er später in die amerikanische Gefangenschaft mitnahmen und beim Einzug ins antifaschistische Kriegsgefangenenlager Fort Devens in Massachusetts sangen (T, 225). Möglichkeiten zum einem aktiven, organisierten Widerstand waren in der „Strafdivision 999“ kaum vorhanden, da zur Abschreckung laufend Todesurteile vor der versammelten Truppe vollstreckt wurden (Klausch, 69-70). Die Statistik belegt, dass zwischen Dezember 1942 und Oktober 1944 mindestens 66 Mitglieder der Truppe 999 hingerichtet wurden (Klausch, 70). Zahlreiche Zeugen Jehovas wurden wegen Wehrersatzung erschossen. Die politischen 999er respektierten zwar die Standhaftigkeit dieser Märtyrer, betrachteten deren Opfer aber als letztendlich sinnlos und versuchten, die religiösen Wehrdienstverweigerer umzustimmen. Auch im Taubenmarkt gibt es eine entsprechende Szene. Damasus bemüht sich vergeblich, einen Zeugen Jehovas dazu zu bringen, die Uniform anzuziehen und damit

sein Leben zu retten. „Am nächsten Tag hörten sie vom nahen Sportplatz her eine Salve krachen. Die Bibelforscher wurden erschossen und das halbe Bataillon musste dabei zusehen“ (T, 175-176). Jahrzehnte später räsionierte Kain in einem Interview: „Wir haben solchen Menschen gesagt: Eure Überzeugung in allen Ehren, aber damit, dass du die Uniform nicht anziehst, tust du ja nichts. Du wirst erschossen, und alles ist aus. Damit verändert ihr ja nichts“ (Ratzenböck, 4). Allerdings blieb die Resistenz der Pazifisten doch nicht ohne Folgen. Aus einem Schreiben des Reichsjustizministeriums geht hervor, dass aufgrund der Unbeirrbarkeit dieser Männer ab September 1943 religiöse Wehrdienstverweigerer von der Einberufung in die 999er ausgeschlossen waren (Klausch, 71). Die Standhaftigkeit der Hingerichteten bewahrte also andere vor einem ähnlichen Gewissenskonflikt. Ob die allgemeine Überlebensrate durch die Aktionen der Märtyrer positiv beeinflusst wurde, sei allerdings dahingestellt. Nach der Grundausbildung wurde Kains Truppe über Belgien, Frankreich und Süditalien nach Nordafrika verschickt. Kain befand sich damals in einer fast surreal befremdlichen Situation: Er trug die Uniform des verhassten Regimes und war gezwungen, mit der Waffe in der Hand gegen seine eigentlichen Alliierten zu marschieren. Hinzu kam, dass er zum ersten Mal räumlich entfernt war vom Schauplatz des österreichischen Widerstands. Die Chance, zuhause etwas zu verändern, war nun ein für allemal vergeben.

Die Darstellung der Kriegserfahrung im Taubenmarkt-Roman

Wie bereits angeführt sind Franz Kains Memoiren grundlegend geprägt von der Aura des Nicht-Dazugehörens, des Andersseins. Es gibt viele Anti-Kriegsromane, die die Entfremdung von Soldaten wider willen in einer entheroisierten Kriegsmission thematisieren. Es gibt aber nur wenige Romane, in denen der Protagonist nicht nur unfreiwillig im Krieg ist, sondern auch noch auf der „falschen Seite“ kämpfen muss. Zu nennen wären etwa „Die Geschlagenen“ (1949) von Hans Werner Richter (1908-1993) oder „Die Kirschen der Freiheit“ (1952) von Alfred Andersch (1914-1980). Die Perspektive des Soldatenlebens in einer Strafdivision der Wehrmacht findet sich in der deutschsprachigen Literatur außer bei Franz Kain kaum. Lediglich der Roman „Zum Heldentod begnadigt“ von Ernst Rudolf „Erge“ Greulich (1909-2005) behandelt die Zeit des autobiographischen Erzählers bei den 999ern von der Grundausbildung bis zur Desertion in Nordafrika. Richter, Andersch und Greulich schrieben ihre Kriegsromane in der frühen Nachkriegszeit. Franz Kains „Auf

dem Taubenmarkt“ ist wohl der einzige deutschsprachige Roman, der rückblickend, vier Jahrzehnte später, das Thema der amerikanischen Kriegsgefangenschaft aus der Perspektive von Widerstandskämpfern aufgreift. Dabei fasziniert es, wie genau sich der Roman mit den dokumentierten historischen Fakten deckt, ohne dabei an ästhetischem Anspruch einzubüßen. Es empfiehlt sich ein Blick auf Aufbau und Stil des Taubenmarkt-Romans. Jeden Abschnitt beginnt Kain mit einem Prolog, der den Fluss des autobiographischen Erzählens retardiert und den Roman in der Erweiterung der Perspektive auf die größeren historischen Zusammenhänge episch verbreitert. Seine Technik erläutert der Autor folgendermaßen: „Die . . . Mitteilung wird ergänzt durch Einschübe in einer anderen, gleichsam weiter entfernten Sprache, als kämen die Dinge von Ewigkeit her. . . . Daher auch die Bezeichnung Roman, weil das Vorhaben weit über die eigene Lebensbeschreibung hinausgeht“ (Kain 1992). An das Ende der einzelnen Kapitel sind jeweils satirische geschichtskritische Stellungnahmen von typisierten Vertretern verschiedener Weltanschauungen gefügt. „Der Sozialdemokrat“, „Der Kommunist“, „Der Altnazi“, „Der Zeuge Jehovas“ und „Der Werbe-Keiler“ melden sich zu Wort. Ihre Kommentare sollen „das ausgebreitete Material relativieren und versuchen, es in Frage zu stellen“ (Kain 1992). Der elegische, von Reflexion und Analyse geprägte Altersstil des Romans vermittelt den Gesamteindruck von Resignation über die Diskrepanz zwischen revolutionärer Vision und den tatsächlichen politischen und historischen Gegebenheiten. Der Erzähler blickt zurück: „Das meiste von allem Ungemach, das er erleiden musste, kommt aus dem Widerspruch zwischen großem Sprung und beharrender Realität“ (T, 273).

Der Prolog des Kapitels über Kains Soldatenzeit ist ein sozialgeschichtliches Porträt des Salzkammerguts. Kurziv gesetzt, und damit auch visuell abgehoben vom autobiographischen Erzählstrang des Romans, behandelt der Abschnitt episodenhaft die Geschichte der Widerstandsbewegung der Region (T, 167-173). Es geht hier um die, die zuhause bleiben und bis zum Schluss weiter für die Befreiung Österreichs kämpfen konnten. Franz Kain wäre unter ihnen gewesen, wäre er nicht verhaftet und an die Front geschickt worden. Im Gegensatz zum autobiographischen Teil des Romans ist der Ton des Kapitel-Prologs distanziert und allgemein. Dadurch wird bei der Wiederaufnahme des autobiographischen Strangs für den Leser das Gefühl des Unbehagens verstärkt, wenn der Erzähler seinen Widerwillen vermittelt, in Wehrmachtsuniform durch das besetzte Europa marschieren zu müssen. Verstohlene Solidari-

tätigsten der Bevölkerung bieten seltene Lichtblicke, wie diese Begebenheit in Belgien: „Eine mütterliche Kellnerin beobachtete Damasus schon einigemal. Einmal machte sie ihm hinter dem Rücken des Unteroffiziers Zeichen, deutete auf den roten Balken auf der Schulter und lächelte. Die Bevölkerung wusste augenscheinlich, mit welcher Besatzungstruppe sie es zu tun hatte“ (T, 180). Das Gedicht „Einzug in ein französisches Dorf“, 1943 in der Nähe von Avignon entstanden, vermittelt die Scham und Beklemmung der Soldaten wider Willen, die sich im geheimen solidarisch fühlten mit den Menschen der besetzten Region:

Wir zogen als Bewaffnete ein
in das alte Dörflein,
das noch keiner von uns sah.
Die Leute der engen steilen Straßen
musterten uns abweisend.
Die Steine der Häuser sind steil und verwittert.
In Feldern grünt schon der Wein.
Wir müssen in ehrfürchtiger Landschaft
die drohenden Landsknechte sein.
Schämen wir uns nicht
beim Vorübergehen
vor spielenden Kindern am Wegesrand?
Erröten wir nicht,
wenn junge Frauen verstohlen aus den
Fenstern blicken?
Wir kennen ihr Denken,
weil unsere Gefühle dieselben sind. (Kain,
1943a)

Stilistisch noch etwas unbeholfen vermittelt das Gedicht des knapp Zwanzigjährigen den der Situation inhärenten moralischen und seelischen Konflikt der unfreiwilligen Besatzer.

Widerständische Aktionen der 999er waren aufgrund der strengen Überwachung begrenzt. In Südfrankreich gab es vereinzelte Versuche, Kontakt zum französischen Untergrund aufzunehmen. Hans-Peter Klausch berichtet, dass es zumindest zwei Strafbrigadisten gelang, zur Résistance überzulaufen (Klausch, 83). Meist schlugen solche Versuche aber fehl. Es liegen keine verlässlichen Zahlen darüber vor, wie viele 999er in Südfrankreich desertierten; fest steht jedenfalls, dass allein in der letzten Februarwoche 1943 fünf Personen wegen Verdachts auf Fahnenflucht hingerichtet wurden (Klausch, 83-84). Auf dem Taubenmarkt erwähnt den demoralisierenden Effekt dieser mißglückten Desertionen auf die Truppe (T, 183).

Von Sizilien aus machte sich die Division 999 im März und April 1943 für die Versetzung an die nordafrikani-

sche Front bereit. Der Flug von Sizilien nach Tunis an Bord einer JU-52 dürfte zu den schlimmsten persönlichen Erlebnissen Franz Kains gehört haben. Ohne Schwimmwesten und unter ständigem Beschuss durch britische Kampfflieger wurden die Strafbrigadisten über die Straße von Messina nach Tunis gebracht.

Der sonst so detailorientierte und erzählfreudige Franz Kain widmet im Taubenmarkt dem Horrorflug nur eine halbe Seite, in knappen Zügen, fast flüchtig, als wolle er die Sache so schnell wie möglich hinter sich bringen: „Er schloss die Augen, konnte aber dann doch nicht anders, als hinzuschauen auf das Grauen. Das Meer schien übersät von weißen Flecken, deren Ringe ineinander liefen“ (T, 188). Der nächste Satz behandelt ohne weitere Details oder Kommentare die geglückte Landung. Mehr erfahren wir von Franz Kains Freund Erge Greulich, der ebenfalls mit von der Partie war und dem Flug einen ausführlichen Abschnitt in seinem Roman „Zum Heldentod begnadigt“ widmet. Greulich schildert die Reaktion des diensthabenden Oberleutnants auf den Protest eines Piloten gegen den Befehl, die 999er ohne Schwimmwesten zu befördern: „Das interessiert mich nicht. Wollen Sie wegen der paar fehlenden Schwimmwesten Afrika die nötigen Reserven vorenthalten? Sie fliegen!“ (Greulich 1949, 136).¹¹ Den Luftangriff der Briten zeichnet Greulich als apokalyptischen Spuk.

„Ach du Scheiße!“ brüllt Trimmer. Unsere Köpfe fliegen ruckartig zur anderen Seite. Die Ju schräg rechts über uns zieht die gefürchtete Rauchschleppe hinter sich her. . . .

Links rast eine Ju senkrecht nach unten. Es ist kein Flugzeug mehr, nur noch eine brennende Fackel. Immer mehr Jäger tauchen auf. . . . Wir ziehen die Köpfe ein und warten auf unser Ende. Jedes kleine Schwanken des Flugzeugs sticht den Gedanken durchs Hirn: Jetzt – Jetzt. Furchtbar.

Die Gesichter sind aschfahl. Die meisten wagen nicht mehr, aus dem Fenster zu sehen. Dort bekommt man nur sein eigenes Ende vorgeführt.

Das Meer bedeckt sich mit schwimmenden, abgurgelnden Flugzeugresten.

In der Luft rast der Tod mit Flammen, Rauch und Stahl. An uns kostet er seinen gemeinsten Triumph aus. Uns spart er bis zuletzt auf. Wir dürfen bei den Sekundenbegräbnissen der anderen zusehen, unser gräuliches Ende in Potenzen erlebend. (Greulich 1949, 137-138)

Tatsächlich waren die Verluste enorm. So wurden am 5. April 1943 aus einem Geschwader von deutschen Flugzeugen mit insgesamt 168 Personen an Bord 102 tot oder vermisst gemeldet (Klausch, 91). Über den

furchterregenden Flug schreibt Kain in seinem ersten Feldpostbrief aus Nordafrika: „Ich bin froh, dass ich herüber bin, denn ich möchte diesen Flug nicht noch einmal erleben“ (Kain 1943b).¹²

Warum ist dieses traumatische Erlebnis im Taubenmarkt so kursorisch und nüchtern dargestellt? Die Lektüre anderer Szenen, in denen sich der Erzähler an der Front in Lebensgefahr befindet, zeigt, dass Kain den reißerischen Stil vieler Kriegsmemoiren vermied, die, gezielt oder unabsichtlich, der grausamen Realität des Krieges einen Hauch von Abenteuerromantik verleihen. Die Frontszenen sind allesamt betont nüchtern gehalten und durch knappe Kommentare und beobachtende Einschübe „entschärft“. In der Szene, die seine Gefangennahme schildert, erfasst Kain den Moment, als er mit einem Kameraden nach zweitägigem Umherirren zwischen den Fronten zu den Amerikanern überläuft. Die beiden Soldaten sind müde und durstig, als sie von ihrem Versteck aus Soldaten mit einem auffallenden gelben Fleck auf dem Uniformhemd ausmachen. Der Erzähler nimmt fälschlicherweise an, dass er und sein Kamerad jeden Moment von einer deutschen Patrouille geschnappt werden würden:

„Er sah nur einen gelben Fleck auf der Bluse der beiden und dachte entsetzt, dass sie nun den Kettenhunden von der Feldgendarmarie in die Hände gefallen seien. Da schrie einer der Soldaten einen Befehl, er klang fremd, und der andere feuerte einen Warnschuss ab. Jetzt erst bemerkten der Gebirgsbauer und der Fleischhauer aus Berlin, dass ihnen amerikanische Soldaten gegenüberstanden, und sie hoben die Hände. Die beiden Soldaten durchsuchten sie nach Waffen und Munition, wiesen mit dem schussbereiten Gewehr nach vorne und folgten langsam ihrem Fang. Nach etwa fünfzig Metern fingen die beiden Gefangenen zu lachen an, und es überkam sie eine derartige Fröhlichkeit, dass sie förmlich geschüttelt wurden von der Erkenntnis, dass mit dieser Gefangennahme nach Jahren der Haft und der Bedrohung für sie die Freiheit angebrochen war. Sie lachten so herzlich, dass auch die Bewacher davon angesteckt wurden. Der gelbe Fleck auf den Blusen der Amis wurde durch gerippte Eier-Handgranaten gebildet, welche die Soldaten an die Tragriemen des kleinen Tornisters gehängt hatten.“ (T, 201)

Zweimal richtet der Erzähler die Aufmerksamkeit des Lesers auf den gelben Fleck auf der Uniform der Amerikaner. Auf die szenische Spannung hat die anfängliche Verwechslung, ausgelöst durch den gelben Fleck, keinen Einfluss. Der Erzähler sieht den Farbfleck, hört dann die fremde Sprache und wird sofort mit seinem

Kameraden gefangen genommen. Der traditionelle Kolportageroman käme gut ohne die Erwähnung des Irrtums aus und würde sich stattdessen eher auf die psychische und physische Spannung der erschöpften Soldaten im gefährlichen Moment der Gefangennahme kaprizieren. Auch bei Franz Kain sind Gefühle im Spiel: Wir lesen von der Freude und Fröhlichkeit der beiden „befreiten Gefangenen“. Sofort aber wird der emotionale Gehalt der Szene gedämpft durch eine sehr sachliche Erklärung, was es mit dem „gelben Fleck“ auf den Uniformen der Amerikaner auf sich hatte. Der Ausklang des Kapitels ist nüchtern und unpathetisch und verzichtet auf Abenteuerromantik.



Abb. 2: POW Baracken im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Fort Devens, Massachusetts. Foto Marion Hussong, 2009.

„Gefangenschaft hinterlassen keine Harmonie“¹³

Im folgenden Abschnitt wird die Darstellung der Kriegsgefangenschaft bei Franz Kain im Kontext der Historiographie zur Situation deutscher Kriegsgefangener in Amerika untersucht.¹⁴ Wiederum widmet sich Kain hier einem der „weißen Flecken“ der literarischen Landkarte (Kain 2003b, 88). Während Abenteuerromane über die menschenverachtende Behandlung deutscher Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, wie etwa Josef Martin Bauers Fluchtepos „So weit die Füße tragen“ (1955), in der Nachkriegszeit die Bestsellerlisten eroberten, gab es keine vergleichbar erfolgreichen literarischen Memoiren deutscher Gefangener in Amerika. Heimkehrerromane, die das Überleben unter grausamen Bedingungen in sibirischen Lagern beinhalteten, trafen den Nerv der Zeit: Das Feindbild des kommunistischen Russland solidarisierte Westdeutsche wie Öster-

reicher in der Frühphase des Kalten Krieges. Hinzu kommt, dass solche Romane gern die deutsche Schuldfrage ausblendeten und stattdessen die Leidenserfahrung der Deutschen betonten. Das heroische Überleben des Protagonisten unter widrigsten Umständen – Bauers Romanheld Clemens Forell schlägt sich nach drei Jahren Zwangsarbeit in einer lichtlosen russischen Bleimine zu Fuß von der Bering-Straße nach Deutschland durch – stärkte das deutsche Selbstbewusstsein nach der Niederlage und rechnete begangenes Unrecht gegen erlittenes Unrecht zugunsten der Deutschen auf. Frank Biess' soziologische These zum deutschen Heimkehrerphänomen diagnostiziert überzeugend die Existenz eines solchen Opfer-Diskurses im Nachkriegs-Deutschland, und trifft sich durchaus auch für die populäre Literatur dieser Zeit zu (Biess, 43-70). Die amerikanische Kriegsgefangenschaft gab vergleichsweise nicht viel Stoff her: Die Gefangenen lebten zwar nicht in Saus und Braus, waren aber meist gut gepflegt und adäquat untergebracht. Die Amerikaner hielten sich im Großen und Ganzen an die Genfer Konvention, und die meisten deutschen „POWs“ kehrten relativ wohlbehalten nach Europa zurück. Außerdem war Amerika in der Zeit des Marshall-Plans und des aufkommenden Wirtschaftswunders ein positives Identifikationsmuster für viele Deutsche und Österreicher. Studien über deutsche Kriegsgefangene in den Vereinigten Staaten reichen von generellen Untersuchungen zum Lagerleben über Memoiren bis zu Dokumentationen über die Lebensbedingungen antifaschistischer Gefangenen in Lagern für Anti-Nazis und systemkritische Intellektuelle. Volker Wehdekinis 1971 veröffentlichtes Buch „Der Nullpunkt“. Über die Konstituierung der Nachkriegsliteratur in den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern ist nach wie vor die einzige umfassende Analyse zum deutschsprachigen literarischen Leben in amerikanischen POW-Camps.

Zu Kriegsende befanden sich etwa 370 000 deutsche Kriegsgefangene in den Vereinigten Staaten (Robins, 8-9). Franz Kain befand sich unter den rund 5000 Soldaten der 999er Division, die nach der Afrikaoffensive im späten Frühjahr 1943 auf dem amerikanischen Kontinent ankamen (Haase 1999, 416). Konflikte in den POW-Lagern waren vorprogrammiert: Die Mehrheit der Angehörigen des Afrika-Korps bestand aus linientreuen Soldaten der Rommel-Armee. Ihnen standen die 999er gegenüber, die bei der ersten Gelegenheit ihre Hoheitsabzeichen von der Uniform trennten (T, 213)¹⁵ und kein Hehl mehr aus ihrer Kritik am Hitler-Regime machen wollten.

Besonders die ersten Monate in Alabama im Camp Ali-ceville dürften für Franz Kain schwierig gewesen sein.

Einerseits war er erleichtert, endlich befreit zu sein vom Dienst in der deutschen Wehrmacht, andererseits war er gemeinsam mit unverbesserlichen Nazis interniert, die die Antifaschistischen brutal drangsalierten. Die Anti-Nazis unter den Kriegsgefangenen betrachteten die Amerikaner als ihre Alliierten: „Wenn sie auch von fremden Soldaten eskortiert wurden, . . . , sie fühlten sich doch als Bundesgenossen dieses Landes und seiner Bevölkerung. In ihren Köpfen sah alles einfach aus: wer gegen Hitler kämpft, muss ein Freund der 999er sein“ (T, 215).¹⁶ Diese Betrachtung des Erzählers deckt sich mit einer offiziellen Deklaration: „Wir deutschen Kriegsgefangenen als Anti-Nazis sehen in den Alliierten nicht unsere Feinde, sondern Helfer zur Vernichtung des Nazismus“ (Haase 2002).¹⁷

„Auf dem Taubenmarkt“ gibt Einblick in das tägliche Leben der Kriegsgefangenen. Der wohl interessanteste Aspekt des Amerika-Kapitels ist die Unbestechlichkeit des historischen Erzählens. Ein Blick auf den historischen Sachverhalt zeigt, dass der Roman die Situation in den Lagern wahrheitsgetreu schildert. Die Quellen sind eindeutig: In vielen Lagern, darunter auch in Ali-ceville, wo die oben zitierte Taubenmarkt Szene spielt, waren von 1943 bis Kriegsende Nazis obenauf: Sie stellten die Lagersprecher, und man salutierte ungeniert mit dem Hitler-Gruß. In den Lagern feierten deutsche POWs öffentlich Hitlers Geburtstag, während Antifaschisten mundtot gemacht wurden. Es kam zu schweren Körperverletzungen, forcierten Selbstmorden und Feme-Gerichten, die auch im Roman beschrieben sind (T 220-221).¹⁸ Warum wurden solche Ausschweifungen geduldet und warum gingen die Amerikaner nicht schärfer gegen die nazistische Ideologie in ihren POW Lagern vor? Ein Grund war die Überlastung der Infrastruktur: Erstmals in der Geschichte der Vereinigten Staaten sah sich das Militär mit einer enormen Anzahl von Kriegsgefangenen aus einem fremden Kulturkreis konfrontiert, die untergebracht, gepflegt und bewacht werden mussten. Meist wurden Militärstützpunkte dafür adaptiert, die nicht eigentlich als Lager konzipiert waren. Weiters trugen die traditionellen militärischen Verhaltensregeln zu einer Begünstigung der Nazis bei. Die Hierarchie amerikanischer wie deutscher Kriegsgefangener war durch das militärische Führungsprinzip geregelt: der ranghöchste Gefangene übernahm die Leitung der POW Angelegenheiten im Lager. Die Amerikaner waren von der militärischen Disziplin der regimetreuen deutschen Wehrmachtssoldaten in den Lagern beeindruckt. Wenn es Zwischenfälle gab, schienen stets Antifaschisten darin verwickelt zu sein, wodurch die Hitlergegner bald als troublemakers abgestempelt waren. Dazu kommt, dass unter den

Anti-Nazis viele Kommunisten waren, was den politischen Argwohn des amerikanischen Lagerpersonals erregte. Außerdem waren die Amerikaner darauf bedacht, die Genfer Konvention nicht zu verletzen, die die politische Beeinflussung von Kriegsgefangenen untersagte. Man war 1943 diesbezüglich noch sehr vorsichtig und hütete sich vor Aktionen, die als Indoktrination ausgelegt werden konnte. Das ging so weit, dass die Lagerleitungen keine öffentliche Polemik antifaschistischer POWs gegen die nazistische Ideologie duldeten. Erst später entwickelten die Amerikaner ein politisches Umerziehungsprogramm für POWs im Sinne der amerikanischen Verfassung (Robin, 8-9). Im Laufe des Jahres 1943 kam es zu derart heftigen Zusammenstößen in POW-Lagern, dass die Nazis von den Antifaschisten getrennt und spezielle Lager für Hitler-Gegner eingerichtet werden mussten.¹⁹

Nach schweren Unruhen in Aliceville wurde Franz Kain im Sommer 1943 nach Mississippi, in das antifaschistische Camp McCain, verlegt. Im Spätwinter 1944 traf er in Fort Devens im Bundesstaat Massachusetts ein (Abb. 1).

Fort Devens liegt in einer waldreichen Gegend Neuenglands, etwa 65 km nordwestlich von Boston. Das Lager bestand aus hastig errichteten zweistöckigen Holzbaracken, die dann später durch gemauerte Bauten ersetzt wurden (Abb. 2). Die POW-Unterkünfte waren von einem doppelten Stacheldrahtzaun mit Wachtürmen umgeben. Die Gefangenen waren in verschiedenen Arbeitsbereichen eingesetzt und erhielten täglich einen Bon im Wert von 80 Cents, der in der Kantine gegen Tabakwaren, Schokolade und andere Notwendigkeiten des täglichen Lebens eingetauscht werden konnte (Heath).²⁰ In einem Brief beruhigte Franz Kain seine besorgten Eltern: „Ich arbeite an der frischen Luft und kann mir für mein Geld alles kaufen hier – Zigaretten, Füllhalter, usw. Also braucht Ihr Euch gewiss keine Sorgen zu machen“ (Kain 1945a).

Die Verpflegung in den Lagern war bis auf einen mehrwöchigen Engpass kurz nach Kriegsende (Koop, 101-102. T, 245-6) reichlich: „Wir werden genauso verpflegt wie die amerikanischen Soldaten“ (Kain 1943c) schrieb Kain nach Hause, und: „... schickt nur ja nichts mehr zu essen. Ich habe so viel wie ich es zuhause nie gehabt habe“ (Kain 1944a). Im Januar 1945 freute er sich über eine besondere Überraschung: „Zu meinem Geburtstag habe ich eine Torte bekommen wie ich sie zuhause nicht besser haben könnte“ (Kain 1945a). Die Berichte über das reichliche Essen schienen den Zensoren in der von Versorgungsengpässen geplagten Heimat nicht behagt zu haben.

In einem der Briefe an die Familie ist die Wiederholung

der Bitte, nur ja keine Fresspakete mehr zu schicken, gefolgt von einem dicken schwarzen Balken der deutschen Zensur (Kain 1944b).²¹

Die dichtbewaldete neuenglische Landschaft um Fort Devens und seinem Satellitenlager Fort Stark erinnerte Franz Kain an Österreich: „Tiefe Kiefernwälder säumen das Lager und wir haben schon Schneeballschlachten organisiert“ schrieb er 1944 an seine Eltern (Kain 1944a). Wie zuhause im Salzkammergut war er während eines mehrmonatigen Zwischenaufenthalts im Camp Stark als Holzfäller eingesetzt, eine Arbeit, die ihm zusagte: „Ich arbeite im Wald und habe dort dieser Tage einmal Frauenschuhe gefunden. Allerdings sind sie hier rot, nicht gelb wie bei uns. Auch gibt es hier altherhand Wild und wir haben schon einmal ein Stachel-



Abb. 3. Das ehemalige Kulturzentrum von Fort Devens im historischen Distrikt des Lagers. Foto Marion Hussong, 2009.

schwein gefangen. Junge Eichhörnchen haben wir im Lager großgezogen“ (Kain 1944c). Auch das Lagerleben war erträglicher: Die interne Organisation von Anti-Nazi Lagern wie Devens und Stark war nach demokratischen Prinzipien geregelt. Hitlergruß und militärisches Gebaren waren verpönt (Haase 1999, 17. Koop, 45-47. 72). Die Häftlinge entwarfen antifaschistische Plakate, Appelle und Aufklärungsschriften und publizierten eine ambitionierte, künstlerisch anspruchsvolle Zeitschrift mit dem Titel PW²², die in einer Auflage von 3000 Exemplaren von Februar bis Oktober 1945 alle zwei Wochen erschien und in Kriegsgefangenenlagern in ganz Amerika verteilt wurde (Haase 2000. Wehdeking, 42). Im Februar 1945 verfassten die POWs von Fort Devens einen Appell an Deutschland, die Waffen zu strecken, der von über tausend POWs unterzeichnet und Anfang April von amerikanischen

Radiosendern in Europa ausgestrahlt wurde (Haase 2000). Man inszenierte Theaterstücke, nahm an Musikabenden des Lagerorchesters teil und sah Filmvorführungen im Kulturzentrum des Lagers (Abb. 3). Am

bot, aus ihren Werken zu lesen. Der Sänger Kurt Neukirchner, der maßgebend an der Kulturarbeit in Devens beteiligt war, schrieb in seinen Memoiren über Kains Erfolg: „... die gemeinsame Veranstaltung mit Franz

Kain stellte einen Höhepunkt alles bisher Gebotenen dar. . . . Er verdiente den größten Beifall des Abends“ (Neukirchner, 96-97).

In Fort Devens konnten viele unter den jüngeren Kriegsgefangenen ihre unterbrochene Bildung fortsetzen. Franz Kain war ein typischer Fall: Wirtschaftliche Not und Verfolgung hatten seine Schulzeit vorzeitig beendet. Als Autodidakt hatte er im Zuchthaus gelesen, was an Büchern in den Gefängnisbibliotheken zu bekommen war, doch die Auswahl war begrenzt und eklektisch. Nun bot sich die erste Gelegenheit seit Jahren zum intellektuellen Gedankenaustausch. Die Volkshochschule des Lagers, geführt von älteren POWs, unter denen sich Universitätsprofessoren, Gymnasiallehrer und Berufslehrer befanden, bot eine erstaunliche Auswahl an Bildungsmöglichkeiten. Eine überlieferte Wochenliste zeigt ein beeindruckendes Angebot an Seminaren (Krammer, 66).²³ Auch amerikanische Hochschulprofessoren gaben Vorlesungen: Im Frühjahr 1945 kam sogar ein Professor der Harvard Universität nach Fort Devens, um ein Seminar zur amerikanischen Literatur und Geschichte zu halten (Wehdeking, 43). Die Gefangenen durften amerikanische Zeitungen abonnieren, wobei die New York Times und der deutschsprachige New York Staatsanzeiger und Herold besonders beliebt waren. Die Lagerbibliothek hatte einen Bestand von 2618 Büchern, darunter viele Werke deutschsprachiger Emigranten (Heath, Tulatz). Ausgehungert

„stürzte“ sich der Taubenmarkt Erzähler auf „die Brüder Thomas und Heinrich Mann, Alfred und Robert

Neumann und Manfred Hausmann“ (T, 227) und arbeitete an der Zeitschrift PW mit. Das intellektuelle Engagement der Gefangenen ist beachtlich, wenn man bedenkt, dass in Fort Devens täglich 8 bis 12 Stunden



Abb. 4. Die Lagerzeitschrift von Fort Devens, PW, mit einer Titelgrafik von Bodo Gerstenberg. Archiv Margit Kain.

14. Januar 1945 veranstaltete Fort Devens einen Kulturabend mit dem Titel „Das andere Deutschland“ (Haase 2000. Haase 1999, 16), der Musik und Dichtung von POWs vorstellte und ihnen die Möglichkeit

lang körperliche Arbeit verrichtet wurde. Ein glücklicher Zufall bescherte Franz Kain einige Monate Dienst als Heizer. Die Arbeit im Heizraum war relativ leicht: War der Ofen erst warm, gab es immer wieder Mußbestunden, die dem angehenden Dichter das boten, was er sich am meisten wünschte: Zeit zum Lesen und Ruhe und Einsamkeit zum Schreiben (T, 226). Für die nötige Inspiration sorgte ein Heimwerkerprojekt: Kain schrieb im Heizkeller nicht nur Gedichte sondern richtete nebenher auch eine lukrative Schnapsbrennerei ein (T, 227).²⁴ Es dürften glückliche Wochen gewesen sein: „In den Heizräumen des Lagers Fort Devens in Massachusetts begann eigentlich das zweite, das literarische Leben des Gebirgsbauern Damasus“ (T, 226) schreibt der Erzähler zufrieden, doch wie es so geht im Leben: „Die Herrlichkeit in den Heizräumen nahm . . . ein jähes Ende, als die geheime Schnapsbrennerei auf-flog“, ausgerechnet deshalb, weil einer der „Kunden“, ein amerikanischer Soldat, betrunken im Dienst erschienen war (T, 227).

Für die Zeitschrift PW schrieb Franz Kain Gedichte, Feuilletons und Analysen zur politischen Geschichte Österreichs. Neben der Zeitschrift „Der Ruf“, die im Lager Fort Kearney von Hans Werner Richter, Alfred Andersch und Walter Kolbenhoff (1908-1993) herausgegeben wurde, war der PW das wichtigste antifaschistische Kriegsgefangenenjournal in Amerika. Volker Wehdeking bescheinigt dem Blatt faktische Genauigkeit und sachliche Berichterstattung (Wehdeking, 42). Der Ansatz der Zeitschrift war pazifistisch und proklamierte die Existenz eines „anderen Deutschlands“, das sich kritisch mit dem Hitlerstaat und seinen Verbrechen auseinandersetzte (Haase 1999, 16), an die Opfer und den Widerstand erinnerte und für eine politische Neuorientierung Europas im demokratischen Sinn plädierte. PW veröffentlichte Analysen zur Zeitgeschichte, literaturkritische Essays, Erlebnisberichte, Plädoyers, Leserbriefe und Karikaturen, war sich aber auch der ästhetischen Krise der deutschen Kultur nach zwölf Jahren Ausbeutung durch das Dritte Reich bewusst. Man orientierte sich an Schiller, dem Jungen Deutschland und der Avantgarde der Weimarer Republik. Jede Ausgabe des PW enthielt künstlerische Beiträge von POWs, darunter Kurzprosa, Lyrik und die anspruchsvollen Titelgrafiken von Bodo Gerstenberg (1916-1991)²⁵, der sich an der Tradition pazifistischer deutscher Künstler wie Otto Dix (1891-1969) und Käthe Kollwitz (1867-1945) orientierte (Abb. 4). Die Qualität der literarischen Arbeiten der Zeitschrift schwankte. Wehdeking kritisiert, dass vor allem manche Lyrik-Beiträge in ihrer pathetischen und didaktischen Überfrachtung erkennen liessen, dass einige PW Autoren noch unge-

übte Leser und Schreiber waren (Wehdeking, 53). Wehdeking's Einschätzung trifft auch auf Franz Kain's Lyrik der Kriegsjahre zu. Doch seine besten Gedichte aus dieser Zeit zeigen bereits die für den reifen Kain typische sprachliche Zurückhaltung. Im August 1945, als Amerika das Kriegsende im Pazifik feierte, reflektierte er den Freudentaumel aus der Sicht des isolierten Kriegsgefangenen:

Es war ein heißer Tag,
Der letzte des Krieges;
Harte Arbeit preßte uns in stumpfen Trott.
Erst in der Nacht läuteten im Land die Glocken.
Wir wußten, der Krieg ist aus.
Doch als wir durch das Dunkel spähten,
Durch den Stacheldraht,
Fragte es in uns:
Der Krieg ist aus –
Wann wird uns Frieden werden? (Kain 1945f)

Wie bereits im Gedicht „Einzug in ein französisches Dorf“ wird auch hier ohne Larmoyanz die Außenseiterperspektive vermittelt, mit der sich die antifaschistischen POWs auch nach dem Sieg der Alliierten identifizierten. Zwar empfanden sie das Kriegsende als Befreiung und nicht als Zusammenbruch, doch sie erlebten ihre Befreiung hinter Stacheldraht.

Gegen Kriegsende war Fort Devens so stark ausgelastet, dass wieder SS und andere hitlertreue POWs zusammen mit Anti-Nazis interniert wurden (T, 235). Unter ihnen waren auch „größere Gruppen von ganz jungen Gefangenen aus den Kämpfen in Frankreich... . Angehörige der sogenannten HJ-Divisionen“, die demoralisiert im Lager eintrafen (T, 235). An sie wandte sich Kain im März 1945 in einem PW Feuilleton mit dem Titel „An einen ehemaligen Hitlerjungen“ (Kain 1945c). Er setzt hier eine versöhnliche Geste und zieht Bilanz zur Situation der Jugend am Vorabend des Kriegsendes. Egal auf welcher Seite man politisch gestanden habe, seiner Generation sei die Jugend gestohlen worden. „Nun sind wir hier in Gefangenschaft und erfahren die gleiche Behandlung. . . . Manchmal sehe ich, dass du traurig bist und ich weiß warum. Ich will nicht in Schmerzen wühlen, die jemand überkommen, wenn er vor zertrümmerten Idealen steht“ (Kain 1945c). Der Aufsatz ruft zur ideologischen Umkehr auf und befürwortet bedingt eine Rehabilitierung der Hitlerjugend: „So verschieden unsere Wege auch waren, Du und ich, wir sind trotzdem die Zukunft. Aus dem Zusammenwirken unserer Kräfte wird das Werk entstehen: die Freiheit der Völker“ (Kain 1945c). Im PW-Essay „Österreichische Jugend und Republik“

argumentiert er allerdings, dass der Jugend im Dritten Reich die Fähigkeit zum unabhängigen und kritischen Denken abhanden gekommen sei und dass daher der Kern einer zukünftigen demokratischen Jugendbewegung von ehemaligen Kräften des Widerstands gestellt werden müsse (Kain 1945e).

Mit diesem Kern widerständischer Jugend identifizierte sich Kain zweifellos. Doch die Gefangenschaft in Übersee, die es unmöglich machte, aktiv in die politische Neuorientierung in Österreich und Deutschland einzugreifen, belastete die POWs. Auch die lange Dauer der Unfreiheit hinterließ ihre Spuren. Bei seiner Rückkehr nach Österreich hatte der knapp Vierundzwanzigjährige Kain fünf Jahre Freiheitsentzug hinter sich. Der Gedanke an die verlorene Jugend, ein Leitmotiv im Essay „An einen ehemaligen Hitlerjungen“, taucht auch in seinen Briefen auf, wenn Kain die „Monate und Jahre, die aus uns Jungen verbitterte Männer gemacht haben“ (Kain 1945b) beklagt. „Ich bin . . . manchmal recht niedergeschlagen, wenn die anderen Kameraden von ihren Liebsten Post bekommen. Es ist eben doch ein verdammtes Alter, wenn man dazu schon so lange gefangen ist“, schreibt er deprimiert über seine Jugendjahre, die er isoliert und ohne die Möglichkeit einer Liebesbeziehung verbringen musste (Kain 1944a). Und abgeklärt: „Ich muss oft lachen wenn Neue klagen über die lange Dauer der Gefangenschaft. Was wissen die von harter Gefangenschaft?“ (Kain 1945d). In den Monaten vor und nach dem Kriegsende wirkt er müde: „Ich bin seit einigen Tagen etwas kränklich, es sind die Nerven, da hilft keine Pille dagegen“ (Kain 1944sd), schreibt er seinen Eltern und sorgt sich über seinen psychischen Zustand: Er habe „manchmal Angst, wie das alles mit der Gesundheit sein wird. Man hat ja doch jahrelang buchstäblich in einer fieberhaften Anspannung gelebt“ (Kain 1945d). Auch die Gewaltverbrechen die er im Dritten Reich mit ansehen mußte, dürften ihn belastet haben. Kurz nach dem Kriegsende in Europa, als die deutsche Zensur endlich wegfiel, traute sich Kain erstmals, ausführlicher über die Gräueltaten der 999er-Führung zu berichten: „ . . . wie oft wir dort zusehen mussten, wenn einer mit verbundenen Augen an den Pfahl gestellt wurde! Am Gründonnerstag 1943 waren es fünf auf einmal“ (Kain 1945b). Hans-Peter Klauschs Buch bestätigt, wie traumatisch gerade diese Hinrichtung in Nordafrika am Osterwochenende 1943 für die Anwesenden gewesen sein musste. Die Exekution wurde absichtlich vor den versammelten Truppen in die Länge gezogen: „Keiner, der das miterlebt hat, wird dieses Verbrechen vergessen können“ zitiert Klausch einen Augenzeugen (Klausch, 115).²⁶

Ob Franz Kain in der amerikanischen Gefangenschaft an posttraumatischen Belastungsstörungen oder Depressionen litt, sei dahingestellt. Fest steht, dass seine Briefe in den letzten Monaten der Gefangenschaft manchmal pessimistisch klingen und dass er als Schriftsteller nach anfänglichen Erfolgen in Fort Devens einen empfindlichen Rückschlag einstecken musste: Im Lager Fort Kearney in Rhode Island, wo er kurz vor seiner Rückkehr nach Europa interniert war, wurde ihm bewusst, dass auch unter linken Intellektuellen Dünkel und Opportunismus an der Tagesordnung waren. Sein Angebot, bei der Zeitschrift „Der Ruf“ mitzuarbeiten, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass er von Beruf Holzarbeiter sei und „Der Ruf“ nur „erprobte Fachleute“ in die Redaktion aufnehmen (T, 257-258). Erge Greulichs Schlüsselroman „Amerikanische Odyssee“ (1965) greift die Episode auf, um anhand der Zurückweisung Kains die Arroganz und den Opportunismus der Ruf-Redakteure darzustellen. Sie durften im Herbst 1945 mit ihrer baldigen Freilassung rechnen und versuchten daher, sich mit Hilfe der Amerikaner Positionen im literarischen und journalistischen Leben des besetzten Deutschland zu sichern. Greulich chiffriert den Chefredakteur Hans-Werner Richter mit dem unschmeichelhaften Namen „Zickler“, Walter Kolbenhoff tritt als „Dalbenhaff“ auf und Franz Kain ist unschwer in „Franz Abel“ zu erkennen, der „schon als Halbwüchsiger zum proletarischen Widerstand gekommen war“ und „bereits Zuchthaus und Strafdivision 999 hinter sich hatte“ (Greulich 1965, 319). Richter kommt bei Greulich nicht gut weg. Er wird als Opportunist dargestellt, dem die eigene Stellung in der Redaktion und bei den amerikanischen Militärs wichtiger ist als Kollegialität und die Qualität der Zeitschrift. Als ein Mitgefangener Franz Abel fragt, ob Zickler dessen Bewerbung beim Ruf bei den Amerikanern befürwortet habe, erwidert dieser: „Der?. . . Der kommt vor lauter Freundlichkeit nicht dazu, Anliegen weiterzugeben“ (Greulich 1965, 328).

Das politische Klima in den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern spiegelte nach Kriegsende die Lage in Europa (Haase 2000): Die Nazis zogen sich aus der Lageröffentlichkeit zurück (Koop, 72) und zwischen Österreichern und Deutschen begann sich eine Kluft zu bilden. Franz Kain schwamm wie immer gegen den Strom. Er hielt nichts von dem plötzlich erstarkten nationalen Selbstbewusstsein der österreichischen POWs, die sich nun von den Deutschen abgrenzen wollten. Der Taubenmarkt-Protagonist Damasus misstraut „Lösungen wie ‚rot-weiß-rot bis in den Tod‘, weil sie ihm angesichts der jüngsten Vergangenheit um einige Nummern zu groß schienen“ (T, 253) und reflektiert:

„Gerade in den amerikanischen Jahren hat er erfahren müssen, dass die Geburt eines nationalen Selbstbewusstseins bei denen, die es bisher nicht hatten, ein oft gewalttätiger und andere beleidigender Vorgang ist. Es gibt einen Beute-Nationalismus, der gerne dort aus- und durchschlägt, wo es vermeintlich etwas zu erben gilt. Das schien bei der Konkursmasse des Dritten Reiches der Fall zu sein. War man nicht etwa das erste von Hitler überfallene Land und war das nicht schon Grund genug für eine kräftige Wiedergutmachung?

Dass auch die Mittäterschaft ihre harten Konsequenzen haben würde, das war damals für viele 'kein Thema'". (T, 253).

Diese Gedanken bilden den Kern von Franz Kains späterem literarischem Programm. Sie liefern das Gerüst für bahnbrechende Novellen wie „Maria-Lichtmess-Nacht“ und „Serbenlinde und Hollandtulpen“, die die österreichische Kollaboration an den Massenmorden von Mauthausen thematisieren und für die epischen Romane „Der Föhn bricht ein“ und „Auf dem Taubenmarkt“, die die politische Entwicklung in Österreich vor, während und nach der Hitlerzeit erfassen. Der Bogen spannt sich zu Kains Gemeinderatsrede, Essays und zu Texten wie „Das Ende der ewigen Ruh“, die die Mentalität der Verdrängung in der Zweiten Republik behandeln. Kains frühe Biographie und die ersten literarischen Versuche und Tagebücher aus der Zeit der Verfolgung und Gefangenschaft zeigen, dass diese Thematik schon damals im Zentrum seines Denkens stand.

Die Jahre von der ersten Haftstrafe bis zur Rückkehr aus Amerika formten Franz Kains Selbstbild als Außenseiter. Die Gefangenschaft in den USA mit ihrer Marginalisierung deutscher und österreichischer Widerstandskämpfer dürfte zu dieser Identifikation beigetragen haben: „Gefangenschaften hinterlassen keine Harmonie“ (T, 261) zieht Damasus auf der Heimreise nach Europa Bilanz, als er in der Eisenbahn auf dem Weg zum New Yorker Hafen die amerikanische Landschaft an sich vorüberziehen lässt:

„Es kam der Abschied von einem Land mit großen Reichtümern, aber auch von einem ohne Frühling und Herbst. Die ausgezehnten Felder im inzwischen verkommenen Königreich der Baumwollfürsten werden ebenso in seinem Gedächtnis bleiben wie die großen Städte aus Stein, die kleineren aus Holz und die zerfallenden Hütten der Farbigen. . . Er wird, zurückgekehrt ins alte Europa, oft an Amerika denken müssen und immer wird es mit Zwiespalt im Herzen sein“. (T, 261)

Als Franz Kain im Frühjahr 1946 in Europa ankam, waren die Grundsteine der Zweiten Republik gelegt.

Die Entwicklung entsprach keineswegs der Vision die sich der junge „Revoluzzer“ gemacht hatte: „Am Ende des Krieges kommt die Revolution, da konnte es doch keinen Zweifel geben“ (Kain 1994), hatte er seinerzeit prophezeit und für alle Fälle eine Pistole beiseite gelegt, die er im Salzkammergut einem Wilderer abgekauft hatte. Nach all den Jahren lag die Pistole bei seiner Rückkehr immer noch in ihrem Versteck: „Freilich, zu dem angenommenen Zweck konnte ich sie nicht gebrauchen“, schmunzelte Kain später (Kain 1994). Statt mit der Waffe zu kämpfen, machte er es sich zur Aufgabe, als Schriftsteller Geschichte in Geschichten umzusetzen (Kain 2003b, 89-90). Zu seiner Rolle als Außenseiter und Querdenker bekannte er sich: „Die Fortschrittsleistungen der Menschheit wurden nur durch Widerborstige erbracht, auf allen Gebieten“, stellte er fest. „Man erfährt einfach mehr und wird stärker, wenn man gegen den Strom schwimmt“ (Ratzenböck, 5).

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

- Kain, Franz (1942a) „Hunger“, unveröffentlichtes Gedicht, Archiv Margit Kain.
 —. (1942b) „Brief an die Eltern, Wels, 10. Mai“, Archiv Margit Kain.
 —. (1943a) „Einzug in ein französisches Dorf“, unveröffentlichtes Gedicht, Archiv Margit Kain.
 —. (1943b) „Brief an die Eltern, Nordafrika, 9. April“, Archiv Margit Kain.
 —. (1943c) „Brief an die Eltern, Camp McCain/Mississippi, 21. August“, Archiv Margit Kain.
 —. (1944a) „Brief an die Eltern, Fort Devens/Massachusetts, 23. März“, Archiv Margit Kain.
 —. (1944b) „Brief an die Eltern, Fort Devens/Massachusetts, 24. April“, Archiv Margit Kain.
 —. (1944c) „Brief an die Eltern, Fort Devens/Massachusetts, 3. Juli“, Archiv Margit Kain.
 —. (1944d) „Brief an die Eltern, Fort Devens/Massachusetts, 20. November“, Archiv Margit Kain.
 —. (1945a) „Brief an die Eltern, Fort Devens/Massachusetts, 31. Januar“, Archiv Margit Kain.
 —. (1945b) „Brief an die Eltern, Fort Devens, Massachusetts, 31. März“, Archiv Margit Kain.
 —. (1945c), „An einen ehemaligen Hitlerjungen“, PW 3. 13.
 —. (1945d), „Brief an die Eltern, Fort Devens, Massachusetts, 22. April“, Archiv Margit Kain.
 —. (1945e) „Österreichische Jugend und Republik“, PW 13. Nicht paginiert.
 —. (1945f) „14. August 1945“, unveröffentlichtes Gedicht, Archiv Margit Kain.
 —. (1962a) „Der Föhn bricht ein. Epilog der ersten Niederschrift“, Unveröffentlichtes Manuskript, Archiv Margit Kain.
 —. (1962b) „Immer noch und schon wieder“, in: Der Föhn

- bricht ein. Berlin: Aufbau Verlag, 430-437.
- . (1963) "Zu dem Roman Der Föhn bricht ein", in: Die Buchgemeinde, Wien: Globusverlag, 13-14.
- . (1988) Das Ende der ewigen Ruh, Weitra: Bibliothek der Provinz.
- . (1989a) "Der Blinde", in: Der Schnee war warm und sanft, Weitra: Bibliothek der Provinz, 9-30.
- . (1989a) "Kaiser Franz Josef vor dem Volksgericht", in: Der Schnee war warm und sanft, Weitra: Bibliothek der Provinz, 47-57.
- . (1989b) "Nero, der in die Kälte ging", in: Im Brenneseldickicht, Weitra: Bibliothek der Provinz, 61-70.
- . (1992) "Autobiographie, Literatur oder Geschichtsschreibung – Vortrag an der Universität Innsbruck", unveröffentlichtes Manuskript, Archiv Margit Kain.
- . (1993) "Als der Föhn einbrach", in: Die Lawine, Weitra: Bibliothek der Provinz, 172-179.
- . (1994) "Rede in Salzburg Nonntal", Unveröffentlichtes Manuskript, Archiv Margit Kain.
- . (1995) Der Föhn bricht ein, Weitra: Bibliothek der Provinz.
- . (1996a) "Der Ochsenraub", in: Der Weg zum Ödensee, Weitra: Bibliothek der Provinz, 136-146.
- . (1996b) "Der Weg zum Ödensee", in: Der Weg zum Ödensee, Weitra: Bibliothek der Provinz, 157-197.
- . (1996c) "Maria-Lichtmess-Nacht", in: Der Weg zum Ödensee, Weitra: Bibliothek der Provinz, 147-156.
- . (1996d) "Von den Würgemalen", in: Der Weg zum Ödensee, Weitra: Bibliothek der Provinz, 198-200.
- . (2003a) Auf dem Taubenmarkt, Weitra: Bibliothek der Provinz. (Sigle T).
- . (2003b) "Vom Wagnis, Geschichten zu schreiben", in: Der Schnee war warm und sanft. Weitra: Bibliothek der Provinz.
- . (2009) "Serbenlinde und Hollandtulpen", in: glossen 28 www.dickinson.edu/glossen/heft28/Hussong-Glossen28/SerbenlindeHollandtulpen.htm

Sekundärliteratur

- Adam, Erik (1994) "Leben und Werk von Franz Kain", in Die Rampe. Hefte für Literatur 4, 67-76.
- Bauer, Josef Martin (1955) So weit die Füße tragen, München: Ehrenwirth.
- Berg, Horst (2000) "Memories of Fort Devens", unveröffentlichtes Manuskript, Fort Devens: Fort Devens Archiv.
- Biess, Frank (2006) Homecomings. Returning POWs and the Legacy of Defeat in Postwar Germany, Princeton: Princeton University Press.
- Carlson, Lewis und Norbert Haase (1999) Warten auf Freiheit. Deutsche und amerikanische Kriegsgefangene des Zweiten Weltkrieges erzählen, Berlin: Aufbau Verlag.
- "Der Rote Stifter erzählt" (1973) in: Vöcklabrucker Wochen-spiegel, 24. Juni.
- Dor, Milo (1988) Auf dem falschen Dampfer, Wien: Zsolnay.
- . (1992) Tote auf Urlaub, Salzburg: Otto Müller.
- . (1994) Die weiße Stadt, Salzburg: Otto Müller.
- Franzobel (2009) Hirschen, Weitra: Bibliothek der Provinz.

Greulich, Ernst Rudolf "Erge" (1949) Zum Heldentod begnadigt, Berlin: Verlag Lied der Zeit.

- . (1965) Amerikanische Odyssee, München: Deutscher Militärverlag.
- Haase, Norbert (1999) "Freiheit hinter Stacheldraht. Widerstand und Selbstbehauptung von deutschen Gegnern des NS-Regimes in westalliierten Kriegsgefangenenlagern", in: In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg, Hg. Rüdiger Overmanns, Wien: Böhlau, 413-440.
- . (2002) "Anti-Nazi Prisoners of War in American Prison Camps: The Example of Fort Devens, Massachusetts", in: Traces, www.traces.org/2002conference.nhaase.html
- Heath, Burton (1945) "Nazi POWs Live Comfortable Lives in Contrast to Yanks' Lot in the Reich", in: Ada Evening News, 6. Mai.
- Hussong, Marion (2000a) Der Nationalsozialismus im österreichischen Roman 1945-1969. Tübingen: Stauffenburg.
- . (2000b) "Weiße Flecken auf der literaturgeschichtlichen Landkarte: Vergangenheitsbewältigung und österreichische Gegenwartsliteratur", in: Germanic Notes and Review 31, 2-13.
- Kammerstätter, Peter (1977) Materialsammlung über die Widerstands- und Partisanenbewegung "Willy-Fred Freiheitsbewegung" im oberen Salzkammergut, Linz: Stadtarchiv.
- . (1980) Niederländer-Holländer in Mauthausen, Österreich, Wien; Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen, nicht paginiert.
- Kienesberger, Klaus (2008) Unsichtbar Widerständiges im Salzkammergut, Wien: Czernin.
- Klausch, Hans-Peter (1986) Die 999er. Von der Brigade "Z" zur Afrika-Division 999: Die Bewährungsbataillone und ihr Anteil am antifaschistischen Widerstand, Frankfurt: Röderberg.
- Koop, Allen V. (1988) Stark Decency. German Prisoners of War in a New England Village, Hanover: University Press of New England.
- Krammer, Arnold (1996) Nazi Prisoners of War in America, Lanham: Scarborough House.
- Mársalek, Hans (1980) Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, Wien: Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen, nicht paginiert.
- Neukirchner, Kurt (2004) Jenseits des Mississippi und diesseits des Fortschritts, Berlin: edition ost.
- Pittertschatscher, Alfred (1998) "Franz Kains erster Todestag. Rede in Bad Goisern", unveröffentlichtes Manuskript, Archiv Margit Kain.
- "Prisoners of War Aid our Farmers" (1944) in: New York Times, 22. Oktober.
- "Protokoll Ziereis", Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (2721). <http://www.mauthausen-memorial.gv.at/Geschichte/05.03.Ziereis-Protokoll.html>.
- Quatember, Wolfgang (2008) "Franz Kain – Ein widerständiges Leben". In: Unsichtbar Widerständiges im Salzkammergut. Wien: Czernin Verlag. 110-117.
- Reichart, Elisabeth (1995) Februarschatten. Salzburg; Otto Müller.

Ratzenböck Peter, Gespräch mit Franz Kain in „Mühlviertler Heimatblätter“ (Heft 1/1982)
 Robin, Ron (1995) *The Barbed-Wire College: Reeducating German Prisoners of War in the United States During World War II*, Princeton: Princeton University Press.
 „Tradition gegen den Strich gebürstet“ (1988) in Börsenblatt für den deutschen Buchhandel. 484.
 Trautmann, Klaus (1997) „Good Times Behind Barbed Wire in Fort Devens“, unveröffentlichtes Manuskript, Fort Devens: Fort Devens Archiv.
 Tulatz, Claus (1993) „Exil hinter Stacheldraht. Die Vorbereitung politischer 999er in amerikanischer Kriegsgefangenschaft auf die Nachkriegszeit am Beispiel Fort Devens“, unveröffentlichtes Manuskript, Linz: Stadtarchiv, nicht paginiert.
 Wehdeking, Volker (1971) *Der Nullpunkt. Über die Konstituierung der Nachkriegsliteratur in den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern*. Stuttgart: Metzler.

Anmerkungen

1 Ratzenböck Peter, Gespräch mit Franz Kain in „Mühlviertler Heimatblätter“ (Heft 1/1982), 5.
 2 Zu diesen Autoren gehörten unter anderen auch Ilse Aichinger (geb. 1921), Milo Dor (1923-2005), Erich Fried (1921-1988), Gerhard Fritsch (1924-1969), Michael Guttenbrunner (1919-2004) und Hans Lebert (1919-1993). Vgl. Hussong 200a, 97-102.
 3 Ein Begleitband zur Stobler Ausstellung von Klaus Kienesberger, *Unsichtbar Widerständiges im Salzkammergut*, erschien im Wiener Czernin Verlag (2008).
 4 Zu Kains Erzähltechnik: Marion Hussong 2000b, 2-13.
 5 Auf dem Taubenmarkt, 121. Zitate aus *Auf dem Taubenmarkt* sind fortan mit der Sigle T gekennzeichnet.
 6 Über das Netzwerk von Hilfeleistungen im oberösterreichischen Widerstand informieren ausführlich Kienesberger 2008, 94-109 und Kammerstätter 1977, 25-74. 346-349. 463-466.
 7 Die Zeit im Berliner Gefängnis behandelt die 1988 entstandene Erzählung „Kaiser Franz Joseph vor dem Volksgericht“ (Kain, 1989b).
 8 „Protokoll Ziereis“.
 9 T, 225.
 10 Für den vollständigen Text des Liedes „Wir lagen westlich von Kairoan“ siehe Klausch, 1.
 11 Vgl. Klausch, 91: „Auch bei späteren Transporten fehlten die vorgeschriebenen Schwimmwesten. Hinweise von Angehörigen der Afrika-Division 999 wurden ebenso wie der mutige, kaum verhüllte Protest eines Piloten gegen das Fehlen dieser selbstverständlichen Sicherheitsmaßnahmen von fanatischen Durchhalteoffizieren der Luftwaffe (die selbst nicht mitfliegen mussten) zurückgewiesen, 'um Afrika die nötigen Reserven zuzuführen'“.
 12 Vgl. Quatember 115.
 13 T, 261.
 14 Zwei Texte Kains, der Taubenmarkt-Roman und die 1970 entstandene Erzählung „Nero, der in die Kälte ging“ (Kain, 1989b) behandeln das Thema der amerikanischen Kriegsgefangenschaft. Hier wird nur auf den Roman eingegangen.
 15 Vgl. Carlson/Haase, 155. Haase 1999, 416.
 16 Vgl. Carlson/Haase, 166.

17 Zur Definition des Begriffs „Anti-Nazi“ zitiert Haase (2002) eine Proklamation antifaschistischer POWs: „Ein Anti-Nazi ist, wer aus Überzeugung den Nazismus ablehnt und diese Überzeugung offen zur Schau trägt. Anti-Nazis haben vor und nach der Machtergreifung durch Hitler gegen die Weltanschauung des Nazismus und dessen politische Gewaltlehren gekämpft“.
 18 Zu Femegerichten und Misshandlungen antifaschistischer POWs durch deutsche Mitgefangene: Carlson und Haase, 177-183. Zum Hitlergruß in den Lagern: Haase 2002.
 19 Franz Kain war in den antifaschistischen Lagern Camp McCain in Mississippi, Fort Devens in Massachusetts, Camp Stark in New Hampshire und Fort Kearney in Rhode Island interniert.
 20 Vgl. Heath. Ebenso: „Prisoners of War Aid Our Farmers“: „The prisoners get 80 cents a day, payable only in canteen checks, not cash“.
 21 Zur Verpflegung im Lager Devens vgl. Berg. Ebenso: Trautmann.
 22 Der Titel der Zeitschrift ist eine Abkürzung für „Prisoner of War“. Kriegsgefangene in den Vereinigten Staaten trugen Uniformen, die mit den Buchstaben „PW“ bedruckt waren.
 23 Die überlieferte Aufstellung listet innerhalb einer Woche folgende Kurse auf: Englisch (22 Kurse), Französisch (2 Kurse), Spanisch (2 Kurse), Russisch (2 Kurse), Physik (1 Kurs), Anorganische Chemie (1 Kurs), Organische Chemie (1 Kurs), Algebra (2 Kurse), Differentialrechnung (1 Kurs), Integralrechnung (1 Kurs), Statik (2 Kurse), Ingenieurbau (2 Kurse), Technisches Zeichnen (1 Kurs), Malen und Zeichnen (2 Kurse), Kunstgeschichte (1 Kurs), und Business Law (1 Kurs in englischer Sprache).
 24 In den meisten amerikanischen Kriegsgefangenenlagern gab es solch heimliche Schnapsbrennereien: vgl. Kramer, 71-72.
 25 Der Grafiker Bodo Gerstenberg war nach 1933 Mitglied der illegalen KPD, verbrachte die Jahre 1930 bis 1940 im Zuchthaus in Brandenburg und wurde 1942 in die Strafdivision 999 eingezogen. In Fort Devens war er Mitglied der antistalinistischen „Plattform“ Gruppe.
 26 Die Erschießung wird auch im Taubenmarkt-Roman behandelt. T, 195.



Marion Hussong
 Associate Professor of Literature and Holocaust & Genocide Studies am Richard Stockton College of New Jersey
 Foto: ZME, M. Hussong am 29.10.2009 in Ebensee

Kreta – Deutsche Besatzung und Widerstand

Wolfgang Quatember

Wer aufmerksam und zeitgeschichtlich interessiert durch Kreta reist, wird in zahlreichen Städten, Dörfern und Klöstern Denkmäler und Gedenktafeln entdecken, die den Opfern des kretischen Widerstands gegen die deutsche Besatzung zwischen 1941 und 1945 gewidmet sind. Einer neueren Publikation¹ zufolge kamen im Freiheitskampf 8.575 Kreterinnen und Kreter ums Leben. Mindestens 20 Männer aus Kreta waren auch im KZ Ebensee inhaftiert.

Der Angriff auf Kreta

Trotz seiner strategischen Lage im östlichen Mittelmeer rechneten die in Kreta stationierten griechischen und britischen Streitkräfte nicht unmittelbar mit einem Angriff der deutschen Wehrmacht, sodass die Insel im Mai 1941 äußerst mangelhaft auf eine Verteidigung vorbereitet war. Bis auf 1.000 Soldaten waren alle griechischen Einheiten auf das Festland verlegt worden und die rund 14.000 wehrfähigen Kreter hatten kaum brauchbare Waffen, da auch diese bereits früher zur Verteidigung des Festlandes abgegeben werden mussten. Ende April 1941 wurden neuseeländische Truppen nach Kreta verlegt, deren Kommandeur Bernhard C. Freyberg jedoch vergeblich zusätzliche Verteidigungstruppen zur See und aus der Luft anforderte. Das Unternehmen „Mercury“ startete am 14. Mai 1941 mit schweren Bombenangriffen auf Flugplätze, Hafenanlagen und die größeren Städte Kretas. Im Morgenrauschen des 20. Mai griffen hunderte deutsche Bomber und Jagdflugzeuge an und setzten in der Folge Fallschirmjäger ab. Innerhalb von 12 Tagen war Kreta besetzt und die Alliierten flüchteten auf britischen Schiffen von der Südküste Kretas. Mehr als 5.000 Commonwealth Soldaten wurden gefangen genommen, einige flohen in die kretischen Berge und wurden von der Bevölkerung versteckt.

Der Widerstandskampf

General Kurt Student befahl sofort Vergeltungsmaßnahmen für die getöteten Fallschirmjäger und die Beteiligung der Kreter am Abwehrkampf. Erschießungen, Ausrottung der männlichen Bevölkerung ganzer Ortschaften und Niederbrennen von Dörfern sollten unter „Beiseitlassung aller Formalien u. unter bewusster



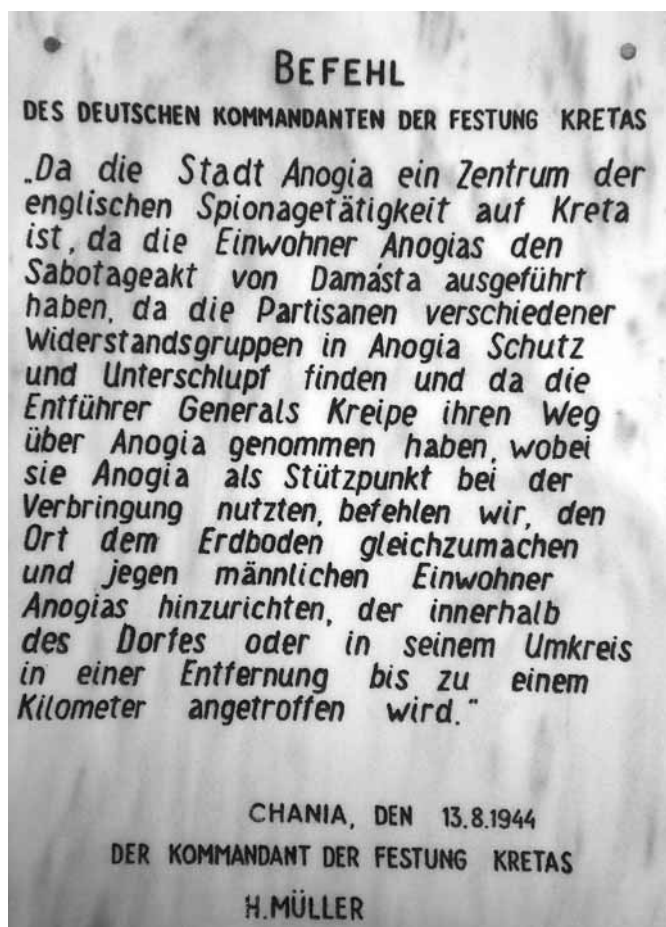
Denkmal für die Opfer des I. WK und des Widerstands im II. WK in der Stadt Anogia
Foto: Quatember

Ausschaltung von besonderen Gerichten“² erfolgen. Die folgenden Exekutionen erfolgten auf Anordnung Students in erster Linie durch jene Truppenteile, die von Widerstandsaktionen der Zivilbevölkerung betroffen waren. Die ersten Hinrichtungen der männlichen Zivilbevölkerung erfolgten in den Dörfern in der Umgebung von Chania: Kydonia, Vrysses, Perivolia, Kontomario, Sternes u.a. Die Exekution von 25 Männern des Dorfes Kontomario bei Malemes am 2. Juni 1941 wurde von einem Propagandaphotographen der Wehrmacht bildlich festgehalten. Die Männer zwischen 18 und 50 Jahren wurden willkürlich zusammengetrieben und von Fallschirmjägern des II. Batl./I. Sturmregiments unter dem Befehl von Oberleutnant Horst Trebes erschossen.

Ab dem 2. Juni 1941 bildeten sich in ganz Kreta im Wesentlichen von einander unabhängig agierende Widerstandsgruppen (Andartes = griech. Partisanen). Anführer waren unter anderen Manolis Bandouvas, Georgios Petrakogiorgis und Giannis Dramoundanis. Letzterer leitete die unabhängige Kampfgruppe im Dorf Anogia, wurde im Februar 1944 von der deutschen Besatzung hingerichtet und von Michalis Xylouris ersetzt. Das Hauptkampfmittel der Widerstandskämpfer

waren Sabotageaktionen vor allem an den Flugplätzen und Treibstofflagern, die in vielen Fällen gemeinsam mit britischen Soldaten ausgeführt wurden. Darüberhinaus griffen Widerstandskämpfer immer wieder deutsche Posten oder am Weg befindliche Kompanien an. Dabei kam ihnen die ausgezeichnete Ortskenntnis zugute. Die Angriffe erfolgten fast ausschließlich dort, wo Straßen und Wege durch Schluchten führten, sodass ein Entrinnen für die deutschen Truppen nahezu unmöglich war. Da die Widerstandskämpfer ihre Verstecke in den unzugänglichen Bergregionen eingerichtet hatten, richtete sich die Vergeltung gegen die Zivilbevölkerung. Nach einem Angriff auf deutsche Soldaten bei Kato Symi, der 70 Deutsche zum Opfer fielen, wurden am 14. September 1943 461 Zivilisten aus Dörfern zwischen Viannos und Ierapetra hingerichtet, die Häuser zerstört und geplündert. Ein Denkmal in Amiras erinnert an die Opfer. Es sind auch die kretischen Frauen, die sich am Widerstandskampf beteiligen. Manche kämpften an der Seite ihrer Männer mit der Waffe in der Hand, andere ver-

Auf einer Marmortafel am Rathaus von Anogia: Der Befehl Heinrich Müllers, der der Zerstörung Anogias und der Ermordung zahlreicher Ortsbewohner vorausging. Foto: Quatember



steckten und versorgten Widerstandskämpfer und alliierte Soldaten, überbrachten Botschaften und pflegten Verwundete. Frauen aus Kreta wurden wegen ihrer Beteiligung am Widerstand hingerichtet oder in nationalsozialistische Konzentrationslager verschleppt. Aber nicht nur die Zivilbevölkerung unterstützte die Widerstandskämpfer mit Nahrungsmitteln und gewährte Unterschlupf für Verfolgte, sondern auch die Geistlichen. Klöster boten hervorragende Verstecke vor allem für die zurückgebliebenen alliierten Soldaten. Vom Kloster Preveli aus, an der Südküste zwischen Plakias und Aghia Galini gelegen, gelang es im Juli und August 1941 alliierten Soldaten mit einem U-Boot an die afrikanische Küste zu fliehen. Die Mönche retteten das Leben von englischen, australischen und neuseeländischen Soldaten. An der Straße zum Kloster Preveli erinnert ein Denkmal bzw. innerhalb des Klosters eine Gedenktafel an den Widerstandskampf der Mönche.

Die Entführung des deutschen Generals Kreipe

Zu den spektakulärsten Unternehmen des kretischen Widerstands zählte die Entführung des deutschen Generals Heinrich Kreipe am 26. April 1944³. Ursprünglich planten britische Kommandos zusammen mit kretischen Widerstandskämpfern die Entführung des Generalmajors Friedrich Wilhelm Müller. Da Müller nach Frankreich abkommandiert wurde und Kreipe seine Stelle einnahm, geriet dieser ins Zentrum der Planung.

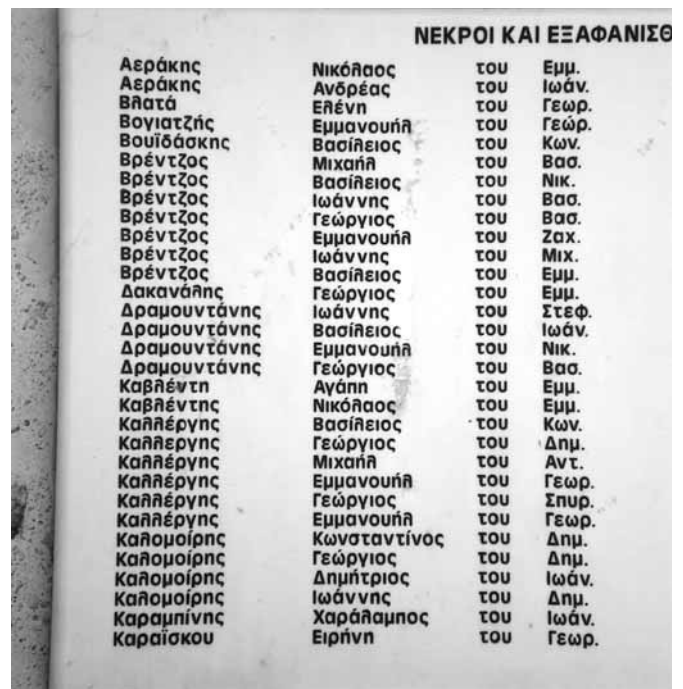
In der Villa „Ariadne“ in der Kleinstadt Archanes, etwa 15 Kilometer südlich von Heraklion, hatte Kreipe als Kommandant der Landstreitkräfte sein Hauptquartier und passierte nahezu täglich einen bestimmten Straßenabschnitt auf seinen Fahrten in die Hauptstadt und zurück. Geplant wurde die Aktion vom britischen „Special Operations Executive“ (SOE) in London. Patrick Leigh Fermor, britischer Major und Hauptmann William Stanley Moss waren die Hauptbeteiligten. Fermor sprang im Februar 1944 mit einem Fallschirm ab. Moss erreichte Anfang April 1944 per Schnellboot von der afrikanischen Küste aus Kreta. Durch Uniformen der deutschen Militärpolizei verkleidet, stoppten die beiden Briten die Limousine Kreipes und 10 bewaffnete Partisanen umstellten das Fahrzeug. Der General wurde gefesselt und mit seinem eigenen Fahrzeug vorbei an rund 20 deutschen Straßenposten, die die Limousine des Generals nicht anzuhalten wagten, weggebracht. 25 Kilometer westlich von Heraklion blieb das Fahrzeug mit einer Nachricht, der General sei entführt, zurück und die Entführer brachten den General zu Fuß in eine Höhle in der Nähe der Kreisstadt

Anogia, einem Zentrum des kretischen Widerstands am Fuß des Psiloritis. Sofort setzten die Briten einen Funkspruch nach Kairo ab, um das Gelingen der Aktion zu melden. Ein Torpedoschnellboot sollte die Briten mit General Kreipe zu gegebener Zeit an der Südküste an Bord nehmen und nach Kairo bringen. Inzwischen ließ der „Kommandant der Festung Kreta“ Bruno Bräuer deutsche Truppen das Gebiet um den Psiloritis, wo sich die Entführer mit Kreipe auch tatsächlich befanden, durchkämmen und von Flugzeugen Flugblätter abwerfen, worin er schärfste Vergeltungsmaßnahmen ankündigte. Trotzdem gelang es Fermon und Moss gemeinsam mit den kretischen Partisanen in einem 20-tägigen Fußmarsch, versteckt und versorgt vor allem von Mädchen und Burschen aus Dörfern (Fourfouras, Patso) des Amaribeckens, die als „ZiegenhüterInnen“ Nahrungsmittel in die Nähe der wechselnden Verstecke transportierten, die Südküste Kretas bei Rodakino zu erreichen. Am Morgen des 15. Mai 1944 bestiegen die beiden Briten und 6 Kreter mit Kreipe ein Schnellboot und erreichen nach Überwindung einer Strecke von ca. 470 Kilometer gegen Mitternacht Marsa Matruh in Ägypten. Heinrich Kreipe wurde als Kriegsgefangener zuerst nach London und später nach Kanada gebracht, 1947 jedoch freigelassen.

Deutsche Vergeltung- Die Zerstörung von Anogia und der Amaridörfer

Für die Bewohner Kretas war damit der Terror der Besatzer noch nicht beendet. Vielmehr kehrte General Friedrich Wilhelm Müller im Juli 1944 nach Kreta zurück und begann mit einer Vergeltungsaktion, welche die Zerstörung der Dörfer des Amaribeckens und Anogias zum Ziel hatte. Dahinter stand die Annahme, dass nur durch Unterstützung der Bewohner dieser Gegend um den Psiloritis Kreipes Entführung gelungen sein konnte. Am 13. August 1944 umringten 2.000 deutsche Soldaten Anogia und machten die Stadt dem Erdboden gleich. Da ein Angriff erwartet worden war, hatte sich die Mehrzahl der Bewohner in die Berge zurückgezogen, sodass der Mordaktion vor allem Alte und Kranke zum Opfer fielen, die nicht rechtzeitig fliehen konnten. Gleichzeitig wurde auch das in nördlicher Richtung gelegene Dorf Damasta zerstört und 40 Einwohner ermordet. Nur 9 Tage später, am 22. August folgten die Massaker an der männlichen Bevölkerung der Amaridörfer am Osthang des Kedrosberges: In Gerakari wurden 49 Männer ermordet, in Vrysses 29, in Kardaki 6, in Ano Meros 40, in Krya Vryssi 37 und in Saktouria 15 Männer.

Zwei Monate später verließ die deutsche Besatzungsmacht Athen und den noch in Kreta stationierten rund



Alphabetische Auflistung der Opfer am Denkmal von Anogia
Foto: Quatember

12.000 Soldaten und 4.700 italienischen Militärinterneerten war der Fluchtweg abgeschnitten. Interessantes Detail ist die Tatsache, dass es in der Folge zu einer sukzessiven Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Briten kam, eine Phase, die die Griechen „englisch-deutsche Besatzungszeit“ nannten. Wohl aus Sorge, den politisch linksgerichteten kretischen Partisanen könnten deutsche Waffenvorräte in die Hände fallen, ließen die Briten alle deutschen Waffen zerstören und im Meer versenken. Am 9. Mai 1945 unterzeichnete der deutsche Generalmajor Hans Benedek die bedingungslose Kapitulation. Erst Ende Juli verließen die letzten Deutschen Kreta in die britische Kriegsgefangenschaft nach Alexandria. Die Generäle Bräuer und Müller wurden wegen ihrer Kriegsverbrechen vor einem griechischen Gericht zum Tod verurteilt und am 20. Mai 1947 hingerichtet. Zahlreiche Widerstandskämpfer, in erster Linie der linksgerichteten ELAS (Griechische Volksbefreiungsarmee), Männer wie Frauen, waren im Zuge des griechischen Bürgerkrieges (1946-1949) als Regimegegner inhaftiert, verbannt oder zum Tod verurteilt worden.

Anmerkungen

- 1 George I. Panagiotakis, Dokumente zur Schlacht und zum Widerstand auf Kreta, Heraklion 2007, S. 31
- 2 Gen.Kdo. XI. Fliegerkorps, Der Kom.Gen., 31.5.1941, Bundesarchiv, BA-MA, RH 28-5-4b, Bl. 412f
- 3 G. Harokopos, Die Entführung von General Kreipe, Heraklion 2002

Die Rückstellung von „arisierten“ Liegenschaften in Bad Ischl

von Nina Höllinger

Allgemeines

Die Rückstellung von entzogenen oder im Zwangsverkauf abgegebenen jüdischen Vermögenswerten ist ein höchst komplexes Forschungsgebiet im Spannungsfeld der divergierenden alliierten und österreichischen Interessen. Nach der Niederlage des NS-Regimes stellte sich neben akuten Fragen der Nahrungsversorgung, Wiederaufbau, etc. rasch die Frage, wie der Vermögensentzug durch die Nationalsozialisten zu regeln sei. Die von den Alliierten bereits 1943 verfasste „Londoner Deklaration“ stellte fest, dass man sich die Nichtigkeitserklärung aller unter nationalsozialistischer Besetzung erzwungenen Vermögensübertragungen vorbehalten würde. Damit wurde auch definiert, dass die Vermögensentziehungen an den Juden und Jüdinnen Europas als nichtige Vermögensübertragungen anzusehen seien.¹

Die Haltung der Alliierten zu Österreich war insofern von Diskrepanzen geprägt, als die „Moskauer Deklaration“ von 1943 Österreich einerseits als das erste von Hitler-Deutschland besetzte Land bezeichnete, andererseits in derselben Deklaration auch die Mitverantwortung Österreichs am Krieg und den NS-Verbrechen dezidiert angesprochen wurde. Besonders die völkerrechtliche Lage Österreichs zwischen 1938 und 1945 wurde seit Kriegsbeginn diskutiert. Von Österreich wurde nach 1945 die Auffassung vertreten, dass der „Anschluss“ nicht den Untergang des Staates Österreich als Völkerrechtssubjekt bedeutet hat, somit eine Identität und Kontinuität zwischen der Republik Österreich 1945 mit dem Völkerrechtssubjekt Österreich vom 12. März 1938 besteht (Okkupation). Die Debatte, ob Österreich okkupiert oder annektiert worden sei, war auch für Restitutions- und Entschädigungsfragen von Bedeutung.²

Von Österreich wurde, Bezug nehmend auf die „Moskauer Deklaration“, es abgelehnt, für die NS-Verbrechen und den damit verbundenen Entschädigungsfragen Verantwortung zu übernehmen. Anders als in der späteren BRD wurde die Restitution entzogenen Eigentums oder auch die Entnazifizierung nicht von den Alliierten in die Wege geleitet, sondern

Österreich selbst sollte Konzepte und gesetzliche Grundlagen schaffen. Es gab aber lange keine konkreten Pläne, wie mit entzogenem Vermögen zu verfahren sei. SPÖ und KPÖ plädierten für die Gründung eines Restitutionsfonds. Dieser sollte aus entzogenem Vermögen gedeckt werden und statt der Wiederherstellung des Eigentumsrechts Zahlungen an NS-Opfer vorsehen, um den Geschädigten eine Existenzgründung und ökonomische Überlebensfähigkeit zu sichern. Diese Vorgehensweise wurde jedoch von den Alliierten abgelehnt, die sich eindeutig für die Restitution von Eigentum, entzogener Rechte, etc. aussprachen. Im Jänner 1946 wurde zwar eine Naturalrestitution angekündigt, doch Bewegung kam erst dann in die konkrete Rückstellungsgesetzgebung, als Österreich versuchte, die sowjetische Beschlagnahme von „Deutschem Eigentum“ im Osten Österreichs einzudämmen. Es wurde das „Nichtigkeitsgesetz“ vom 15.5.1946 erlassen und damit erstmals der Vermögensentzug der NS-Zeit für unrechtmäßig erklärt. Österreich stimmte den Prinzipien der „Londoner Deklaration“ zu und setzte damit ein wichtiges außenpolitisches Signal. Die Hoffnung der österreichischen Regierung mit diesem Gesetz auch die sowjetischen Beschlagnahmen abwehren zu können schlugen aber fehl. Praktische Bedeutung für die Rückstellung hatte das Gesetz allerdings nicht, denn es wurde festgehalten, dass die Art und Geltendmachung und der Umfang der Ansprüche erst durch ein weiteres Bundesgesetz geregelt werden würde. Um sich einen Überblick über den Umfang des entzogenen Eigentums zu schaffen, erließ die provisorische Staatsregierung schon am 10. Mai 1945 das Gesetz über die Erfassung „arisierten“ Vermögens. Es sah vor, dass jeder Inhaber eines während der NS-Zeit entzogenen Vermögens, dieses anzumelden hätte. Die zur Durchführung notwendige Verordnung trat allerdings erst im September 1946, aufgrund von Änderungswünschen der Alliierten, in Kraft. Eine vorsätzliche Unterlassung der Anmeldung wurde geahndet und konnte Haftstrafen nach sich ziehen.³ Von 1946 bis 1949 wurden schließlich insgesamt sieben Rückstellungsgesetze erlassen, wobei vor allem die ersten drei und besonders das Dritte Rückstellungsge-

setz von Bedeutung waren. Die Rückstellung blieb aber auf die Rückgabe von vorhandenem und auffindbarem Eigentum beschränkt. Entschädigungszahlungen für nicht mehr vorhandenes, zerstörtes oder aufgelöstes Vermögen wurden erst mit dem Staatsvertrag geleistet.

Die Rückstellungsgesetzgebung unter Bezugnahme auf Bad Ischler Liegenschaften

Das Erste Rückstellungsgesetz (Bundesgesetz vom 26. Juli 1946)

Das Erste Rückstellungsgesetz bezog sich auf die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befanden. Das Verfahren im Rahmen des Ersten Rückstellungsgesetzes gestaltete sich im Vergleich zu den anderen Verfahren relativ einfach. Der geschädigte Eigentümer musste bei der zuständigen Finanzlandesdirektion oder bei der Behörde, in deren Verwaltung sich das Vermögen befand, seinen Rückstellungsanspruch innerhalb eines Jahres anmelden und glaubhaft machen. Nach achtmaliger Verlängerung lief die generelle Anmeldefrist mit 30. November 1952 aus. Wurde für Vermögen kein Rückstellungsanspruch gestellt, übernahm das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung das Vermögen in gesonderte Verwaltung.⁴ In Bad Ischl sind von den insgesamt 98 entzogenen Liegenschaften bzw. Liegenschaftsanteilen sechs Liegenschaften nach dem Ersten Rückstellungsgesetz restituiert worden. Hedwig Remi, die ein Wohnhaus in Bad Ischl/Kaltenbach besaß, wurde im Mai 1942 nach Theresienstadt deportiert und mit 8.5.1945 für tot erklärt. Ihre Liegenschaft stand seit Mai 1940 unter der Treuhänderschaft von Wilhelm Haenel, dem „Arisierungskommissär“ von Bad Ischl, mit 17.1.1943 beschlagnahmte die Geheime Staatspolizei ihren Besitz und mit 25.8.1944 wurde die Liegenschaft der Kreis selbstverwaltung (Landrat)/Gmunden einverleibt. Hedwig Remis Tochter und Erbin, die in die USA emigriert war, stellte bei der Finanzlandesdirektion Linz ein Rückstellungsansuchen und erhielt mit 25.12.1948 die Liegenschaft zurück.

Das Zweite Rückstellungsgesetz (Bundesgesetz vom 6. Februar 1947)

Das Zweite Rückstellungsgesetz befasste sich mit der Restitution von Vermögen, welches sich nunmehr im Eigentum der Republik Österreich befand und vorher NS-Vermögen dargestellt hatte. Auch bei diesen Rückstellungsverfahren waren die Finanzlandesdirektionen zuständig. Gegenstand der Rückstellung bildete hier auch jenes Vermögen, das Nationalsozialisten zuvor an

sich gebracht hatten und im Rahmen der Entnazifizierungsbestimmungen an den österreichischen Staat gefallen war.⁵

In Bad Ischl wurden fünf Liegenschaften nach dem Zweiten Rückstellungsgesetz restituiert. David Goldmann, Wollwarenindustrieller aus Wien und Besitzer der Villa „Lilly“ in Bad Ischl, konnte 1940 über Prag und London in die USA flüchten. Seine Liegenschaft wurde ab Mai 1940 von Wilhelm Haenel verwaltet, von der Geheimen Staatspolizei im August 1940 beschlagnahmt und gleichzeitig das Eigentumsrecht der Reichsfinanzverwaltung zugesprochen. Von 1943 bis Kriegsende besaß die NSDAP das Eigentumsrecht. Durch ein Rückstellungsverfahren bei der Finanzlandesdirektion Wien erhielt David Goldmann mit 3.12.1947 seine Liegenschaft in Bad Ischl zurück.⁶ Die vier anderen Liegenschaften, welche in Bad Ischl mittels Zweiten Rückstellungsgesetzes restituiert wurden, betrafen die Besitzungen von Lucy Spiegl-Bonhay. Ihr gehörten die Villa „Rothstein“ und weitere Liegenschaften in Kaltenbach. Durch Zwangsverkauf erwarb der Reichsgau Oberdonau im Dezember 1938 die Liegenschaften und verkaufte diese ein Jahr später an den



Villa „Rothstein“

Foto: ZME

Nationalsozialistischen Lehrerbund Bayreuth weiter. 1945 ging das Eigentumsrecht an die Republik Österreich über. Lucy Spiegl-Bonhay meldete ihren Anspruch auf die Besitzungen bei der Finanzlandesdirektion Linz an und mit Bescheid vom 24.2.1949 wurde ihr das Eigentumsrecht zugesprochen. Das Bundesministerium für Finanzen legte aber Berufung ein, weshalb das Eigentumsrecht auf das „eines öffentlichen Verwalters“ eingeschränkt wurde. Die Beschränkung des Eigentumsrechts wurde erst aufgehoben, als die Besitzerin einen Vergleich mit der Republik schließen konnte.

Lucy Spiegl-Bonhay zahlte an die Republik 120.000,- Schilling für Aufwendungen (z.B.: Instandsetzungskosten, Liegenschaftssteuern, etc.) und erhielt erst dann alle Liegenschaften zurück.⁷ Die in den Rückstellungsverfahren geschlossenen Vergleiche zeichnen oft ein Bild der Ungerechtigkeit, wenn man bedenkt, dass der Geschädigte zuerst seine Liegenschaft unter Zwang und Verfolgungsdruck verkaufen musste, vom Verkaufspreis (nach Abzug der Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe) kaum Geld erhielt und nun im Rückstellungsverfahren wieder finanziellen Forderungen gegenüberstand.

Das Dritte Rückstellungsgesetz (Bundesgesetz vom 6. Februar 1947)

Das Dritte Rückstellungsgesetz befasste sich ganz allgemein mit Vermögen, welches während der NS-Zeit entzogen worden war, und sich jetzt in der Hand von Einzelpersonen, Firmen oder Institutionen befand. In diesen Fällen musste ein Antrag auf Rückstellung bei der Rückstellungskommission der Landesgerichte für Zivilrechtssachen eingebracht werden. Verfahren nach dem Dritten Rückstellungsgesetz wurden am häufigsten eingebracht, auch in Bad Ischl. Da sich dieses Gesetz mit der Mehrzahl der Fälle von entzogenem Vermögen auseinandersetzte, wurde es von bestimmten politischen Kreisen, etwa dem „Verband der Unabhängigen“ (VdU) und Teilen der Wirtschaft bekämpft und versucht, die Stellung der geschädigten Eigentümer im Gesetz zu verschlechtern.⁸

Im Gesetz wurde einerseits ein ausführliches Regelwerk aufgestellt und Details genau behandelt, andererseits gab es unklare Formulierungen, die der Rückstellungskommission einen Spielraum ermöglichten, welcher mehrheitlich zu Lasten der Geschädigten ausgelegt wurde. Antragsfristen und deren unübersichtliche Verlängerungen um unterschiedliche Zeiträume erschwerten die Antragstellung und das Verfahren. Auch die Vererbbarkeit der Rückstellungsansprüche blieb beschränkt und wurde damit gerechtfertigt, dass man keine entfernt verwandten Erben entschädigen wolle. Erbloses Vermögen sollten neu eingerichtete staatliche Organisationen erhalten, um jene Personen zu entschädigen, deren entzogenes Vermögen nicht mehr rückstellbar war. Die Rückstellungsverfahren nach dem Dritten Rückstellungsgesetz waren somit für die Opfer mit Hürden und Problemen verbunden. Hinzu kam, dass sich im Verfahren die Antragsteller mit dem „direkten Ariseur“ konfrontiert sahen.

Ansprüche von Mietern, Dienstnehmern, Urheber- und Patentrechteinhabern oder Ansprüche öffentlich-rechtlicher Natur wurden vom Dritten Rückstellungsgesetz

ausgenommen und teilweise in den folgenden Rückstellungsgesetzen behandelt. Besonders präzise wurde der Vermögensentzug definiert. Er wurde nur dann anerkannt, wenn der Eigentümer politisch verfolgt worden war und der Erwerber des Vermögens nicht beweisen konnte, dass die Vermögensentziehung auch unabhängig von der Machtergreifung des Nationalsozialismus erfolgt wäre. Bei bestimmten Opfergruppen ging man generell von einer politischen Verfolgung aus (z.B.: Juden und Jüdinnen; von den Nationalsozialisten als „Mischlinge“ bezeichnete Personen wurden nicht generell, aber größtenteils „als verfolgt“ angesehen), weshalb hier die Beweislast umgekehrt wurde. Der Antragsgegner musste in diesen Fällen beweisen, dass entgegen der generellen Vermutung der Rückstellungswerber im konkreten Fall keiner politischen Verfolgung ausgesetzt war.⁹

Da nur jene Vermögensentziehungen anerkannt wurden, die mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten verknüpft werden konnten, war ein beliebtes Argument der Antragsgegner, die Veräußerung des Vermögens sei nicht in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus zu sehen. Es wurde argumentiert, dass Verkaufsabsichten bereits vor 1938 bekundet worden seien oder wirtschaftliche Schwierigkeiten ohnehin zu einer Veräußerung geführt hätten. Für Probleme im Verfahren konnten auch Erklärungen sorgen, in welchen der Verkäufer im Zuge des Verkaufs deklariert hatte, es bestehe kein Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtergreifung. Vermögensentziehungen, die aufgrund von Enteignungen entstanden waren, gestalteten sich ebenfalls prekär. Enteignungen stellten per Gesetz öffentlich-rechtliche Maßnahmen und keine Entziehungen dar. Die Nationalsozialisten hatten jedoch aus unterschiedlichsten Gründen und in beträchtlichem Umfang enteignet. Als schwierig erwiesen sich auch jene Rückstellungsverfahren, bei denen der jüdische Liegenschaftseigentümer auf Drängen der nationalsozialistischen Behörden eine Hypothek auf seine Liegenschaft aufgenommen hatte um „Reichsfluchtsteuer“ und „Judenvermögensabgabe“ bezahlen zu können. Die Verpflichtung auf Rückzahlung wurde im Grundbuch vermerkt, weshalb viele Darlehensnehmer versuchten, vor der Rückstellungskommission diesen Anspruch für nichtig erklären zu lassen.¹⁰

Als Vermögensentziehung wurden Beschlagnahmen zum Beispiel auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz angesehen. In Bad Ischl wurde das Vermögen von Paula Kux, welche eine Liegenschaft in der Frauengasse besaß nach dem 11. Reichsbürgergesetz¹¹ entzogen. Obwohl sie einem Kreditinstitut in Wien ihre Vollmacht zur Veräußerung gegeben hatte

und der Verkauf eigentlich schon abgewickelt war, wurde das Rechtsgeschäft für nicht gültig erklärt, da die Vollmacht älter als ein Jahr war und damit nicht dem Grundbuchsrecht entsprach. Es konnte somit eine „Zwangsentjudung“ vorgenommen werden. Die Liegenschaft wurde in „deutsches Eigentum“ umgewandelt und die Kreisselbstverwaltung/Landrat Gmunden nutzte das Gebäude. Im September 1948 wurde dem Antrag auf ein Rückstellungsverfahren stattgegeben und schließlich erfolgte 1951 die Rückgabe an die Erben von Paula Kux.¹²

Anspruch auf Herausgabe entzogenen Vermögens

Der Anspruch auf Herausgabe entzogenen Vermögens wurde am häufigsten gestellt. Bei 74 Rückstellungsverfahren in Bad Ischl kam es zur Rückgabe an die ursprünglichen Eigentümer bzw. deren Erben. Bei zahlreichen Verfahren konnte eine Restitution nur über einen Vergleich erzielt werden, wie beispielsweise im Fall der Pianistin Ida Reik, die eine Liegenschaft in Rettenbach besaß. Aufgrund zunehmender antisemitischer Restriktionen veräußerte Ida Reik im September 1938 ihren Besitz und emigrierte mit ihrem Gatten in die USA. Bei der Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz konnte am 5.10.1948 mit der Antragsgegnerin dahingehend ein Vergleich erzielt werden, dass die Liegenschaft rückgestellt wurde, der Antragsgegnerin aber das Mietrecht bis 1953 und ein Vorkaufsrecht einzuräumen sei.¹³

Mehrere Rückstellungsverfahren, die ursprünglich eine Herausgabe des Vermögens angemeldet hatten, endeten in Vergleichen, in welchen die Antragssteller auf die Liegenschaften verzichteten, und finanziell entschädigt wurden. Elsa Haas, 1941 nach Opole deportiert und dort ermordet, war Besitzerin einer Liegenschaft in Bad Ischl/Ahorn. Nach dem Zwangsverkauf an das Land Oberdonau im Jahr 1938 wurde die Liegenschaft 1939 an eine Privatperson weiterverkauft. 1949 stellte die Erbin, Susanne Haas einen Rückstellungsantrag. 1951 wurde mit dem Erben des „Ariseurs“ dahingehend ein Vergleich geschlossen, dass der Antragsgegner der Antragstellerin Susanne Haas eine vereinbarte Summe bezahlte und sie auf die Liegenschaft verzichtete.¹⁴ Einzelne Bestimmungen des Dritten Rückstellungsgesetzes wurden von der Rückstellungskommission zu Gunsten der „Ariseure“ ausgelegt. So konnte der „Ariseur“, Anspruch auf die Herausgabe der ursprünglichen Kaufsumme fordern, sofern das Opfer den Betrag nicht wie üblich auf ein Sperrkonto, sondern „zur freien Verfügung“ erhalten hatte. Wie der Fall des Ehepaars Drimmer vor Augen führt, hatte der Rückstellungsgeg-

ner auch dann Anspruch auf die Kaufsumme, wenn nicht er als direkter „Ariseur“ aufgetreten war. Franziska und Salomon Drimmer bewohnten in Bad Ischl ein Haus in der Ahorgasse. Frau Franziska Drimmer verkaufte, wie andere jüdische Hausbesitzer in Bad Ischl um einen geringen Preis und unter Zwang (ihr Mann wurde bereits im Juli in „Schutzhaf“ genommen) ihre Liegenschaft im November 1938 an das Land Oberdonau. Das Land Oberdonau veräußerte die Liegenschaft mit Gewinn einige Monate später an eine Privatperson. Im Rückstellungsverfahren kam es nun zu einem Vergleich. Die Antragssteller, die Erben von Franziska Drimmer, akzeptierten die Aufwendungen für die Liegenschaft zwischen November 1938 und 1947 und übernahmen deshalb den auf dem Grundstück lastenden Schuldschein. Erst dann erhielten sie die Liegenschaft zurück. Der frühere Käufer wurde vom Land Oberösterreich entschädigt, weil er die Liegenschaft damals vom Land per Kaufvertrag erworben hatte.¹⁵ Die weiteren Rückstellungsgesetze seien nur kurz erwähnt, weil sie für die „arisierten“ Bad Ischler Liegenschaften kaum von Bedeutung waren. Das Vierte Rückstellungsgesetz befasste sich mit den unter nationalsozialistischem Zwang geänderten oder gelöschten Firmennamen. Das Fünfte Rückstellungsgesetz behandelte die Rückstellung entzogenen Vermögens juristischer Personen des Wirtschaftslebens, die ihre Rechtspersönlichkeit unter nationalsozialistischem Zwang verloren hatten. Das Sechste Rückstellungsgesetz regelte die Rückstellung gewerblicher Schutzrechte, das Siebente die Geltendmachung entzogener oder nicht erfüllter Ansprüche aus Dienstverhältnissen der Privatwirtschaft. Alle diese Gesetze blieben in ihren Auswirkungen von marginaler Bedeutung und führten auch zu keinen politischen Diskussionen.¹⁶

Rückstellungsmaßnahmen im Rahmen des Staatsvertrages

Im Artikel 26 des Staatsvertrages verpflichtete sich Österreich zu weiteren Rückstellungsmaßnahmen, die vor allem Entschädigungen für entzogenes Bargeld, Wertpapiere, Bankkonten und die den Jüdinnen und Juden vom NS-Regime auferlegten besonderen Steuern („Judenvermögensabgabe“ und „Reichsfluchtsteuer“) betrafen. Diesbezüglich wurde 1961 der sogenannte „Abgeltungsfonds“ eingerichtet, allerdings erst nachdem sich die Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet hatte, ebenfalls in diesen Fond einzuzahlen. Im Staatsvertrag wurde zusätzlich festgeschrieben, erblos bzw. unbeanspruchtes gebliebenes entzogenes Vermögen aufzufinden und dieses zugun-

sten überlebender NS-Opfer zu verwerten. Hierfür wurden zwei Sammelstellen eingerichtet.¹⁷

Die Restitution von Liegenschaften wurde aber nicht immer über Rückstellungsgesetze geregelt. Vor allem Schenkungen innerhalb der Familie, die getätigt wurden um die Liegenschaften vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu schützen, wurden rückgängig gemacht und die Liegenschaften wieder an die Familienmitglieder übereignet. In Bad Ischl wurden einige Liegenschaften über sogenannte Rückübergabeverträge restituiert.

Dr. Max Wilhelm, Bankdirektor der Bodenbank in Wien, schenkte nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, die Liegenschaft seiner „arischen“ Ehefrau Elsa Wilhelm, um den Besitz vor dem nationalsozialistischen Zugriff zu schützen. Dr. Max Wilhelm starb am 13. Mai 1939, seine Kinder aus erster Ehe galten als Juden und verzichteten auf das Erbe, Else Wilhelm war Alleinerbin. Die Schenkung von Max Wilhelm an seine Frau wurde von den NS-Behörden als Umgehung der Gesetze betrachtet, weshalb Else Wilhelm ihren Sohn aus erster Ehe (Julius Kar) die Liegenschaft übergab. Auch diese Schenkung wurde angezweifelt, schließlich aber doch akzeptiert. Nach 1945 wurde die Liegenschaft von ihrem Sohn wieder zurückgegeben und das Vermögen, wie Wertpapiere und Aktien mit den Kindern aus erster Ehe im Verhältnis aufgeteilt.¹⁸

Bei Liegenschaften, welche ebenfalls innerhalb der Familie mittels Schenkung, Testament oder anderen Verträgen übergeben worden waren, wurde oftmals keine Rückstellung angestrebt. Dr. Oskar Inwald-Waldtreu hatte seinem Schwiegersohn, Viktor Geza von Erös Bethlenfalva, seine drei Liegenschaften in Bad Ischl (darunter die Villa „Seilern“) über einen Abfindungsvertrag geschenkt. Oskar Inwald-Waldtreu verstarb im Dezember 1938, eine Rückgabe wurde nicht durchgeführt.¹⁹

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass in Bad Ischl im Verhältnis viele Rückstellungsanträge mit der Restitution der Liegenschaften für die Geschädigten endeten. In zahlreichen Verfahren gelang dies aber nur durch Vergleiche. Vergleiche waren für die Antragsteller jedoch mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden. Viele Opfer befanden sich in der Emigration und waren im Begriff sich eine neue Existenz aufzubauen, weswegen die Vergleiche kaum finanzierbar waren. Fast alle Eigentümer oder Erben von in Bad Ischl rückgestellten Liegenschaften verkauften deshalb ihre Liegenschaften nach einigen Jahren wieder. Auch die geographische Entfernung spielte dabei eine wesentliche Rolle, denn viele Opfer waren in die USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Peru, Ecuador,

und Venezuela ausgewandert. Manche Antragsteller verzichteten gegen Zahlung einer Entschädigung auf die Liegenschaft, um den langwierigen und deshalb kostspieligen Verfahren ein Ende zu setzen. Zahlreiche entschieden sich, nie wieder nach Österreich zurückzukommen.

Bei einigen wenigen Liegenschaften sind keine klaren Ergebnisse festzuhalten, da aus den uns zugänglichen Unterlagen keine eindeutigen Rückschlüsse möglich waren und sich die Quellenlage schwierig gestaltete.

Anmerkungen

1 Vgl.: Clemens Jabloner, ua. Hg., Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 1, Wien 2003, S.241.

2 Vgl.: Ebenda, S. 242 ff.

3 Vgl.: Ebenda, S. 247 ff.

4 Vgl.: Ebenda, S. 254 f.

5 Grundbuch Bad Ischl, EZ 217 Kaltenbach; Rückstellungsbescheid vom 25.12.1948 858/ 1 II der Finanzlandesdirektion Linz.

6 Vgl.: Jabloner, S. 256 f.

7 Grundbuch Bad Ischl, EZ 300 Kaltenbach.

8 Grundbuch Bad Ischl, EZ 44, 45, 228 und 257 Kaltenbach; Bescheid der Finanzlandesdirektion Linz vom 24.2.1949 ZI 14/10 IV b RK 1949 und Berufungsbescheid des Bundesministeriums für Finanzen Wien vom 19.2.1951 ZI 167.185-34/51; Archiv ZME, JU I-40

9 Vgl.: Jabloner, S. 257.

10 Vgl.: Jabloner, S. 258 f.

11 Vgl.: Jabloner, S. 260 ff.

12 Ab 25. November 1941 verfiel das Vermögen ausgewanderter oder deportierter Juden mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz zugunsten des Reichs.

13 Grundbuch Bad Ischl, EZ 329 Ischl; Vgl.: Daniela Ellmayer, Michael John, Regina Thumser, „Arisierungen“, beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen in Oberösterreich, Band 17/1, Wien 2004, S. 359

14 Grundbuch Bad Ischl, EZ 18 Rettenbach; Rückstellungsverfahren Rk 268/48; Archiv ZME, JU I-40.

15 Grundbuch Bad Ischl, EZ 122 Ahorn; Rückstellungsverfahren Rk 71/49; Archiv ZME JU-I-40

16 Grundbuch Bad Ischl, EZ 95 Ahorn; Rückstellungsverfahren Rk 116/47; Archiv ZME, JU I-40

17 Vgl.: Jabloner, S. 278ff.

18 Vgl.: Ebenda, S 364 f.

19 Grundbuch Bad Ischl, EZ 16 Rettenbach, „Arisierungsakten“ ZME, SG JU-III-05.

20 Grundbuch Bad Ischl, EZ 77, 325 und 339 Ischl.

Zeitzeugenbericht: KZ-Mauthausen/Ebensee

Artur Radvanský

Mauthausen

Wir fuhren wie gesagt nach Linz und von dort mit Autos aus nach Mauthausen. Als wir gegen Abend ankamen, wurden wir nicht gleich auf Blöcke verteilt, sondern wir mussten warten, bis wir baden konnten. Wir haben uns hinter den Baderaum auf einen freien Platz gelegt, genauso wie auf unserem bisherigen Marsch. Hinter uns, etwa 60 bis 70 Meter, befand sich dann schon der Stacheldrahtzaun. Ich war zufälligerweise wieder in der gleichen Gruppe mit Jozef Cyrankiewicz und wir haben uns nebeneinander gelegt und ständig die Plätze gewechselt, so dass jeder mal außen und innen liegen konnte. So haben wir die Nacht überlebt.

In der Früh wurden wir am ganzen Körper rasiert und ins Bad geschickt. Die Sachen außer den Schuhen musste ich abgeben. Alles war weg. Ich bekam auch wieder Häftlingsbekleidung. Wir mussten in einer Gruppe von 50 Mann ins Bad und wer noch laufen konnte, wurde ohne Abtrocknen in den Block geschickt, trotz des Frostes. Ich hatte noch mal Glück. Wir waren nur 30 oder 40 Personen. Aber während des Duschens ist das Wasser ausgegangen, und es hat 15 bis 20 Minuten gedauert, bis es wieder funktioniert hat. Ich gehörte zu denen, die noch nackt draußen standen. Von unserer Gruppe sind nur ca. 10 Menschen am Leben geblieben. Ein Professor „Blaha“ (vermutlich Dr. Josef Podlaha aus Brno), der Arzt im Häftlingskrankenbau war, ist mit Kalziuminjektionen gekommen, woher er sie hatte, weiß ich nicht, und hat den Menschen die überlebt haben, eine Injektion gegeben. Der Lagerälteste ist gekommen und unsere kleine Gruppe wurde auf den Block geführt. Man hat ihnen gleich ein Bett und heißen Tee gegeben.

Wir waren ungefähr eine Woche bis 10 Tage in Mauthausen in Quarantäne.

Ebensee

Von Mauthausen aus wurden wir – wieder mit Autos – nach Ebensee gebracht. Ebensee war eine kleine Stadt. Dort gab es ein Lager. Das Lager war für 8.000 bis 10.000 Menschen vorgesehen. Als wir dort ankamen, war es völlig überfüllt. Häftlinge aus der Schreibstube sagten, es wären tausende Menschen da. Wir kamen also nach Ebensee und durchlebten die gleiche Prozedur wie in allen anderen Lagern. Dies war mein 6.

Lager und es war das letzte. Aber die Verpflegung war hier fast so schlecht wie im Kleinen Lager in Buchenwald 1939. Es gab keinen großen Unterschied. Schlechtes Brot, schlechte Lebensbedingungen, aber ich war ziemlich kräftig. Trotz alledem war ich nach 3 Monaten so erschöpft, dass ich, wenn die amerikanische Armee uns nicht befreit hätte, nicht mehr leben würde. Ich hatte Hungerödeme bis zum Bauch.

Ich wurde zu dem Kommando zugeteilt, das Stollen in den Felsen hineingetrieben hat. Dort sollten Fabriken für die Vergeltungswaffen entstehen. Es ist dazu nie gekommen. In dem ersten Stollen, der schon fertig war, waren die Maschinen und zwei weitere Stollen wurden gebaut von uns. Also wir haben Löcher gebohrt mit einem pneumatischen Hammer und dann ist ein Zivilarbeiter gekommen, ein Zivilist, hat dort Sprengstoff angebracht und hat gesprengt. Und wir haben die Steine dann weggetragen und wieder weiter gebohrt und ein Teil von den Häftlingen hat sie auf die Lore gebracht und auf die Kippe geschoben. Also in der Nachtschicht war es leichter, es waren keine SS-Männer da. Die Hammer haben geklopft und wir haben geschlafen, stehend. Einer hat immer aufgepasst und wir anderen haben geschlafen, waren so müde. Bei dem Lärm, stell` dir vor. Dabei sind sehr viele Menschen gestorben.

Ich habe auch eine Zeit in einem Kommando gearbeitet, nicht explodierte Bomben auszugraben in Attnang-Puchheim. Das war ein kleines Städtchen, vielleicht 10 bis 20 Kilometer entfernt von Ebensee. Man hat uns mit Autos dahin gefahren. Das war Ende März Anfang April 1945. Wir sind ca. am 25. Januar nach Mauthausen gekommen und waren bis Ende Januar in Quarantäne. Anfang April habe ich bei den Bombenausgrabungen gearbeitet. Wir haben mit 6 Mann begonnen, die Erde herauszuheben und als wir unten ankamen, konnten nur noch zwei Menschen dort arbeiten. Dann kam ein Pyrotechniker von der Armee. Er hat die Zünder herausgeschraubt und dann wurden die Bomben herausgehoben. Gott sei Dank habe ich dort nicht lange gearbeitet, denn bei den Ausgrabungen sind viele Menschen auf Grund von Explosionen umgekommen.

Nach dieser kurzen Zeit war ich dann in einem ande-

ren Kommando nicht mehr in den Stollen. Ich habe das Lagergelände bei den SS-Kanzleien sauber gemacht. Eine Woche oder 10 Tage vor der Befreiung kamen Häftlinge, mit denen ich 1939 in Buchenwald gewesen war. Sie waren in andere Lager gekommen. Und einer von den Häftlingen war mit dem Lagerältesten von Ebensee schon 1938 in Dachau gewesen. Als dieser ihn sah, setzte er ihn sofort als Blockältesten ein. Dieser Blockälteste, der mich gekannt hat von Buchenwald, machte mich zum Stubendienst. Ich habe dort sauber gemacht. Deshalb musste ich nicht zum Appell gehen.

Die Häftlinge in diesem Block arbeiteten in den Stollen. Als Stubendienst musste ich das nicht. Ich war unter einem Dach, war in der Wärme und war damit zufrieden. Ich habe einen Liter Suppe mehr als die anderen bekommen. Doch dann zum Schluss, die letzten zwei, drei Tage, gab es gar keine Verpflegung mehr. Vom Westen hat sich die amerikanische Armee genähert und vom Osten die russische Armee. Wir waren im Alpenkessel. Wir haben die Flugzeuge über uns gesehen und gehört, wie die Artillerie schießt. Es gab nichts zu essen. Ich habe gesehen, ich kann darauf schwören, wie Tote aus den Baracken herausgetragen wurden, denen ein Stück vom Hinterteil fehlte. Ich vermute, dass manche Menschenfleisch gegessen haben, weil sie so großen Hunger hatten.

Befreiung

Ein oder zwei Tage vor der Befreiung hat die SS-Lagerleitung beim Appell bekannt gegeben, dass die Häftlinge in großer Gefahr sind und dass sie befürchten, dass wir ums Leben kommen. Auf Grund dessen, sollten wir bei Alarm alle in die Stollen gehen, damit wir nicht von den Bomben getroffen werden würden. In Ebensee waren mehrere spanische Häftlinge, die seit dem Spanienkrieg im KZ waren. Sie haben gesagt: „Nein, die Stollen sind miniert. Sie werden zusammen mit den Häftlingen in die Luft gesprengt.“ Dies war wie ein kleiner Aufstand. Kurze Zeit später flüchtete die SS und uns bewachten nun ältere Menschen, 50, 60 Jahre alt, vielleicht Volkssturm, welche sich nicht um das Lager kümmerten. Sie standen bloß pro forma an den Türmen. Das Lager war doch verlaust, es gab Epidemien, sogar Typhus gab es, und der Lagerälteste hat die Führung mit den Häftlingen vom Häftlingskrankenbau übernommen. Der Lagerälteste hat eine Quarantäne für das ganze Lager angeordnet, weil es so viele Typhusfälle gab. Und so mussten alle im Lager bleiben.

Am 6. Mai wurden wir befreit. Es kam ein amerikanischer Panzerwagen, brach das Lagertor auf und wir waren frei.

Wir durften das Lager nicht allein verlassen. Dann hat die amerikanische Armee organisiert, dass die Men-

schen der einzelnen Nationen in unterschiedliche Lager kamen. Wir tschechischen und polnischen Häftlinge kamen in ein vorheriges Arbeitslager in Ebensee, wo zuvor Tschechen für die „Organisation Todt“ als Zwangsarbeiter gearbeitet hatten. Diese wurden nach Hause geschickt. Daraufhin wurden die Baracken desinfiziert und wir sind dann dort eingezogen. In diesem Lager waren wir ungefähr drei Wochen auf Quarantäne. Wir haben die Verpflegung aus den dortigen SS-Magazinen bekommen. Die Häftlinge, die von Beruf Köche waren, haben für uns alle gekocht. Die Bäcker in Ebensee mussten jeden zweiten Tag für die Häftlinge Brot backen. Und auch von der amerikanischen Armee haben wir viele Nahrungsmittel erhalten. Oft kam ein Auto ins Lager mit amerikanischen Soldaten. Diese hatten Kisten mit Lebensmitteln für uns, haben sie aus den Autos herausgeworfen und ohne anzuhalten sind sie gleich wieder weitergefahren. Sie wollten uns etwas Gutes tun, aber das war nicht richtig. Auf diese Weise haben viele Menschen die Kisten nicht in die Küche gebracht, sondern ihren Inhalt aufgeessen. Viele Menschen sind nach der Befreiung gestorben, weil sie viel zu fett gegessen hatten und ihr Körper dies nicht vertrug. Ich war von Häftlingsärzten gewarnt worden und habe mich daran nicht beteiligt.

Nach dem 20. Mai wurden wir entlassen. Wir bekamen eine deutsch/englische Bestätigung, vom Stadtamt und von der amerikanischen Armee unterschrieben, auf der zu erkennen war, dass der Häftling dieser oder jener Nummer dort oder dort befreit wurde. Ich habe dort den Namen Radvanský aufgeschrieben bekommen und als ich dann zu Hause war, habe ich angesucht um einen offiziellen Namenwechsel. Ich wollte mit dem Deutschen nichts mehr zu tun haben, auch keinen deutsch klingenden Namen mehr haben. Es wurde genehmigt. (Radvansky hieß ursprünglich Tüberger) Wir wurden um den 25. Mai herum mit den Autos von Linz nach Budweis überführt. Und mit dem ersten Schnellzug kamen wir dann nach Prag. So wurde ich ein freier Mensch. Ich war 70 Monate in 6 Konzentrationslagern.

(Interview: Ludewig Ebba und Joachim Rasch/2005 Diese Interviews dienten als Basis für die Publikation „Trotzdem habe ich überlebt“, 2006 im Verlag ddp goldenbogen erschienen)

Nachruf auf Artur Radvanský

24.11.1921 – 1.11.2009

Im Mai 2003 nahm Artur Radvanský zum ersten Mal an der Internationalen Gedenkfeier in Ebensee teil. Aus dieser Begegnung entstand über die Jahre mit ihm und seiner Begleiterin Michaela Vidláková eine Freundschaft. Nahezu jährlich waren beide als Zeitzeugen bei uns und bei Dr. Hans Rauscher (Berufsschule Attnang) zu Gast. Trotz seines hohen Alters und zusehends angegriffener Gesundheit war Artur jahrelang in deutschen und österreichischen Schulen unterwegs, um über seine Erfahrungen in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern zu erzählen. 2006 traf sich eine Gruppe des Ebenseer Städtepartnerschaftsvereins mit Herrn Radvanský zu einem Zeitzeugengespräch in Prag. Artur verstarb am 1. November im Alter von 88 Jahren. In unserer Erinnerung lebt er weiter.

Artur Radvanský (ursprünglich Tüberger) wurde in der Kleinstadt Radvanice in der Nähe von Ostrava geboren. Er hatte noch zwei jüngere taubstumme Zwillingbrüder, die im Zuge der „NS-Euthanasie“ ermordet wurden. Von 28 Familienmitgliedern überlebten nur Artur und ein Onkel, der bereits 1927 nach Palästina emigriert war, die Shoah.

Artur Radvanský wurde im August 1939 wegen Fluchthilfe für deutsche Emigranten verhaftet. Weil er noch nicht 18 Jahre alt war, wurde er zusammen mit seinem Vater Markus der GESTAPO überstellt. Im Oktober 1939 wurden beide in das KZ Buchenwald deportiert. Im sogenannten „Kleinen Lager“ (Sonderlager) starb Radvanskýs Vater nach einem mehrtägigen, von der Lagerleitung angeordneten Nahrungsentzug. Im März 1942 wurde Artur Radvanský nach Ravensbrück deportiert, im Spätsommer 1942 in das KZ

Sachsenhausen. Dort kam er in das berüchtigte „Schuhläuferkommando“. Zahlreiche Häftlinge erhielten neue Schuhe mit unterschiedlichen Sohlen und Oberleder und wurden gezwungen, am Appellplatz acht Stunden täglich im Kreis zu gehen, auf unterschiedlichen Belägen, etwa Sand, Kies, Asphalt, Beton, offensichtlich um für die Wehrmacht die Haltbarkeit der Schuhe zu testen. Ältere Häftlinge, die nicht mehr gehen bzw. laufen konnten wurden von der SS geprügelt.

Am 25. Oktober 1942 erreichte Radvanský mit einem Transport jüdischer Häftlinge das Stammlager Auschwitz I. Bei den Aufnahmeformalitäten gab er an, er sei Student der Medizin, eine glatte Lüge, die ihm aber das Leben rettete. Radvanský kam als Helfer in das „SS-Revier“ und fand, für jüdische Häftlinge eine Ausnahme, bessere Lebensbedingungen vor. In Zuge seiner Arbeit kam er mit allen SS-Ärzten von Auschwitz und Birkenau in Berührung und gewann Einblick in die Tötungsindustrie des Lagers. Nach der Evakuierung von Auschwitz, mehrtägigem „Todesmarsch“ über 50 km an die tschechische Grenze und anschließendem Bahntransport kam Artur Radvanský Ende Jänner 1945 im KZ-Mauthausen und wenige Tage später im Außenlager Ebensee an. In Ebensee wurde er am 6. Mai 1945 befreit. Nach seiner Rückkehr nach Prag erfuhr er von der Ermordung der Mutter und Großeltern in Maly Trostinec bei Minsk und jener der Brüder.

Radvanský maturierte, beendete sein Chemiestudium im Jahr 1951 und erhielt eine Anstellung als Chemiker an der Akademie der Wissenschaften. Schon 1946 hatte er Elisabeth Kürti, eine Überlebende von Ausch-



Artur und Michaela bei einem Zeitzeugengespräch in Bad Ischl 2004
Fotos: ZME



witz geheiratet. Der Ehe entstammten ein Sohn und eine Tochter. 1978, nach seinem Beitritt zur jüdischen Gemeinde in Prag, wurde er Sekretär des Rates der Jüdischen Gemeinden in Böhmen und Mähren. Als Zeuge im Frankfurter Auschwitzprozess und bedingt durch seinen Kontakt zur deutschen Organisation „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ reiste Radvanský erstmals wieder nach Deutschland, obwohl er das früher

ausgeschlossen hatte und begann auch vor SchülerInnen aus seinem Leben zu erzählen.

Artur Radvanskýs Erinnerungen wurden in der 2006 erschienen Autobiographie „Trotzdem habe ich überlebt“ publiziert.

Projekt „Schulchroniken der Salzkammergutgemeinden aus der NS-Zeit“

von Michael Kurz



Originale Schulchroniken entdeckt

Die Originale der Schulchroniken der Region Salzkammergut von 1938 bis 1945 wurden durch einen Glücksfall im Oberösterreichischen Landesarchiv aufgefunden. Nach 1945 ließ der zuständige Bezirksschulrat die Schulchroniken

des Bezirkes Gmunden (und des damals zum Gau Oberdonau gehörenden Ausseerlandes) einziehen und beauftragte die Schulleitungen mit der „Entnazifizierung“, also der Neuabfassung der Jahre 1938 bis 1945. Bisher wurde angenommen, dass diese Quellen vernichtet worden seien. Bei einer zufälligen Recherche wurden nun diese ursprünglichen Chroniken im Gesamtumfang von rund 4000 Seiten im Bestand der Bezirkshauptmannschaft Gmunden entdeckt. Es handelt sich um Chronikbestände aus allen 20 Gemeinden des Bezirkes Gmunden und fünf Orten des Ausseerlandes, also insgesamt 52 Schulchroniken, davon 44 aus OÖ und acht aus der Steiermark.

Es besteht die Absicht, diese authentischen Zeitdokumente im Rahmen eines Forschungsprojektes historisch zu analysieren und gegebenenfalls zu publizieren. Ein Vergleich der ursprünglichen Fassung mit der „neuen“ ist nicht nur lokalhistorisch sondern auch erinnerungspolitisch relevant.

Fragestellungen sind: Welche Inhalte wurden bewusst verändert, ausgelassen, uminterpretiert, neu hinzugefügt? Mit welcher Absicht und welchem Ziel erfolgten die Neufassungen? Wer waren die Auftraggeber und welche Vorgaben für die „Entnazifizierung“ der Chroniken wurden formuliert?

Die Chroniken sind auch als regionalgeschichtliche Quelle von Bedeutung, unter anderem deswegen, weil mehrere Chroniken bisher unbekanntes Bildmaterial enthalten. Je nach finanzieller Maßgabe und Wunsch der Schulleitungen ist es denkbar, die Chroniken zu digitalisieren und in lesbarer Form den Schulen rückzuerstatten.

In einem weiteren Schritt können die Chroniken exemplarisch in den Geschichteunterricht integriert werden. Die Beschäftigung von SchülerInnen mit der Genese der eigenen Schule insbesondere in den Jahren 1938-1945 vermag den Geschichteunterricht exemplarisch zu konkretisieren.

Das Projekt wird in den nächsten Wochen als Forschungsantrag formuliert und zur Finanzierung eingereicht werden.

Dr. Michael Kurz

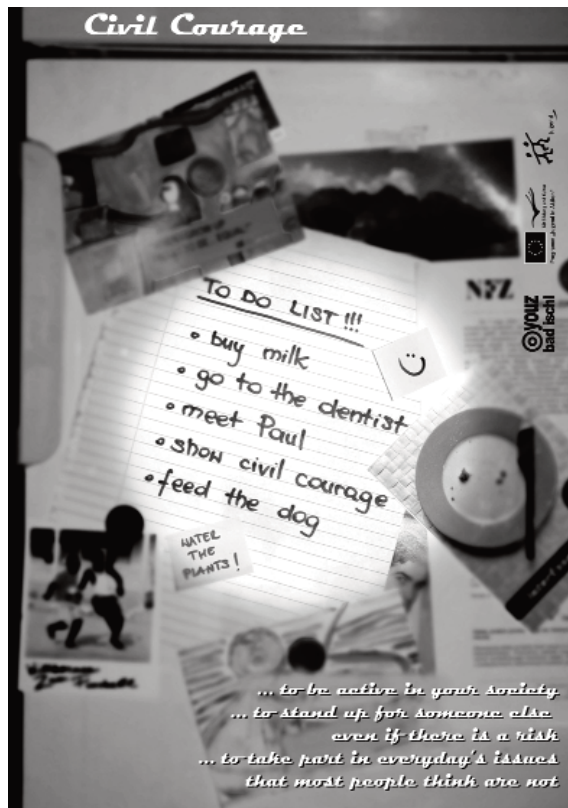
Historiker und Geschäftsführer BASIS Bad Goisern

EU-Jugendprojekt gegen Indifferenz

Silvia Panzl

„Against Indifference - Why young people act!“ Unter diesem engagierten Motto organisierte das Jugendzentrum YOUZ Bad Ischl von 23. September bis 3. Oktober 2009 im Rahmen des EU-Programms „Jugend in Aktion“ ein internationales Jugendaustauschprojekt. Insgesamt nahmen ca. 30 Jugendliche aus Italien (Triest), Griechenland (Thessaloniki), Polen (Bydgoszcz) und Österreich (Bad Ischl, Ebensee) teil, um sich 10 Tage mit den Kernthemen Rassismus/ Ausländerfeindlichkeit/ Migration/ Menschenrechte/ Asyl/ Zivilcourage/ Engagement auseinanderzusetzen. Anstoß für dieses Projekt waren nicht nur die Vorkommnisse rund um die Gedenkfeier des ehemaligen Konzentrationslagers Ebensee, sondern auch viele Gespräche mit Jugendlichen, die sich zum einen entsetzt über diese Ereignisse zeigten und zum anderen auch auf die steigende Tendenz ihrer MitschülerInnen, rechte Parteien inhaltlich attraktiv zu finden und diese auch zu wählen, reagieren wollten. Wie die Gespräche zeigten, gibt es aber auch Jugendliche, denen es ein Bedürfnis ist, sich verstärkt dieser Themen anzunehmen und gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierungen von Minderheiten aufzutreten, KollegInnen und FreundInnen ebenfalls dafür zu interessieren und aktiv zu werden. Ziel des Projektes war, die beteiligten Jugendlichen für die Thematik zu sensibilisieren und sie in ihrem Bestreben sich für Toleranz, Menschenrechte und Zivilcourage einzusetzen zu bestärken. Die Jugendlichen hatten in diesem Projekt die Chance, aus ihrem gewohnten Alltag auszubrechen, neue Zu-

gänge in Interaktionen mit den Anderen zu finden, neue Sichtweisen und Argumentationen kennen zu lernen und aber auch neue Sicherheit zu gewinnen. Migration, Asyl, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus sind Themen, die alle Länder der europäischen Union betreffen. Wichtig war, dass den Jugendlichen vermittelt wurde, mit der Problematik nicht alleine zu sein, sondern dass sie als europäische BürgerInnen auf diese Entwicklungen Einfluss nehmen können. Ein gemeinsames internationales Projekt konnte sie darin nur bestärken. Gerade in einer Zeit, wo sich die Wirtschaftskrise langsam auf die Menschen auszuwirken beginnt, ist es notwendig, dass die Gesellschaft gegen Pauschalisierungen und Verhetzungen aus den verschiedensten Richtungen auftritt und einen fairen Umgang mit allen Menschen unterschiedlichster Herkunft pflegt. Es war dies ein Projekt, das natürlich in erster Linie die Jugend ansprach, allerdings die Erwachsenen ebenso in ihre Pflicht nehmen sollte. Teil des sehr dichten Programms war eine Führung durch die Gedenkstätte Ebensee und der Besuch des KZ-Friedhofs, die bei den Jugendlichen viele Fragen auslösten, zumal es auch Häftlinge aller am Projekt beteiligter Nationen gegeben hatte. Andreas Schmoller leitete neben der Führung durch die Gedenkstätte auch die theoretischen Workshops zu den Themen Rassismus und Zivilcourage, wo die Jugendlichen nicht nur genaue Begriffsdefinitionen lernten, sondern auch im internationalen Vergleich diese definierten und analysierten. Sabine Grabner (Amnesty-Gruppe Bad Ischl) leitete den Workshop zum Thema „Asyl“. Sie ist selbst im Asylbereich tätig und konnte so in eindrucksvollen



Workshop Grafik:
Zivilcourage auf die Agenda setzen

Schilderungen den Alltag der Asylsuchenden, ihre Ängste und Probleme, sowie die teils traumatischen Erlebnisse ihrer Flucht näher bringen. Den Jugendlichen wurde ein Informationsdefizit bewusst, das sie durch Stellen vieler Fragen zu kompensieren versuchten.

Die Konzeption dieser Art von europäischen Jugendprojekten basiert wesentlich auf einer Verschränkung von inhaltlichen Akzentzen mit künstlerisch-kreativen Aktivitäten: Ulrike Fleschhut und Ferdinand Götz betreuten die Jugendlichen in den Workshops Illustration und Malerei.

Postkarten und Poster zum Thema „Zivilcourage“ sowie Fahnen, auf denen die Menschenrechtsartikel zu lesen waren, zeugen vom kreativen Potential der Jugendlichen. Eindrucksvoll in Szene setzte Paloma Obispo in hervorragender Theaterarbeit mit den Jugendlichen die Themen Zivilcourage und Engage-



Theaterszene: Das Fehlen von Zivilcourage im öffentlichen Verkehrsmittel Foto: Youz Bad Ischl

ment. In verschiedenen Szenen wurde ein Theaterstück mit den internationalen Jugendlichen einstudiert, die in treffender Weise das Auftreten von Xenophobie im Alltag vor Augen führte, sowie zu Zivilcourage und Engagement aufrief. Das Interesse am Projekt und das Echo bei den teilnehmenden Jugendlichen motiviert zur Nachahmung und inhaltlichen Weiterentwicklung derartiger Europäischer Begegnungen.

REZENSION

Birgit Kirchmayr Kultur- und Freizeiträume in Linz im 20. Jahrhundert

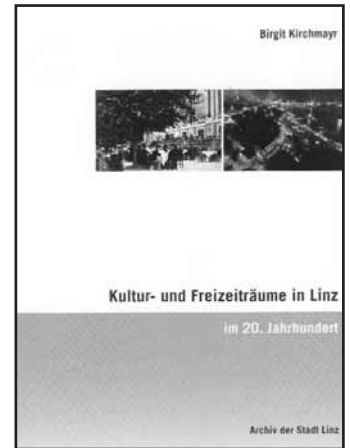
Die Linzer Historikerin Birgit Kirchmayr bringt in ihrer Publikation eine Gesamtdarstellung der kulturellen Entwicklung von Linz seit 1900 bis herauf in die Gegenwart. Das

Klischee eine Provinzstadt zu sein ist nicht nur hartnäckig und langlebig, sondern prägte auch den Diskurs über das Linzer Kulturleben des 20. Jahrhunderts. Die Autorin stellt die These auf, dass kulturpolitische Maßnahmen der Stadt bis heute von diesem Diskurs stark geprägt und nicht selten als Versuch, dieser zweifellos negativ konnotierten Zuschreibung zu entkommen, konzipiert sind.

Einzelne prägende „Kulturzeiten“ der Stadt Linz werden betrachtet, dabei wird deutlich, dass es der Stadt in den letzten Jahrzehnten mit der Formel „Von der Stahlstadt zur Kulturstadt“ gelang, eine neue kulturelle Identität zu entwickeln. Beleuchtet werden das kulturelle Leben um 1900 mit dem (Provinz-) Bürgertum als Kulturträger und einer roten Arbeiterschaft als Träger einer neuen kulturellen Bewegung. Die nationalsozialistischen Pläne für Linz werden genauso thematisiert, wie der kulturelle Weg, den die Stadt nach 1945 eingeschlagen hat.

Detailliert wird auch auf die Entwicklung der einzelnen Kultur- und Freizeiträume (beispielsweise Theater, Museum, Kino, Literatur, Sport, Bildende Kunst, etc.) eingegangen und ein umfassendes Bild der kulturellen Bereiche geboten.

Archiv der Stadt Linz 2008, 253 Seiten, ISBN 978-3-900388-57-7



Buchshop: Lieferbare Bücher aus dem ZME

Preisangaben exkl. Versandkosten

Ausstellungskatalog Zeitgeschichte Museum

Republik - Ständestaat - Nationalsozialismus - Widerstand
- Verfolgung Autor(en): Ulrike Felber, Wolfgang
Quatember 2005 erschienen, 234 Seiten, Euro 19.50

Konzentrationslager Ebensee / Ebensee Concentration Camp

Autor(en): Ulrike Felber, Bernhard Denking, Wolfgang
Quatember
2000 in 2. Auflage erschienen, 93 Seiten, Euro 7.00

Stimmen aus dem KZ Ebensee

Autor(en): Andreas Schmoller (Hg.) Judith Moser-Kroiss
(Hg.)
2005 erschienen, 237 Seiten, Euro 15.00

DVD

Wege nach Ebensee. Die Geschichte des Ladislaus Zuk.

Ein Film von Andreas Schmoller und Philipp Bruckschlögl
Produktion: ZM Ebensee, Treehouse AudioVisuelleMedien
2009, Laufzeit: 63 Minuten, Euro 15.00

retrospektive. 20 Jahre Geschichtsarbeit

Der Verein Zeitgeschichte Museum und KZ-Gedenkstätte
Ebensee feiert sein 20-jähriges Bestehen
Verlag: Zeitgeschichte Museum Ebensee, 2008
62 Seiten, Euro 10.00

Das Salzkammergut.

Seine politische Kultur in der Ersten und Zweiten Republik
Autor(en): Ulrike Felber, Susanne Rolinek, Wolfgang Qua-
tember
Verlag: Sandkorn Science, 1999, 203 Seiten, Euro 21.65

Tagebuch aus dem KZ Ebensee

Autor(en): Drahomir Barta, Florian Freund (Hg.), Verena
Pawlowsky (Hg.)
Verlag: Turia & Kant, 2005
181 Seiten, Euro 18.00

Des Teufels Werkstatt

Die größte Fälscheraktion der Geschichte. Vorlage zu dem
Film 'Die Fälscher'
Autor(en): Adolf Burger
Verlag: München Sandmann, 2005
280 Seiten, Euro 23.60

KZ Ebensee. Ein Außenlager des KZ Mauthausen

Autor(en): Florian Freund
Verlag: Dokumentationsarchiv des österreichischen Wider-
standes, 1990, 48 Seiten, Euro 5.00

Die Stärkeren

Ein Bericht aus Auschwitz und anderen KZ Lagern
Autor: Herman Langbein
Ephelant Verlag, Wien 2008
320 Seiten, Euro 22.00

Auf den Spuren der Partisanen

Zeitgeschichtliche Wanderungen im Salzkammergut
Autor(en): Christian Topf
Verlag: Franz Steinmassl (3. Auflage), 2006
195 Seiten, Euro 17.90

unSICHTBAR: widerständiges im salzkammergut

Autor(en): Klaus Kienesberger, Michael Kienesberger,
Wendelin Pressl, Franz Riedl
Verlag: Czernin, 2008
191 Seiten, Euro 20.00

Widerstand im Salzkammergut - Ausseerland

Autor(en): Helmut Kalss
Eigenverlag, 2004, 108 Seiten, Euro 18.00

Dem Galgen, dem Fallbeil, der Kugel entkommen

Neun Lebensbilder aus dem Widerstand
Edition Geschichte der Heimat
Autor(en): Peter Kammerstätter
Verlag: KZ-Verband Oberösterreich, 2006
192 Seiten, Euro 19.50

Auschwitz. As long as I remain alive

The Story of Max R. Garcia, reprinted 2008
290 Seiten, Euro 25.00

My childhood in the Holocaust

Autorin: Judith Jaegermann, Jerusalem 2004
65 Seiten, Euro 10.00

Bestellungen telefonisch unter 06133 5601, per Email:
museum@utanet.at oder online: www.memorial-ebensee.at/shop/